Landkreis Gießen

HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Rechte Einstellungen und rechte Strukturen

im Landkreis Gießen

in Kooperation mit

jugend bildungswerk landkreis gießen

beratungs Netzwerk hessen
Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN".

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

Inhaltsverzeichnis

Grußwort 3

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gießen
Eine Analyse der Befragungen zur Gruppenbezogenen
Menschenfeindlichkeit 2002-2011 5

Rechtsextremismus im Landkreis Gießen
– eine Bestandsaufnahme der Jahre 2011 – 2013 19

Rechtsextremismus vor der eigenen Haustür?!
Ergebnisse einer Interviewstudie im Landkreis Gießen 49

Die Online-Präsenz extrem rechter Akteure in Stadt und Land Gießen.. 67

Strategien und Handlungsempfehlungen für den Landkreis Gießen 91

Literaturtipps 95

Impressum:

Herausgeber: Landkreis Gießen
Der Kreisausschuss
Jugendförderung
Riversplatz 1 – 9
35394 Gießen

jugendfoerderung@lkgi.de
www.lkgi-jugendfoerderung.de

Druck: Januar 2014, Eigendruck

Titelfoto: privat

Grußwort

Rechtsextremismus ist ein immerwährendes Thema. Stets müssen wir uns mit den Auswüchsen von Fremdenhass und den Gefahren von Verachtung auseinandersetzen, um ihnen aktiv begegnen zu können. Es gehört zu den Aufgaben einer gesunden Gesellschaft, rechtsextremistisches Gedankengut zu missachten und entsprechendes Handeln zu verurteilen!

Leider müssen wir uns im Landkreis Gießen eingestehen, dass Aufklärung allein nicht immer ausreicht, um rechtsextremistische Ideologien zu überwinden. Hass und Ausschreitungen der rechten Szene sind immer häufiger Anlass für Polizeieinsätze in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern. Mit den Taten der rechten Szene im Lumdatal beispielsweise wurde der Landkreis Gießen trauriger Weise auch in überregionalen Tageszeitungen genannt.

Gegen dieses negative Image wollen wir etwas tun! Wir wollen ein friedliches Miteinander voller Respekt und Anerkennung. Deswegen hat der Landkreis Gießen hat im Jahr 2013 in einer Kooperation mit dem „Beratungsnetzwerk Hessen. Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ unter der Beteiligung von Wissenschaftlerinnen der Universitäten Gießen, Bielefeld und Marburg eine Erhebung zu „Rechten Einstellungen und rechten Strukturen im Landkreis Gießen“ durchgeführt.

Dabei wurden zum einen Geschehnissen mit rechtem Hintergrund ausführlich dokumentiert und kontextualisiert, zum anderen wurden Menschen aus zwei exemplarisch ausgewählten Kommunen hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit Rechtsextremismus sowie den erlebten Interventionsstrategien im kommunalen Raum befragt.

Teil der Erhebung war außerdem die Analyse extrem rechter Agitation und Argumentation im Internet durch lokal verankerte, extrem rechte Gruppierungen. Ergänzt wurden diese Analysen durch eine Studie über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ im Regierungsbezirk Gießen, im Rahmen derer die Zustimmungswerte zu menschenverachtenden Haltungen wie Rassismus, Homophobie, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus u.a. untersucht wurden.

Die Studien und Ergebnisse liegen Ihnen hier nun vor. Die vier Aufsätze bieten einen interessanten Zugang, sich dem Themenspektrum zu nähern. Sie helfen zudem, Hintergründe und Strukturen zu verstehen – eine wichtige Basis, um präventive und handlungsorientierte Strategien zu entwickeln. Denn wir brauchen Wege, um den extrem rechten Haltungen und Handlungen im Landkreis (weiterhin) zielgerichtet entgegenwirken zu können.

Wir danken an dieser Stelle recht herzlich folgenden Personen und Institutionen: Dem Beratungsnetzwerk Hessen, insbesondere Dr. Reiner Becker und Tina Dürr-Oberlik für die finanzielle und ideelle Unterstützung. Außerdem Dr. Alexandra Kurth und ihren MitarbeiterInnen Sabrina Schmidt und Thorben Stich für die wissenschaftliche Begleitung der Interviews in zwei ausgewählten Kommunen. Den beteiligten Wissenschaftlerinnen Dipl. Pädagogin Grete Schläger, Dipl. Politikwissenschaftlerin Yvonne Weyrauch, Dipl. Soziologin Daniela Kraus sowie Dipl. Soziologin Sylja Wandschneider, ohne die dieses Projekt in dieser Form nicht hätte umgesetzt werden können. Besonderer Dank gilt Dipl. Pädagogin Wiebke Dierkes für ihre fachliche Arbeit und Koordination im Rahmen der Erhebung.

Dirk Oßwald,
Erster Kreisbeigeordneter

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gießen

Eine Analyse der Befragungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2002-2011

Sylja Wandschneider und Daniela Krause

Das Konzept Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Mit *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ist die Ablehnung und Abwertung von Menschen aufgrund einer zugeschriebenen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen gemeint. Nicht individuelle Merkmale, sondern die Gruppenzugehörigkeit ist ausschlaggebend dafür, dass Menschen als ungleichwertig erachtet und Feindseligkeiten ausgesetzt werden. In ihrer Auswirkung können solche feindseligen Mentalitäten gegenüber schwachen Gruppen zu passiver oder aktiver Diskriminierung führen, im schlimmsten Fall zu Verfolgung und Gewalt. Die Würde der betroffenen Menschen wird so antastbar, kann im extremsten Fall zerstört werden.

Das Besondere am Begriff der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (im Folgenden: GMF) ist seine Spannweite, denn Menschen können aufgrund ganz unterschiedlicher Merkmale, seien sie frei gewählt, zugewiesen, offen sichtbar oder verborgen, als abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität und damit als ungleich markiert werden. Das, was in einer Gesellschaft jeweils als Norm oder als „normal" gilt, wird von der Mehrheit definiert (Zick, Küpper 2006, Elias, Scotson 1990), entsprechend wird auch die Abweichung und die damit nicht selten verbundene Abwertung und Ausgrenzung schwacher Gruppen von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt.

Das GMF-Syndrom umfasst zehn Elemente[1], die mit Hilfe teilweise gleicher Faktoren vorhergesagt werden[2] und ähnliche Konsequenzen wie etwa Diskriminierung nach sich ziehen können. Die Elemente sind einerseits miteinander verknüpft, das heißt, sofern feindselige Einstellungen bestehen, richten sich diese nicht nur gegen eine, sondern in der Regel gegen mehrere schwache Gruppen der Gesellschaft (Heitmeyer 2002, Zick et al. 2008), wobei die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Elementen jedoch unterschiedlich eng sind. Andererseits weisen die Elemente der GMF mit einer Ideologie der Ungleichwertigkeit einen gemeinsamen Kern auf (Zick et al. 2008).

Abbildung 1 zeigt das Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*[3].

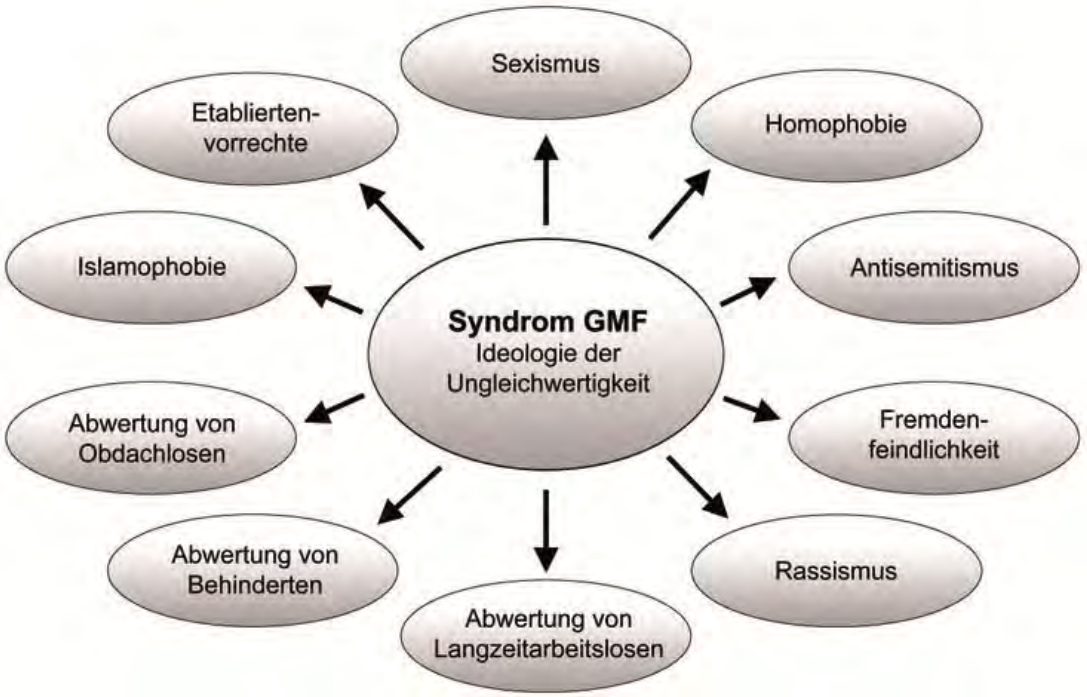
---

[1] Bis 2010: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus , Islamfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Homophobie, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung von Obdachlosen und Abwertung von Langzeitarbeitslosen; siehe auch die Buchreihe (2002 – 2012) von Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1 bis 10. Suhrkamp.

[2] Dazu gehören beispielsweise die soziale Desintegration als ein gesellschaftlicher Faktor oder Autoritarismus als ein tief in der Person des Einzelnen verankerter Faktor.

[3] Das Modell erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist denkbar, dass mit veränderten gesellschaftlichen Debatten in Zukunft neue Gruppen hinzukommen, auch könnten Gruppen aus dem Syndrom herausfallen, die nicht mehr in der Schusslinie von Vorurteilen und Diskriminierung stehen. So wurde das Syndrom 2011 um die Abwertung von Asylbewerbern sowie Sinti und Roma erweitert. Aufgrund zu geringer Fallzahlen für den Regierungsbezirk Gießen können diese beiden Elemente der GMF nicht in die Analysen eingeschlossen werden.

Abbildung 1: Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit



Die einzelnen Elemente des GMF-Syndroms[4] werden mit Hilfe von Indikatoren erfasst, die den Bedeutungsgehalt des jeweiligen Elements umreißen[5]. In der Regel wird ein GMF-Element über die Zustimmung zu zwei Aussagen, die Vorurteile gegenüber der jeweiligen Gruppe widerspiegeln, erfasst. Aus den einzelnen Indikatoren der verschiedenen GMF-Elemente wurden Skalen gebildet.

[4] Von 2002 bis 2011 wurde jährlich eine große, repräsentative Bevölkerungsumfrage (GMF-Survey) zur Untersuchung des Ausmaßes, der Entwicklung und der Erklärung der GMF am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Das Projekt "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland" wurde von einem Stiftungskonsortium der Volkswagen-, Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung gefördert und stand in Kooperation mit dem Suhrkamp-Verlag. Grundlage des jährlichen GMF-Surveys ist eine telefonisch durchgeführte, standardisierte Befragung einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung.

[5] Seit 2002 hat sich die Art und Weise der Erfassung einiger Elemente durch neu entwickelte oder ergänzende Indikatoren geändert. Dies ist der Fall bei der Islamfeindlichkeit, die erst seit dem Jahr 2003 auf die identische Art und Weise gemessen wurde, und beim Syndromelement Sexismus, das seit dem Jahr 2003 durch eine weitere Aussage ergänzt und von da an ebenfalls über zwei Indikatoren erhoben wurde. Des Weiteren wurden die Messinstrumente für Homophobie, Abwertung von Obdachlosen sowie Menschen mit Behinderung optimiert, sodass hierfür in den Auswertungen nur die Surveys 2005-2011 berücksichtigt werden können. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen wurde erstmalig im Jahr 2007 erfasst. Die vorliegenden Auswertungen basieren für jene Syndromelemente deshalb auf einer entsprechend geringeren Fallzahl.

Die Aussagen, die als Indikatoren für ein GMF-Element dienen, spiegeln jeweils „typische" Ansichten wider. Dabei gilt es zu beachten, dass einige „weicher" ausgedrückt sind, andere Aussagen eine Gruppe hingegen „härter" und direkter abwerten. Entsprechend leichter oder schwerer ist die Zustimmung zu bzw. Ablehnung einer Aussage. Aus diesem Grund können die einzelnen Elemente der GMF nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, d. h., Aussagen wie „Menschen aus XY sind weniger rassistisch, dafür fremdenfeindlicher" sind nicht zulässig. Vergleiche hinsichtlich des Ausmaßes an Zustimmung zu einem Element zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (etwa, ob Menschen aus dem Regierungsbezirk Gießen fremdenfeindlicher oder weniger fremdenfeindlich sind als andere Menschen in Hessen) sind hingegen möglich.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gießen

Die folgenden Analysen werfen einen detaillierten Blick auf das Ausmaß der GMF im Regierungsbezirk Gießen. Der Vergleich mit dem übrigen Hessen ermöglicht es hierbei, einzuschätzen, ob sich Einstellungen und Meinungen der BewohnerInnen des Regierungsbezirks Gießen von denen des übrigen Hessen unterscheiden.

Basis hierfür sind die Befunde aus der Befragung der hessischen Teilstichprobe der GMF-Surveys 2002-2011, wobei sich die Auswertungen auf Personen ohne Migrationshintergrund beziehen. Zwar lassen die Daten keinen direkten Rückschluss auf den Wohnort der befragten Personen zu, jedoch kann anhand der Kreiskennziffern eine Zuordnung vorgenommen werden, sodass Aussagen auf Regierungsbezirksebene möglich werden.

Insgesamt wurden im Regierungsbezirk Gießen im Zeitraum von 2002 bis 2011 215 Personen befragt, was 19% der gesamten hessischen Stichprobe (1133 Personen) entspricht. Aufgrund dieser relativ geringen Fallzahlen sind die Ergebnisse unter Vorbehalt zu betrachten, sie geben jedoch durchaus einen Eindruck von der Situation im Regierungsbezirk Gießen und von Unterschieden zum übrigen Hessen (918 Befragte)[6].

Um Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich demographischer Merkmale zu vermeiden, ist die Gesamtstichprobe entsprechend gewichtet, so dass mit dem GMF-Survey eine Repräsentativerhebung vorliegt. Für Hessen wurde keine gesonderte Gewichtung vorgenommen. Der mögliche Einfluss von demographischen Faktoren – in erster Linie der Bildung als ein besonders durchschlagender Einflussfaktor – wird geprüft und berichtet.

In unserer Stichprobe geben 46,4% der Befragten im Regierungsbezirk Gießen einen niedrigen, 27,5% einen mittleren und 26% einen hohen Bildungsabschluss an. Somit sind Befragte mit niedrigem Schulabschluss im Regierungsbezirk Gießen, wie auch in Hessen insgesamt, in unserer Stichprobe etwas überrepräsentiert. Auch sind männliche Befragte im Regierungsbezirk Gießen mit 55,8% leicht überrepräsentiert, im übrigen Hessen sind sie dagegen mit 45,8% etwas unterrepräsentiert. Das durchschnittliche Alter der Befragten beträgt im Regierungsbezirk Gießen knapp 49 Jahre und im übrigen Hessen 51 Jahre. Damit unterscheidet sich die Stichprobe für den Regierungsbezirk Gießen in den wesentlichen demographischen Faktoren nur geringfügig von der Stichprobe des übrigen Hessen und ist somit grundsätzlich vergleichbar.

[6] Als Teil der repräsentativen Gesamtstichprobe aller Bundesländer ist die hessische Substichprobe zwar nicht gezielt aufgrund ihrer Repräsentativität für Hessen ausgewählt, die Daten werden jedoch von TNS Infratest mittels ADM-Verfahren bis auf Bundeslandebene repräsentativ erhoben und liefern durchaus verlässliche und interpretierbare Ergebnisse für Hessen.

Um für die spezifische Auswertung für den Regierungsbezirk Gießen eine hinreichend große Stichprobe zu erhalten, werden die Befragten aller GMF-Surveys zusammengefasst.

Berichtet werden jeweils die Zustimmungsprozente, also der Anteil der Befragten, die die Antwortmöglichkeiten „stimme eher zu“ oder „stimme voll und ganz zu“ angaben.[7]

Im Folgenden werden die Ergebnisse aus dem Regierungsbezirk Gießen mit denen aus dem übrigen Hessen verglichen und Besonderheiten hervorgehoben. Hierbei ist zu beachten, dass die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen weniger aussagekräftig ist als die Gesamtzustimmung (zusammengefasste Antworten der zwei bzw. drei Einzelindikatoren)[8]. Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb des Regierungsbezirks Gießen werden auf Signifikanz geprüft.

Zunächst wird der Blick auf die Zustimmung zu den zehn Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* im Regierungsbezirk Gießen und Unterschiede zum übrigen Hessen geworfen, dazu wird jedes Element einzeln betrachtet.

Zustimmung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gießen

Fremdenfeindlichkeit bezieht sich auf eine als bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen. Tabelle 1 gibt die Werte für die Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit wieder.

Tabelle 1: Fremdenfeindlichkeit	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	54,9	53,0
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	18,4	26,8
Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit insgesamt	**26,4**	**30,3**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

[7] Die Befragten hatten stets die vier Antwortmöglichkeiten zur Auswahl: „Stimme überhaupt nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme eher zu“ oder „stimme voll und ganz zu“.

[8] Insbesondere Abbildungen legen häufig nahe, dass sich Zustimmungsraten zwischen verschiedenen Gruppen unterscheiden. Von Interesse ist hier immer, inwieweit diese scheinbaren Unterschiede auch im statistischen Sinne signifikant sind oder ob sie lediglich zufällige Schwankungen ausdrücken. Daher folgt immer eine statistische Überprüfung der gefundenen Unterschiede. Die Prüfung der Signifikanz der Unterschiede erfolgte mit Hilfe von univariaten Varianzanalysen (Scheffé-Test). Dies erlaubt beispielsweise die Feststellung, bezüglich welcher spezifischen Elemente sich die Befragten aus dem Regierungsbezirk Gießen von anderen substantiell unterscheiden. Das Signifikanzmaß p gibt an, inwieweit ein vermeintlicher Unterschied tatsächlich statistisch signifikant, also kein Zufallsprodukt ist. Ein $p < .001$ (durch *** gekennzeichnet) drückt eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 0,1% aus, d. h., das Ergebnis ist sehr sicher. Ein $p < .01$ (**) bedeutet eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 1% und ein $p < .05$ eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 5% (*). In allen drei Fällen ist das Ergebnis als statistisch signifikant zu werten.

Im Regierungsbezirk Gießen stimmt gut jedeR vierte Befragte den fremdenfeindlichen Aussagen zu. Für das übrige Hessen fällt die Zustimmung mit ca. 30% noch etwas höher aus, der Unterschied ist jedoch nicht signifikant.

Rassismus umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Gruppen aufgrund von scheinbar biologischen Unterschieden, wie der Hautfarbe oder der Abstammung, abwerten und auf eine konstruierte „natürliche“ Höherwertigkeit der eigenen Gruppe verweisen. Tabelle 2 gibt die Werte wieder.

Tabelle 2: Rassismus	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	29,0	19,6
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	20,0	12,1
Zustimmung zu Rassismus insgesamt* **	**14,6**	**8,8**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent. *** p < .001.

Mit knapp 15% Zustimmung bejahen die Befragten im Regierungsbezirk Gießen die rassistischen Aussagen signifikant häufiger als diejenigen im übrigen Hessen.

Antisemitismus ist eine feindselige Mentalität, die gegen Juden und jüdische Symbole gerichtet ist. Tabelle 3 gibt die Zustimmungsprozente für die Indikatoren zum Antisemitismus wieder.

Tabelle 3: Antisemitismus	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	16,3	20,4
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	13,7	15,3
Zustimmung zu Antisemitismus insgesamt	**8,6**	**12,2**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

Die Zustimmung zu den antisemitischen Aussagen fällt im Regierungsbezirk Gießen mit 8,6% etwas geringer, aber nicht signifikant unterschiedlich zum übrigen Hessen aus.

Sexismus betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. *Sexismus* ist ein Sonderfall, weil es sich hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit handelt. Die Zustimmungen zu den entsprechenden Aussagen sind in Tabelle 4 ersichtlich.

Tabelle 4: Sexismus[a]	RB Gießen	Übriges Hessen
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	26,1	25,7
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	26,1	20,1
Zustimmung zu Sexismus insgesamt	**19,9**	**21,5**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.
[a] Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2011.

Etwa jedeR fünfte Befragte im Regierungsbezirk Gießen sowie im übrigen Hessen stimmt den sexistischen Aussagen eher oder voll und ganz zu.

Islamfeindlichkeit bezeichnet Bedrohungsgefühle durch Muslime und ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten. Tabelle 5 zeigt, dass islamfeindliche Einstellungen im Regierungsbezirk Gießen wie im übrigen Hessen stark ausgeprägt sind.

Tabelle 5: Islamfeindlichkeit[a]	RB Gießen	Übriges Hessen
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	28,0	21,3
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	34,7	35,7
Zustimmung zu Islamfeindlichkeit insgesamt	**21,3**	**24,8**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.
a Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2011.

Auch hier unterscheiden sich die Zustimmungswerte zwischen den Befragten im Regierungsbezirk Gießen und dem übrigen Hessen nicht signifikant.

Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen beanspruchten Vorrangstellungen, die Zugewanderten gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen. Tabelle 6 gibt die Ergebnisse für die Indikatoren des GMF-Elementes Etabliertenvorrechte wieder.

Tabelle 6: Etabliertenvorrechte	RB Gießen	Übriges Hessen
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	63,5	60,0
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	44,6	34,4
Zustimmung zu Etabliertenvorrechten insgesamt	**42**	**36,1**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

Es zeigt sich, dass die Einforderung von Etabliertenvorrechten sowohl im Regierungsbezirk Gießen als auch im übrigen Hessen sehr stark ausgeprägt ist. Die Zustimmung fällt im Regierungsbezirk Gießen etwas höher aus im Vergleich mit dem übrigen Hessen, wobei der Unterschied jedoch nicht signifikant ist.

Homophobie bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Aus Tabelle 7 geht hervor, dass homophobe Einstellungen sowohl im Regierungsbezirk Gießen als auch in Hessen insgesamt deutlich vertreten werden.

Tabelle 7: Homophobie[a]	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	35,7	26,6
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein[b.]	34,3	33,3
Homosexualität ist unmoralisch.	21,3	17,2
Zustimmung zu Homophobie insgesamt	**25,6**	**21,4**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.
[a] Homophobie wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2011, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.
[b] Hier verweist die Ablehnung der Aussage auf feindliche Einstellungen, unter Zustimmung gesamt finden sich deswegen für diese Aussage die zusammengefassten Werte der Antwortkategorien ‚stimme eher nicht zu' und ‚stimme überhaupt nicht zu'.

Im Regierungsbezirk Gießen fällt die Zustimmung zur Homophobie mit 25,6% hoch aus, unterscheidet sich jedoch nicht signifikant vom übrigen Hessen.

Abwertung von Menschen mit Behinderung meint feindselige Einstellungen, die sich gegen Personen richten, die aufgrund ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit als von der „Norm" abweichend definiert werden. Die Ablehnung von Menschen mit Behinderung fällt im Regierungsbezirk Gießen sowie in Hessen insgesamt eher gering aus (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Abwertung von Menschen mit Behinderung[a]	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben.	5,5	6,8
Viele Forderungen von Behinderten sind überzogen.	9,7	13,9
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	1,5	5,5
Zustimmung zur Abwertung von Menschen mit Behinderung insgesamt	**5,3**	**7,3**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung, Angaben in Prozent.
[a] Die Abwertung von Menschen mit Behinderung wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2011, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

Die *Abwertung von Obdachlosen* zielt auf jene Menschen, die nicht vorherrschenden Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nachkommen. Hier fällt der Regierungsbezirk Gießen durch hohe Zustimmungsprozente auf (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Abwertung von Obdachlosen[a]	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	41,1	30,8
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	41,8	33,2
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	39,7	26,1
Zustimmung zur Abwertung von Obdachlosen insgesamt* **	**44,2**	**25,4**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung, Angaben in Prozent. ***p < .001.
a Die Abwertung von Obdachlosen wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2011, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

Die Zustimmung zu den feindlichen Aussagen gegenüber obdachlosen Menschen fällt im Regierungsbezirk Gießen mit über 40% deutlich stärker aus als im übrigen Hessen, der Unterschied ist höchst signifikant.

Die *Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen* erfolgt unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit für die Gesellschaft. Aus Tabelle 10 geht hervor, dass diese Einstellung im Regierungsbezirk Gießen, wie im übrigen Hessen, extrem hoch ausfällt.

Tabelle 10: Abwertung von Langzeitarbeitslosen[a]	**RB Gießen**	**Übriges Hessen**
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	58,3	48,0
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	66,6	55,2
Zustimmung zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen insgesamt	**52,1%**	**48,7%**

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung, Angaben in Prozent.
[a] Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen wird seit 2007 erfasst, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2007-2011, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

Im Regierungsbezirk Gießen werten über die Hälfte der Befragten Langzeitarbeitslose ab, im übrigen Hessen sind es mit knapp der Hälfte nur marginal weniger.

Insgesamt betrachtet finden sowohl im Regierungsbezirk Gießen als auch im übrigen Hessen vor allem die Abwertung von langzeitarbeitslosen Menschen und die Einforderung von Etabliertenvorrechten starke Zustimmung, hoch fallen aber auch die Zustimmungswerte für Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit aus.

Werden die Unterschiede zwischen dem Regierungsbezirk Gießen und dem übrigen Hessen betrachtet, so zeigt sich, dass im Regierungsbezirk Gießen insbesondere rassistische Einstellungen sowie die Abwertung obdachloser Menschen signifikant stärker ausgeprägt sind als im übrigen Hessen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und verschiedene Bevölkerungsgruppen im Regierungsbezirk Gießen

Wie aus der Forschung zu Vorurteilen bekannt ist und es die bisherige Analyse der GMF-Surveys bestätigt hat, unterscheiden sich verschiedene Bevölkerungsgruppen im Ausmaß ihrer Zustimmung zur GMF. Vor allem die Bildung hat einen wesentlichen Einfluss. Im Durchschnitt stimmen Befragte mit höherer Schulbildung den Elementen weniger zu als Befragte mit geringerer Schulbildung (Heyder 2003). Auch der Einfluss des Alters wurde bereits im GMF-Survey analysiert. Anders als es die öffentliche Wahrnehmung und der Zuschnitt vieler Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vermuten lassen, sind es vielfach eher die Älteren, die zur Menschenfeindlichkeit neigen, während Jugendliche und junge Erwachsene häufig geringere Vorurteile äußern (Endrikat 2006). Als ebenso interessant und überraschend hat sich der Vergleich von Männern und Frauen erwiesen. Anders als es vielfach das Klischee von friedfertigen und mitfühlenden Frauen will, äußerten sich Frauen fremdenfeindlicher, rassistischer und islamfeindlicher als Männer (Küpper/Heitmeyer 2005).

Im Folgenden wird das Ausmaß von GMF in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen für den Regierungsbezirk Gießen und das übrige Hessen beschrieben.

Alter als Einflussfaktor für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Tendenziell besteht bei fast allen Syndromelementen ein deutlicher Zusammenhang mit dem Alter: Je älter die Befragten, desto stärker sind in der Regel die Vorurteile ausgeprägt. Um zu überprüfen, ob sich diese Tendenz auch im Regierungsbezirk Gießen zeigt, wurden die Befragten in zwei Altersgruppen (bis 45 Jahre vs. über 45 Jahre) aufgeteilt und hinsichtlich ihrer GMF-Ausprägung verglichen[9]. Es zeigt sich tendenziell der bekannte Befund: Für die Elemente *Rassismus*, *Antisemitismus* und *Homophobie* sind die Zustimmungswerte der älteren Befragten signifikant höher[10]. Ausnahmen bilden jedoch die Abwertung von Menschen mit Behinderung und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, hier äußern die jüngeren Befragten feindlichere Einstellungen[11].

Im Vergleich mit dem übrigen Hessen zeigt sich die Bereitschaft, obdachlose Menschen abzuwerten in beiden Altersgruppen im Regierungsbezirk Gießen signifikant stärker ausgeprägt12. Zudem stimmen ältere Befragte im Regierungsbezirk Gießen signifikant stärker den rassistischen Aussagen13 zu, während jüngere Befragte eher homophobe Einstellungen äußern und stärker langzeitarbeitslose Menschen abwerten14.

Es zeigt sich nur ein geringer Einfluss des unterschiedlichen Bildungsniveaus der Befragten. Wird dieses mit berücksichtigt, so verliert das Alter an Einfluss auf die Abwertung von Menschen mit Behinderung, alle anderen Werte verändern sich nicht signifikant.

---

[9] Um annähernd gleiche und ausreichend große Altersgruppen zu erhalten, wurde die Grenze bei 45 Jahren gezogen. Der annähernd lineare Effekt des Alters wird dadurch nicht verschleiert.
[10] Für Antisemitismus bei $p < .001$; für Rassismus und Homophobie bei $p < .01$.
[11] Jeweils bei $p < .05$; in Bezug auf die Abwertung der Langzeitarbeitslosen zeigt sich dieser Befund auch für das übrige Hessen und Deutschland allgemein (vgl. Wandschneider 2010).
[12] Für die jüngeren Befragten bei $p < .001$ und für die älteren bei $p < .05$.
[13] $p < .01$.
[14] $p < .05$.

Geschlecht als Einflussfaktor für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

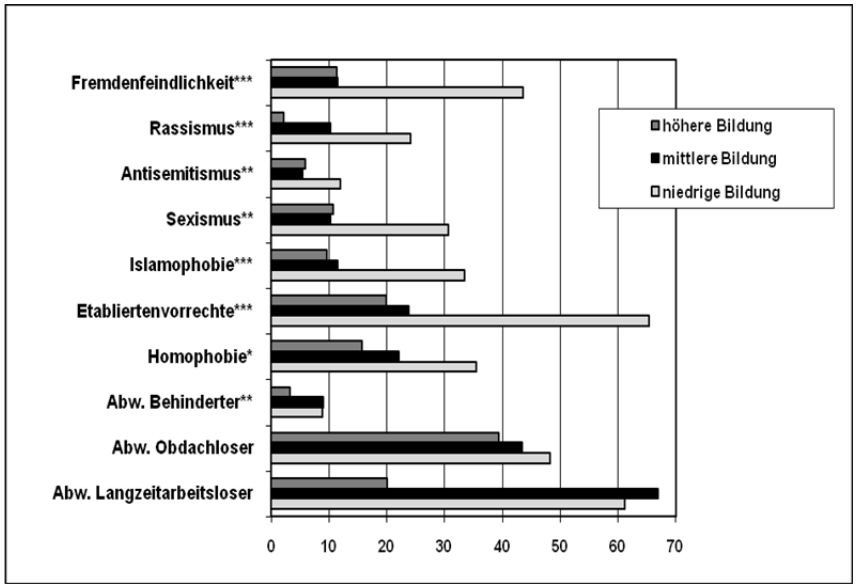
Die Ergebnisse für Frauen und Männer im Regierungsbezirk Gießen unterscheiden sich zum Teil von denen für das übrige Hessen. Signifikant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Regierungsbezirk Gießen nur in Bezug auf die Langzeitarbeitslosenabwertung, der die Frauen stärker zustimmen als die Männer[15]. Dieser Effekt bleibt auch unter Kontrolle des Bildungsniveaus bestehen. Im Vergleich mit dem übrigen Hessen werten Frauen im Regierungsbezirk Gießen die Gruppe der Langzeitarbeitslosen ebenfalls signifikant stärker ab, zudem fordern sie häufiger Etabliertenvorrechte ein, als Frauen im übrigen Hessen[16], Männer erweisen sich hingegen als signifikant rassistischer und werten stärker Obdachlose und Menschen mit Behinderung ab, als Männer im übrigen Hessen[17].

Im Unterschied zu anderen Analysen (Küpper/Heitmeyer 2005) erweisen sich Frauen im Regierungsbezirk Gießen jedoch nicht als rassistischer als Männer und Männer nicht als homophober und sexistischer als Frauen.

Schulbildung als Einflussfaktor für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Zur Analyse des Einflusses der Schulbildung wurden die Befragen in drei Gruppen zusammengefasst[18], Abbildung 2 gibt die Zustimmungsprozente in den drei Gruppen wieder.

Abbildung 2: Ausmaß der Zustimmung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gießen in Abhängigkeit von der Schulbildung



Anm.: Angegeben sind die Zustimmungsprozente; die Signifikanzangaben in der Abbildung beziehen sich auf die Mittelwertunterschiede zwischen den höher und niedrig gebildeten Befragten im Regierungsbezirk Gießen. *** $p < .001$, ** $p < .01$, * $p < .05$.

[15] Bei $p < .05$.
[16] Jeweils bei $p < .05$.
[17] Für Rassismus und Obdachlosenabwertung bei $p < .001$; für Abwertung von Menschen mit Behinderung bei $p < .05$.
[18] Niedrige Schulbildung (n =100) = kein Schulabschluss, Volks- oder Hauptschule, Polytechnische Schule bis 8. Klasse; mittlerer Schulabschluss (n = 59) = Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse; höherer Schulabschluss (n = 56) = Abitur/Fachabitur, abgeschlossenes Studium/Fachhochschule.

Im Regierungsbezirk Gießen hat die Schulbildung (wie im übrigen Hessen und auch in Gesamtdeutschland) einen besonders deutlichen Einfluss auf das Ausmaß der GMF. Die Zustimmung zu fast allen Elementen der GMF sinkt mit zunehmender Bildung; Befragte mit höherer Bildung signalisieren durchgehend die geringste Zustimmung zur GMF. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss weisen meist die häufigste Zustimmung auf. Bei fast allen Elementen des GMF-Syndroms sind die Unterschiede der Mittelwerte zwischen der Gruppe mit niedrigem und mit hohem Schulabschluss innerhalb des Regierungsbezirks Gießen signifikant[19]. Ausnahmen bilden auch hier die Einstellung gegenüber obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen, diese Gruppen werden von allen Befragten gleichermaßen stark abgewertet. Im Vergleich zum übrigen Hessen unterscheiden sich die Befragten mit mittlerem Bildungsniveau im Regierungsbezirk Gießen nicht in ihrem Ausmaß an GMF. Diejenigen mit hohem Schulabschluss sowie diejenigen mit niedrigem Abschluss erweisen sich signifikant ablehnender gegenüber obdachlosen Menschen[20]. Zudem stimmen die Befragten mit niedrigem Schulabschluss signifikant häufiger rassistischen Äußerungen zu und fordern stärker Etabliertenvorrechte ein, als Befragte mit gleichem Bildungsniveau im übrigen Hessen[21].

Es scheint als sei das Bildungsniveau von außerordentlicher Bedeutung für die Bereitschaft zur Abwertung schwacher Gruppen; dieser bekannte Befund hat sich auch hier noch einmal bestätigt. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass es nicht der formale Schulabschluss ist, der für das Ausmaß an GMF entscheidend ist, sondern verschiedene Faktoren, die in der Regel an das mit dem höheren Abschluss einhergehende längere Verweilen im Schulsystem geknüpft sind, wie kognitive Fähigkeiten, der soziale Status und das Ausmaß an Konformismus (siehe dazu Heyder 2003 sowie Hopf 1999).

Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Regierungsbezirk Gießen erweist sich die Bereitschaft, jene Menschen abzuwerten, die als gesellschaftlich nutzlos stigmatisiert werden, als alarmierend hoch. Die Zustimmung zu den GMF-Elementen *Obdachlosenabwertung* und *Langzeitarbeitslosenabwertung* fällt in allen Bevölkerungsgruppen im Regierungsbezirk Gießen sehr hoch aus und unterscheidet sich signifikant von den Werten im übrigen Hessen. Auch lässt sich die hohe Bereitschaft zur Abwertung dieser Gruppen nicht durch einen Bildungseffekt erklären, da diese Abwertung in allen Bildungsschichten gleichermaßen vertreten ist. Die sich hinter solchen Einstellungen verbergende Gefahr besteht in einer zunehmenden Kopplung von Menschenwürde an ökonomischen Erfolg, an Leistung und Funktionalität. Einer gesellschaftlichen sozialen Verantwortung wird sich so mehr und mehr entledigt und eine die Verantwortung umkehrende Sichtweise legitimiert: Es sei nicht die Gesellschaft in der sozialen Verantwortung, sich um ihre schwachen Mitglieder zu kümmern, sondern Schwache kämen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nicht nach, da sie nicht als produktive Mitglieder funktionierten.

Die z. T. hohen Zustimmungswerte zu offen vorurteiligen Ansichten lassen deutliche und klare Positionen dazu, was in dieser Gesellschaft hinnehmbar ist und was nicht, dringlich erscheinen. Die Befunde zur GMF zeigen, dass es sinnvoll ist, Interventionsprogramme auf eine Vielzahl von schwachen Gruppen auszurichten und generelle Dynamiken und Reproduktionsmechanismen von Vorurteilen deutlich zu machen. Gezielte Programme etwa gegen Rassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit sollten auch andere schwache Gruppen als mögliche Opfer von Vorurteilen und Diskriminierung einbeziehen.

Auch demographische Faktoren spielen eine Rolle für das Ausmaß von GMF. Interessanterweise zeigen sich im Regierungsbezirk Gießen im Hinblick auf die feindlichen Einstellungen kaum Unterschiede zwischen den

[19] Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau im Regierungsbezirk Gießen für Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechte bei $p < .001$; für Rassismus, Islamfeindlichkeit und Abwertung von Menschen mit Behinderung bei $p < .01$ und für Sexismus bei $p < .05$.
Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit hohem und mittlerem Bildungsniveau im Regierungsbezirk Gießen für Fremdenfeindlichkeit bei $p < .05$ und Rassismus bei $p < .01$.

[20] Für die Befragten mit hohem Schulabschluss bei $p < .01$ und für die mit niedrigem Abschluss bei $p < .001$.

[21] Jeweils bei $p < .001$.

Geschlechtern, nur in Bezug auf langzeitarbeitslose Menschen erweisen sich Frauen als feindlicher als Männer. Jedoch zeigt sich, wie in Gesamtdeutschland, auch im Regierungsbezirk Gießen tendenziell ein Anstieg von GMF mit zunehmendem Alter, wobei auffallend ist, dass langzeitarbeitslose Menschen eher von den jüngeren Befragten abgewertet werden als von älteren. Auch die Bildung hat einen erheblichen Einfluss: Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss aller Altersgruppen sind schwachen Gruppen gegenüber feindseliger eingestellt. Wie andere Analysen im Rahmen des GMF-Surveys gezeigt haben, sind es dabei weniger der Leistungsaspekt von Bildung und auch nicht die Fähigkeit zu Empathie und Perspektivenübernahme, sondern vor allem eine Ablehnung konformen Verhaltens, welches hinter dem Bildungseffekt steht (Heyder 2003). Bildung, insbesondere die Erziehung zu Nonkonformismus und freiem Entscheidungswillen, kann also vor GMF schützen, wobei im Regierungsbezirk Gießen speziell die auffallend starke Abwertung von Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen nicht durch ein unterschiedliches Bildungsniveau erklärt werden kann. Hier sind also nicht nur Hauptschulen, Realschulen und Berufsschulen, sondern im Prinzip alle Schulformen gefragt, wenn es um Prävention geht.

Pauschal lässt sich also keinesfalls feststellen, dass es immer die jungen, weniger gut gebildeten Männer sind, die gegenüber jeder schwachen Gruppe eine auffallend ablehnende Haltung haben. Zwar fällt diese Gruppe am häufigsten durch gewalttätiges Verhalten auf, aber insbesondere die Älteren könnten mit ihren deutlich feindlicheren Einstellungen das Klima für die größere Bereitschaft zur Gewalt der Jüngeren anheizen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, gerade auch die ältere Bevölkerung in präventive Programme einzubeziehen. Es sind hier, neben anderen Aktivitäten, auch sichtbare und eindeutige Signale der Eliten von Bedeutung.

Aus anderen Untersuchungen zur GMF ist bekannt, dass autoritäre Einstellungen weit verbreitet und eng verknüpft sind mit der Abwertung schwacher Gruppen (Heitmeyer/Heyder 2002; Wandschneider 2010). Auch wenn dieser Zusammenhang für den Regierungsbezirk Gießen nicht explizit analysiert werden konnte, ist darauf hinzuweisen, dass sich autoritäre Einstellungen im Sozialisationsprozess in der Familie oder als Reaktion auf soziale Bedrohungen entwickeln. In Bezug darauf sollte vor allem ein demokratischer Erziehungsstil in Elternhaus und Schule angestrebt und ausgebaut werden, der es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, eine starke Persönlichkeit zu entwickeln und sie befähigt, die Gleichwertigkeit Anderer zu respektieren.

Ebenso hat sich für Deutschland ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Gefühl sozialer Desintegration und relativer Deprivation (als dem Gefühl, im Vergleich zu anderen ökonomisch schlechter gestellt zu sein) auf der einen Seite und der Abwertung von schwachen Gruppen auf der anderen Seite bestätigt (Endrikat/Schaefer/Mansel/Heitmeyer 2002). Wer sich depriviert oder politisch machtlos (Klein/Hüpping 2008) fühlt und den Eindruck hat, feste soziale Beziehungen seien immer schwieriger zu knüpfen (Heitmeyer/Endrikat 2008), äußert sich ablehnender gegenüber einer ganzen Reihe schwacher gesellschaftlicher Gruppen und insbesondere gegenüber Ausländern.

Menschenfeindliche Einstellungen verteilen sich nicht gleichmäßig über Deutschland. Es gibt Regionen, in denen Vorurteile stärker vertreten werden als in anderen Gegenden. Verschiedene Faktoren kristallisieren sich heraus. Zum einen die regionale wirtschaftliche Entwicklung (Hüpping/Reinecke, 2007), da mit schlechten ökonomischen Zuständen Desintegration und Abstiegsängste verbunden sind. Andererseits ist aber auch die Bevölkerungsdichte relevant, da in dünner besiedelten Regionen der Konformitätsdruck höher sein kann (Petzke/Endrikat/Kühnel, 2007). Auch der Einfluss lokaler Eliten und Meinungsführer ist für das regionale Klima der Gleichwertigkeit und Akzeptanz maßgeblich.

Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass sich die Aufmerksamkeit bezüglich der Verbreitung von Vorurteilen und Diskriminierung nicht auf die bereits bekannten Adressatengruppen beschränken sollte, sondern sich auch auf mögliche neue oder reaktivierte Gruppen richten muss. Integration bedeutet immer auch die Integration ganz unterschiedlicher schwacher Gruppen, die am Rande stehen, die gefährdet sind, aus der Gesellschaft herauszufallen, oder denen Integration erschwert oder gar verweigert wird. Hierbei sollte Integration sowohl auf Minderheiten und als auch auf Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gleichermaßen

zielen. Ein unbedachtes oder absichtliches Anheizen von Gefühlen der sozialen Desintegration in Verbindung mit dem Angebot von vermeintlichen Sündenböcken, wie etwa Obdachlosen oder Hartz-IV-EmpfängerInnen, ist gefährlich und unverantwortlich. Hier ist nicht allein die große Politik gefragt, sondern auch einflussreiche Eliten im sozialen Nahraum, wie etwa BürgermeisterIn, VereinsvertreterIn, lokale Medienvertreter oder die Kirchen. Die Stärke von symbolischem Handeln und vorbildhaftem Verhalten ist auch die Vermittlung von Umgangsformen im Miteinander. Letztlich entscheidet sich die humane Qualität einer Gesellschaft am Umgang mit schwachen Gruppen.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf über die z. T. verdeckt ablaufenden Abwertungs- und Diskriminierungsprozesse gibt, bei denen größere wie kleinere Interventionen im Alltag genauso notwendig sind wie die deutlichen öffentlichen Stellungnahmen von Eliten, die sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sein müssen und nicht populistischen Konjunkturen folgenden dürfen. Vor allem geht es um die Verhinderung von Desintegration und um die Stärkung schwindender Integrationspotentiale dieser Gesellschaft.

Literaturverzeichnis

Elias, N./Scotson, J. L. (1990): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Endrikat, K. (2006). Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 101-114). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Endrikat, K./Schaefer, D./Mansel, J./Heitmeyer, W. (2002). Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1 (S. 37-58). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, W. (Hg.) (2002). Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, W./Endrikat, K. (2008). Folgen der Ökonomisierung des Sozialen. Die Abwertung von „Überflüssigen“ und „Nutzlosen“.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 6 (S. 55-72). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer W./ Heyder A. (2002). Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1 (S. 59-70). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 2 (S. 78-99). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hopf, W. (1999). Ungleichheit der Bildung und Ethnozentrismus.
Zeitschrift für Pädagogik, 6, 847-865.

Hüpping, S./Reinecke, J. (2007). Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 77-101). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Klein, A./Hüpping, S. (2008). Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 6 (S. 73-94). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Küpper, B./Heitmeyer, W. (2005). Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (S. 108 – 127). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Petzke, M./Endrikat, K./Kühnel, S.M. (2007). Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 52-76). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Zick, A./Küpper, B. (2006). Politische Mitte. Normal feindselig.
In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 115-134). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity – theory and empirical test. Journal of Social Issues. Special Issue on „Ethnic Prejudice and Discrimination in Europe”, 64 (2), 363-383.

Wandschneider, S. (2010). Bericht Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen (2002-2010).
Hg. vom Beratungsnetzwerk Hessen - Landeskoordinierungsstelle.

Rechtsextremismus im Landkreis Gießen – eine Bestandsaufnahme der Jahre 2011 – 2013

Wiebke Dierkes

Der Landkreis Gießen galt zu Beginn der Erhebungsphase, die dieser Dokumentation zu Grunde liegt, nicht als ein Landkreis mit florierender rechter Szene. Während es in den Nachbarlandkreisen teils intensive Auseinandersetzungen mit dem Phänomen gegeben hatte (vgl. die Debatte um die extrem rechte Kameradschaft „Berserker Kirtorf“ in den Jahren 2008 ff. im Vogelsbergkreis, die Auseinandersetzungen mit den bis heute aktiven „Autonomen Nationalisten Wetzlar“ in den Jahren 2010 ff. oder mit der Neonazigruppierung um den Wölfersheimer Patrick Wolf), waren die Einschätzungen den Landkreis Gießen betreffend eher zurückhaltend.

Erfahrungen aus der präventiven Arbeit im Landkreis

Zu Beginn der Erhebungsphase 2011 wurden Vorkommnisse mit rechtem oder rechtsextremem Hintergrund in einzelnen Kommunen selten interkommunal, geschweige denn überregional kommuniziert und analysiert. Die damit einhergehende isolierende Betrachtungsweise extrem rechter Bewegung im Landkreis führte zu einer verharmlosenden Fehleinschätzung der Situation in der lokalen Öffentlichkeit und stand diametral den Erfahrungen entgegen, die Mitarbeiterinnen des Kreisjugendbildungswerkes im Rahmen ihres Präventionsangebotes in der (außer-) schulischen Bildungsarbeit zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus machten. Oft lieferten einzelne Ereignisse an einer Schule oder in einer Kommune den Anlass für den „Einsatz“ der pädagogischen Angebote. Die damit vollzogene Reduzierung einer, durchaus in manchen Fällen vorhandenen rechtsaffinen Denkweise und Kultur in den Einrichtungen auf ein einzelnes Ereignis, erwies in der direkten Auseinandersetzung mit den Jugendlichen in mehrfacher Hinsicht als problematisch.

Erstens konnten an allen Schulen SchülerInnen von konkreten Erfahrungen mit extrem rechtem Gedankengut oder extrem rechter Organisierung auch außerhalb der Schule berichten; Rechtsextremismus in all seinen Ausprägungen schien also in einem breiteren Lebenszusammenhang, in Vereinen, in der Jugendarbeit, im kommunalen Alltag, eine Rolle für diese Jugendlichen zu spielen. Zweitens zeigte sich deutlich der hohe Grad an Mobilität der Jugendlichen im Landkreis, was die Beschränkung des Aktions- und Wirkungsradius` von präventiven und intervenierenden Angeboten entlang kommunaler Grenzen als wenig sinnvoll erschienen ließ: Die Durchlässigkeit zwischen den Kommunen, gerade im ländlichen Raum, sollte bei der Konzeption von Bildungsangeboten mitgedacht werden. Drittens kritisierten die SchülerInnen mit Recht, dass sie als einzige Gruppe des Systems Schule in den Fokus der Auseinandersetzung gerückt wurden, während die erwachsene Gruppe des betreffenden Systems sich der (selbst-) kritischen Reflektion der Situation sowie der eigenen Verwobenheit in rechte Denk- und Einstellungsmuster weitestgehend entzog. Viertens hat sich gezeigt, dass es über „Einzelfallschilderungen“ hinaus keinerlei gesicherte Datenlage zur Existenz rechter Einstellungen und rechter Strukturen im Landkreis gab, auf deren Grundlage sinnvoll pädagogische Konzepte hätten entwickelt werden können.

Rechtsextremismus im Fokus der Öffentlichkeit

Mit dem nicht mehr zu übersehenden aggressiven Auftreten einer neonazistischen Gruppierung im Lumdatal änderte sich spätestens im Jahr 2013 die öffentliche Wahrnehmung und Rechtsextremismus wurde (wieder) zum Thema der kommunalen Auseinandersetzung im Landkreis.

Dabei hatte es bereits in der jüngeren Vergangenheit organisierten Rechtextremismus gegeben, wie eine Studie über „Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen“ aus dem Jahre 2002 belegt.[1] Die Studie wurde ergänzt durch eine Interviewstudie über eine rechte Jugendclique aus dem Nordkreis, in der sich sowohl ein Gruppeninterview mit einer rechtsextremen Clique als auch zwei biographisch orientierte Einzelinterviews finden lassen.[2] Mit Ausnahme dieser Studie finden sich kaum wissenschaftliche Arbeiten zur rechten Szene in der Region - und erst recht nicht zu dem gesellschaftspolitischen Klima, in dem sie agieren kann.

In den Jahren 2011 – 2013 hat sich die Präsenz, Mobilisierungsfähigkeit und das Aktionspotential der extremen Rechten im Landkreis Gießen sowohl quantitativ als auch qualitativ enorm gesteigert. Gleichzeitig scheint die öffentliche Wahrnehmung sensibler geworden zu sein.

Bisher jedoch fehlt es an einer kreisweiten Dokumentation von rechter Gewalt und/ oder Agitation. Der vorliegende Beitrag möchte versuchen, diese Lücke für den Zeitraum 2011 – 2013 unter Rückgriffen auf die frühen 2000er Jahre zu schließen.

Vorbemerkung:

Grundlage für die Dokumentation ist eine umfassende Recherche in den regionalen Tageszeitungen „Gießener Allgemeine Zeitung“, „Gießener Anzeiger“ und der „Frankfurter Rundschau“, sowie in einschlägigen Fachzeitschriften. Unterstützung bei der Recherche leisteten auch der Ausländerbeirat des Landkreis Gießen, das antifaschistische Pressearchiv- und Bildungszentrum (apabiz e.V.) aus Berlin, die Kampagne Wäl-der.Wiesen.Neonazis sowie zahlreiche engagierte und informierte Einzelpersonen, denen an dieser Stelle sehr herzlich gedankt werden soll.

Darüber hinaus wurden 17 Kommunen sowie 16 Schulen im Landkreis[3] gebeten, Vorkommnisse mit rechtem Hintergrund aus ihren Kommunen bzw. Schulen zu schildern.[4] Insgesamt gab es aus den Kommunen 11 Rückmeldungen[5]. In 8 Rückmeldungen wurde die Frage nach Vorkommnissen mit rechtsextremem Hintergrund verneint. 3 Kommunen konnten von Ereignissen mit rechter Motivation berichten. Von den 16 befragten Schulen gab es aus 7 Schulen Rückmeldungen. Davon verneinten 4 Schulen die Frage nach Ereignissen mit rechtem Hintergrund. Aus 3 Schulen heraus wurden Vorkommnisse beschrieben. Eine weitere initiative Rückmeldung gab es aus einer Grundschule. All diese Rückmeldungen haben Eingang in unsere Dokumentation gefunden. Wir bedanken uns auch hier noch einmal für die Offenheit, die Ehrlichkeit und den Mut, die eigenen Erkenntnisse und Erfahrungswerte dieser Dokumentation beizusteuern.

---

[1] Vgl. Hafeneger/ Niebling (2002a): Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen. Erschienen als Broschüre des LK Gießen im Eigendruck.

[2] Vgl. Hafeneger/ Niebling (2002b): „`Da denke ich ziemlich extremer´. Interviews mit Mitgliedern einer rechten Clique im Landkreis Gießen“. Eigendruck des Landkreis Gießen.

[3] Die Ansprache fokussierte hierbei die Gesamt- und Förderschulen im Kreis. An dieser Stelle muss durchaus selbstkritisch angemerkt werden, dass Grundschulen oder Gymnasien bei dieser Erhebung nicht mit erfasst wurden.

[4] Auf kommunaler Ebene wurden die jeweiligen BürgermeisterInnen sowie JugendpflegerInnen schriftlich gebeten, ihnen bekannt Vorkommnisse mit (extrem) rechtem Hintergrund zu schildern und ihre Vor-Ort-Kenntnisse somit der vorliegenden Dokumentation beizusteuern. Auf Ebene der Schulen wurden die SchulleiterInnen sowie (soweit vorhanden) die SchulsozialarbeiterInnen befragt.

[5] Rückmeldungen gab es aus den folgenden Kommunen: Fernwald, Lich, Biebertal, Grünberg, Rabenau, Wettenberg, Buseck, Heuchelheim, Laubach, Lollar, Reiskirchen. Keine Rückmeldungen gab es aus Allendorf, Hungen, Pohlheim, Staufenberg, Langgöns, Linden.

Ziel der vorliegenden Dokumentation ist es, den öffentlicher Diskurs um die Präsenz von extrem rechtem Gedankengut und Handeln im Landkreis anzuregen, Geschehenes zu dokumentieren, zu kontextualisieren, um damit auch politische Entwicklungslinien über einen längeren Zeitraum verfolgen und analysieren zu können. Dabei ist es gerade bei der in dieser Darstellung immanenten Fixierung auf die TäterInnen, unerlässlich, die Perspektive der Opfer und Bedrohten nicht aus dem Auge zu verlieren und deren Position zum Ausgangspunkt für Handlungsansätze zu machen, ebenso wie das wichtige, allgemeinpolitisch-demokratische Interesse, rassistische, antisemitische, nationalistische, sexistische, xenophobe und homophobe Positionen zurückzuweisen.

Denn auch wenn sich die Aktionen der extremen Rechten oft gegen Einzelne richten: Gemeint ist der Kern einer offenen Gesellschaft, die sich, zumindest in einer politischen Zielvorstellung und Utopie, an den universellen und unteilbaren Menschenrechten orientiert.

Propagandistische Aktionen an Schulen und im (angrenzenden) öffentlichen Raum

Schulen sind für rechtsextreme Gruppierungen grundsätzlich ein wichtiges Feld der Mobilisierung und Ansprache von Jugendlichen. So lassen sich auch im Landkreis Gießen in regelmäßigen Abständen propagandistische Aktionen in und um Schulen verzeichnen. Es unterbleibt aber oftmals ein offensiver Umgang mit und eine öffentliche Positionierung gegen rechtsextreme Aktivität. Die Angst vor einer möglicherweise daraus resultierenden Stigmatisierung als „Problem-Schule“ scheint an einzelnen Schulen im Landkreis noch sehr groß zu sein. Mit dem Hinweis darauf, „Neonazis kein Forum bieten zu wollen“, bleiben die Reaktionen oft sehr verhaltend oder werden als „Problem“ einzelner SchülerInnen isoliert.

Dabei wird ausgeblendet, dass jenes „Forum“, welches nicht gegeben werden soll, bereits existent ist. Wenn sich NeonaziaktivistInnen auf ihren eigenen, bestens vernetzten facebook - Seiten damit brüsten, CDs mit extrem rechten Inhalt (sog. „Schulhof-CDs“) vor verschiedenen Schulen im Landkreis an SchülerInnen verteilt zu haben, und wieder andere Jugendliche dies dann in den sozialen Netzwerken teilen, kommentieren und „liken“, dann wurde das Forum bereits gefunden – und zwar in einem Medium, das an Reichweite nicht zu unterschätzen ist. Insofern ist ein öffentlicher Diskurs um die Präsenz von extrem rechtem Gedankengut und Handeln – gerade auch an Schulen - nicht zuletzt deswegen nötig, um die Deutungshoheit im medialen und diskursiven Raum nicht den extrem Rechten selbst zu überlassen, sondern aus kritischer Perspektive auf die Vorkommnisse zu schauen, sich mit Opfern und Betroffenen klar zu solidarisieren und inhaltlich Position zu beziehen.

Extrem rechte Agitation, rassistische Diskriminierung und „Schlussstrichmentalität“ an Schulen im Landkreis Gießen

Die Aktivitäten der extremen Rechten in Schulen und im Schulumfeld sind vielfältig - ebenso wie die alltäglichen Erfahrungen von Diskriminierung, Rassismus, Antiziganismus und Fremdenfeindlichkeit, die im Schulalltag eine Rolle spielen. So wurde zum Beispiel zu Jahresbeginn 2011 die **Anne-Frank-Schule in Linden** mit Aufklebern aus der Szene der Autonomen Nationalisten (zum Beispiel Aufkleber mit dem einschlägigen Slogan „Werde Aktiv!“) beklebt. Außerdem fanden sich an den Wänden der Schule Parolen, die den Holocaust leugnen, wie „Anne Frank = Lüge“. Die Neonazis beschränkten sich allerdings nicht auf die Schule. In Linden ließen sich im gleichen Zeitraum weitere extrem rechte Schmierereien finden (Abb. 1 und 2). Im Sommer 2013 erreichte die Schule eine E-Mail mit rechtsextremem Inhalt.

Abb. 1: Rassismus und Verherrlichung des NS in einem: Der neonazistische Code 1488 in Linden

Abb. 2: Bedrohung an die Adresse der politischen Gegner Schriftzug in der Unterführung in Linden

Auch in **Allendorf/Lumda sind Schule und Kommune** in regelmäßigen Abständen Ziel von propagandistischen Aktionen. Seit 2012 wurden in der Allendorfer Innenstadt und im Schulumfeld regelmäßig flächendeckend Aufkleber mit extrem rechtem Inhalt verklebt. Dabei ließen sich Bezüge zu Mobilisierungen und Kampagnen der überregionalen rechten Szene deutlich erkennen – unter anderem ein weiterer Beleg dafür, dass die rechte Szene des Landkreises Gießen in überregionale Strukturen eingebunden ist. Beispielhaft sei hier die Mobilisierung zu einer Demonstration im hessischen Hünfeld genannt. Anlässlich des 23. Jahrestages des Mauerfalls hatten die hessischen Jungen Nationaldemokraten mit Unterstützung aus dem Spektrum der freien Kameradschaften einen Fackelmarsch unter dem Motto „Damals wie heute: Freiheit erkämpfen“ angemeldet[6]. In Allendorf wurden entsprechende Aufkleber verklebt (Abb. 3 und 4). Als verantwortlich für die Aufkleber (V.i.S.d.P.) firmiert Dany W., bekannter und bekennender extrem ter Aktivist aus Wetzlar.

Abb. 3: Mobilisierung zur Demo nach Hünfeld, Allendorf, Oktober 2012.

Im März 2013 kam es an der **Clemens-Brentano-Europaschule Lollar** und an der **Gesamtschule Lumdatal in Allendorf** zu Verteilaktionen der NPD – „Schulhof-CD“ durch Aktivisten der rechten Szene. Die „Schulhof CDs“ – ursprünglich Teil einer Kampagne der NPD während des Landtagswahlkampfs in Sachsen 2004, werden seitdem bundesweit von der extremen Rechten eingesetzt, um auf niedrigschwellige Art SchülerInnen anzusprechen und über den Weg der Musik für extrem rechtes Gedankengut zu begeistern. Die CDs werden gratis an Schulen oder anderen öffentlichen Orten an SchülerInnen verteilt. Auf ihr sind Tracks von eindeutig als extrem rechts zu verortenden Bands versammelt – gelegentlich kombiniert mit politischen Statements oder Interviews mit Ikonen der rechten Szene, wie dem Sänger der als kriminelle Vereinigung verbotenen und verurteilten Neonaziband „Landser“, Michael Regener.[7] Die CDs, so auch diejenige, die im Landkreis Gießen verteilt wurde, bedienen dabei „gezielt den rebellischen Gestus der Jugendlichen, um sich als deren Stimme und als die Interessenvertretung

Abb. 4: Wir sind das Volk. Bezugnahme auf die Demo in Hünfeld, Allendorf, Okt. 2012.

[6] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 11.11.2012 „Neonazi-Demo in Hünfeld – Pfiffe und Buhrufe“

[7] Vgl. hierzu die Handreichung von Buschborn, Jan (2009):„NPD Schulhof CD 2009 - Ein Argumentationsleitfaden für Demokratie und Vielfalt“, abrufbar unter www.osz-gegen-rechts.de, letzter Zugriff am 18.04.2013.

des „kleinen Mannes“ darzustellen. Mit der „Schulhof CD“ wolle die rechtsextreme Szene bewusst Erst- und Jungwähler ansprechen“[8] , wie der Gießener Anzeiger am 09.03.2013 berichtet.

Dabei sind die Inhalte der CDs bewusst so ausgewählt, dass sie strafrechtlich nicht relevant sind, gleichzeitig aber einen guten Resonanzboden für diffuse rassistische, antisemitische und antidemokratische Ressentiments der Jugendlichen bieten.[9] Darüber hinaus wurden die Schülervertretungen beider Schulen mit Texten und Dokumenten beliefert, in denen die rassistischen Morde des rechtsextremen „Nationalsozialistischen Untergrund“ geleugnet und verharmlost werden.[10]

Abb. 5: Hakenkreuzschmierereien in Laubach Wetterfeld.

Auch die **Grünberger Theo-Koch-Schule** berichtet von ähnlichen Vorkommnissen. Neben lauten „Sieg Heil“-Rufen auf dem Schulgelände und einzelnen Begrüßungen mit Hitlergruß werden regelmäßig rassistische Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen wahrgenommen. Ebenso kleben regelmäßig rechtsextreme Aufkleber und Plakate an der Bushaltestelle der Schule. Ende 2012 wurde ein rechtsextremes Flugblatt mit dem Titel „Steh auf!“ an die SchülerInnen verteilt.[11]

Ähnliche Erfahrungen machen die MitarbeiterInnen der **Friedrich-Magnus-Gesamtschule in Laubach**. Dort wurden Hakenkreuzschmierereien an einer Wand des Schulgebäudes entdeckt – ebenso wie an den Ortseingängen verschiedener Laubacher Stadtteile (Abb. 5). SchülerInnen und LehrerInnen berichten von rassistischer Musik und rassistischen Witzen, die an der Schule kursieren. Ebenfalls bemerkenswert in diesem Kontext ist die Tatsache, dass sich 2013 viele SchülerInnen einer Hauptschulklasse weigerten, an der jährlich stattfindenden Fahrt in die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald teilzunehmen.[12]

Auch die **Laubacher Grundschule Theodor-Heuss-Schule** berichtet von rassistischen Vorkommnissen. Vor allem die Feindschaft gegenüber Roma-Familien, also Antiziganismus, ist an dieser Schule ein Thema. Die Schulleiterin der Schule berichtet, dass nach Aufnahme einer Roma-Familie mit drei Kindern zum Schuljahresbeginn 2012 bereits am ersten Schultag dieser Kinder ein Elternteil der Schule beim Kultusministerium angerufen und über die Aufnahme dieser Kinder geklagt habe. Die Begründung war, diese Kinder nähmen wegen ihrer angeblich geringen Deutschkenntnisse den "alteingesessenen" Kindern die Lernzeit weg. Gemeinsame Zahlungen an die Klassenkasse wurden fortan problematisiert: Eltern äußerten die Befürchtung, dass die „Roma - Kinder den anderen Kindern der Klasse das (davon gekauft) Wasser wegtrinken würden“. Im 2. Schulhalbjahr 2012/13 mehrten sich Hakenkreuzschmierereien auf dem Schulhof, auch Zeichnungen von Tötungsszenen und Waffen kamen dazu, ebenso Sprüche wie „Kanaken vergiften“. Von einigen Elternbeiräten wurden die Roma-Kinder als „Dauer-Problem“ stigmatisiert. Die Schule reagierte auf diese Vorkommnisse mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Vernetzungstreffen mit anderen ortsansässigen Schulen und VertreterInnen aus der Kommunalpolitik.[13]

---

[8] Vgl. Gießener Anzeiger vom 9.3.2013: „Hymne und Extremes an der Bushaltestelle“
[9] Vgl. Buschborn, Jan [aaO.]
[10] Die Unterlagen liegen der Verfasserin vor.
[11] Bericht aus der Theo Koch Schule vom 20.06.2013 liegt der Verfasserin vor.
[12] Bericht aus der Friedrich Magnus Gesamtschule vom 24.06.2013 liegt der Verfasserin vor.
[13] Bericht aus der Theodor-Heuss-Schule Laubach vom 16.09.2013 liegt der Verfasserin vor.

Zusammenfassung

Diese Schilderungen beschreiben exemplarisch, aber zugleich paradigmatisch, die Situation an Schulen im Landkreis Gießen, die durchaus mit einer breiten Palette extrem rechter Agitation zu tun haben – ebenso wie mit einer Alltäglichkeit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und diskriminierender Strukturen. Das System Schule bleibt als Rahmen von (politischen) Aushandlungsprozessen während der Adoleszenz ein wichtiger Ort des demokratischen und politischen Lernens und Streitens und kann durch das Erfahren von Wirkmächtigkeit der eigenen Positionierung in partizipativen Strukturen (SchülerInnenvertretungen, selbstorganisierte SchülerInnengruppen) auch ein Ort der Emanzipation sein, der sich deutlich von extrem rechten Orientierungen und Zielen abgrenzt. Es ist und bleibt gleichzeitig ein umkämpfter Ort, an dem erlebte Ungleichheit neben möglichen Erfahrungen von Emanzipation und Anerkennung steht. Insofern sind alle am System Schule beteiligten sozialen Gruppen – und dazu gehören neben den SchülerInnen ausdrücklich auch die LehrerInnen, SchulleiterInnen, SchulsozialarbeiterInnen und Eltern, aufgerufen, die eigenen Einstellungen, Haltungen und Handlungspraxen sowie die vorhandenen Strukturen der jeweiligen Schule (selbst-) kritisch daraufhin zu prüfen, inwiefern diese vorbereitet sind auf Interventionsversuche der extremen Rechten.

Antisemitismus im Landkreis Gießen: Friedhofsschändungen gegen jüdische Friedhöfe um den Jahreswechsel 2011/2012[14]

Einen Einschnitt in der Wahrnehmung von rechtsextremer Agitation im öffentlichen Raum stellten sicherlich rechtsextreme Schmierereien in erheblichem Ausmaß rund um den Jahreswechsel 2011/ 2012 sowie den Jahresbeginn 2012 dar.

Abb. 6: antisemitische Schändung des jüdischen Friedhofs in Lollar-Odenhausen.

In Landkreis und Stadt Gießen, aber auch im angrenzenden Landkreis Marburg – Biedenkopf wurden zahlreiche jüdische Friedhöfe, aber auch Friedhöfe und Gebäude anderer Religionsgemeinschaften, mit nationalsozialistischen und teilweise antichristlichen Symbolen verschandelt. Auf dem jüdischen Friedhof bei Lollar beispielsweise, wurden in der Nacht zum 24. Januar 2012 etliche Grabsteine umgeworfen und beschmiert. Der antisemitische Gehalt dieser Schmierereien zeigt sich deutlich an der Auswahl der Symbolik (siehe z.B. Abb. 6).

Die gesprühte Rune Elhaz (besser bekannt als „Lebensrune“) firmierte in der NS-Zeit als Symbol der Lebensborngemeinschaft – ein von der SS getragener Verein, der auf Grundlage des nationalsozialistischen Rassismus aktiv versuchte, Menschen nach nationalsozialistischer Vorstellung zu „züchten“.

Das Sprühen eines solchen Symbols auf einem jüdischen Friedhof muss als offen antisemitische Tat gewertet werden. Gleichzeitig verweist die Kombination von nationalsozialistischen und satanistischen Symbolen bei den Schmierereien in Lollar, aber auch auf den Friedhöfen in Winnen, Nordeck, Climbach, Weimar (Roth) sowie an einer katholischen Kirche in Gießen, auf jene subkulturelle Schnittstelle zwischen extrem rechter

[14] Vgl. Gießener Anzeiger vom 29.12.2011: „Hakenkreuzschmierereien auf Friedhöfen“

und „schwarzer“ Gothic-/ Blackmetal - Szene, die sich neben rechtsextremem und antisemitischem Gedankengut auch durch eine antichristliche Überzeugung ausweist. Neben den geschändeten Friedhöfen gab es im gleichen Zeitraum Hakenkreuzschmierereien in Verbindung mit antichristlicher Symbolik in Reiskirchen-Hattenrod sowie am Kulturzentrum der ezidischen Gemeinde in Lollar.[15]

Auch beschriebene Subkultur ist im Landkreis Gießen zu Hause. Bereits seit einigen Jahren vertreibt der Online-Versandhändler „Supremacy through Intolerance“ mit Postadresse in Gießen Musik und Merchandise-Produkte, die sich an eine rechtslastige Metal-Szene wenden.[16]

Auf der Homepage können neben Musik von einschlägigen NS – Black-Metal-Bands wie „Eisenwinter“ oder „Grabschänder“ aus Weimar (Roth) (Abb. 7) auch Aufnäher mit offen nationalsozialistischer Symbolik bestellt werden. Die „Schwarze Sonne“, in Verbindung mit dem Schriftzug einer griechischen Band namens „Der Stürmer“ (als Anspielung auf die antisemitische Propagandazeitschrift der Nationalsozialisten) ist ein solches Symbol: Die „Schwarze Sonne“ ist ein von der SS geschaffenes Kunstprodukt, „das keine andere geschichtliche Herleitung hat, demnach keine andere Interpretation möglich macht.“[17] (Abb., 8) Himmler ließ die „Schwarze Sonne“ als Bodenornament in der SS-Ordensburg „Wewelsburg“ bei Paderborn verewigen. Für Neonazis aus ganz Europa ist die Burg bis heute eine Art Wallfahrtsort.

Im August 2013 gerät der Gießener Betreiber von „Supremacy through Intolerance“ ins Visier des hessischen LKA. Nach einer bundesweiten Razzia wird „unter dem Vorwurf der Volksverhetzung und der Gewaltverherrlichung gegen den Gießener Internethändler und seine Kunden ermittelt. Der 29-Jährige soll, so der Verdacht, Songs und Texte mit verbotenem rechtsradikalem Inhalt verbreitet haben.“[18]

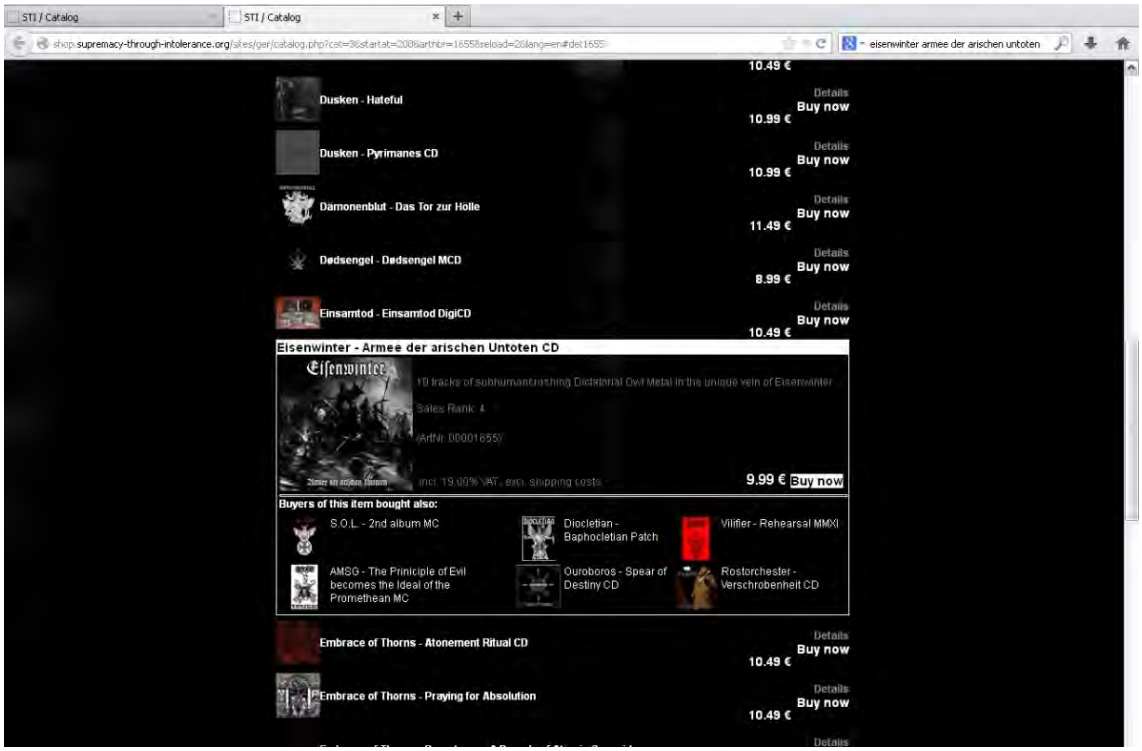


Abb. 7: Supremacy through intolerance: Eisenwinter.

[15] Vgl. Gießener Anzeiger vom 28.02.2012: „Kulturzentrum der ezidischen Gemeinde in Lollar beschmiert“.
[16] Detaillierte Informationen zum Online Versandhandel können dem Artikel von Yvonne Weyrauch in dieser Broschüre entnommen werden.
[17] Vgl. Agentur für soziale Perspektiven (2005): Das Versteckspiel. Vortragsskript. Folie 7. Berlin.
[18] Vgl. HR-online.de vom 22.08.2013: „Schlag gegen Handel mit Nazi-Musik“, letzter Zugriff am 21.11.2013.

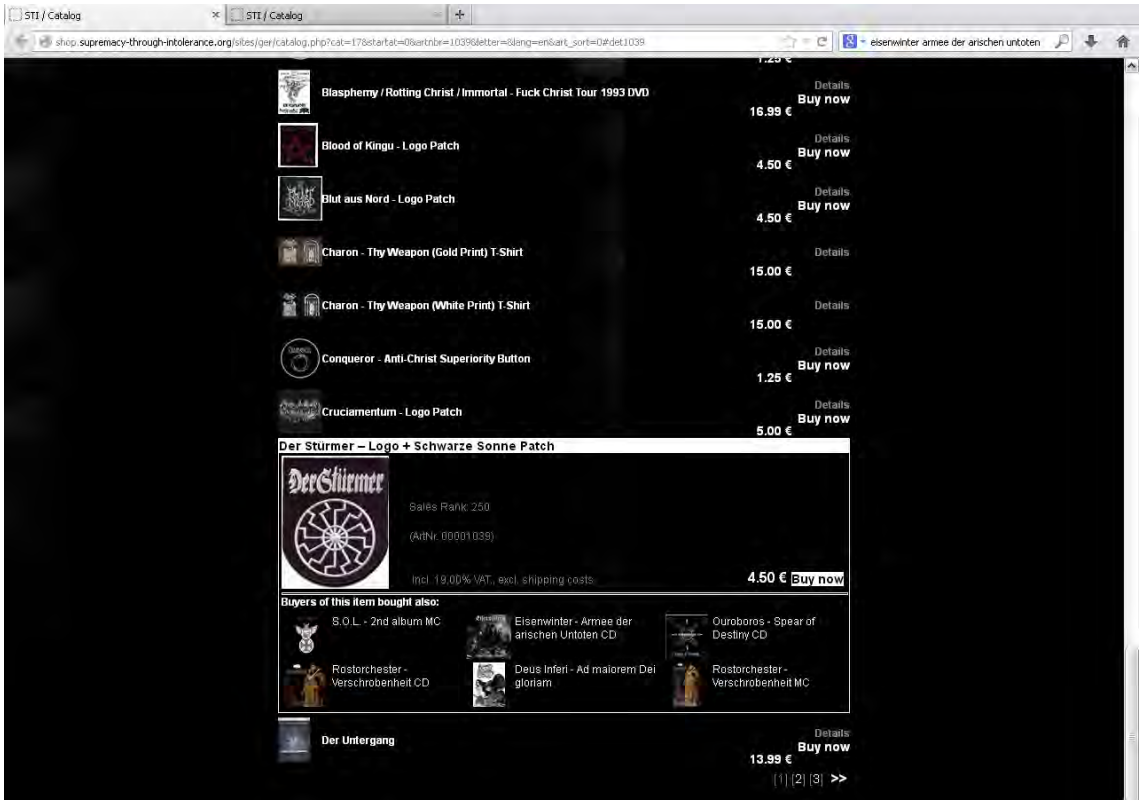


Abb. 8: Schwarze Sonne: Logo der griechischen NS-Black-Metal-Band „Der Stürmer“.

Bedrohung türkischstämmiger BürgerInnen in Lollar und Gießen

Die Schmierereien und Angriffe auf die ezidische Gemeinde und den jüdischen Friedhof waren nicht die ersten Vorkommnisse in Lollar. Bereits zwei Jahr zuvor - im Jahr 2010 – kam es dort zu einer massiven, gezielten und fremdenfeindlich motivierten Bedrohung von – zumindest dem Namen nach - türkischstämmigen BürgerInnen.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Mai 2010 wurden menschenverachtende Drohbriefe gezielt und ausschließlich in den Briefkästen von türkischstämmigen Menschen in Lollar sowie in einigen Straßenzügen in Gießen hinterlassen. Das Hetzblatt[19] – adressiert „An alle Türken!!“ - enthielt massive Drohungen, Beleidigungen und Beschimpfungen und erfüllte außerdem den Straftatbestand der Volksverhetzung. Auch Hakenkreuze und Sig-Runen fanden sich in dem Drohbrief. Mehrere Strafanzeigen wurden gestellt, die TäterInnen konnten jedoch nie ermittelt werden.[20] Angst und Unsicherheit vor weiteren rassistischen Anfeindungen oder Übergriffen waren, vor allem durch die unmittelbare Bedrohung im eigenen Nahraum, dem eigenen Hausumfeld, die Folge, wie Mitglieder des Kreisausländerbeirates des Landkreises Gießen betonen.[21]

[19] Der Drohbrief liegt der Verfasserin dieses Artikels vor. Wegen der genannten Straftatbestände kann er an dieser Stelle nicht dokumentiert werden.
[20] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 12.06.2010: „Empörung über Drohbrief an türkischstämmige Bürger“.
[21] Gespräch mit Marketa Roska, Kreisausländerbeirat des Landkreis Gießen, vom 19.03.2013.

Aktivitäten der NPD:
Demonstration der NPD und JN im Juli 2011 in Gießen

Auch in der Stadt Gießen hat es in den vergangenen Jahren Aktivitäten der rechten Szene gegeben. Am 16. Juli 2011 fand in der Gießener Innenstadt eine rechtsextreme Demonstration statt, zu der NPD und JN (Junge Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD) gemeinsam und bundesweit mobilisiert hatten (Abb. 9).

Die Demonstration stand unter dem Motto „Das System ist am Ende - Wir sind die Wende“. Die extreme Rechte inszenierte sich vor dem Hintergrund der brodelnden Finanzkrise als „kapitalismus- und bankenkritische“ Bewegung und wollte mit einer völkischen Rhetorik gegen „zockende Banken“ ihre Anschlussfähigkeit an Diskurse der politischen Mitte um „gierige Banker“ und gegen „die da oben“ unter Beweis stellen.[22]

Rund um den Aufmarsch der NPD gab es zahlreiche Gegenaktivitäten (Straßenfeste, Blockadeversuche uvm.) durch die beiden großen Bündnisse „Gießen bleibt nazifrei“ und „Gießen bleibt bunt“ - dennoch konnte die Demonstration relativ ungestört stattfinden. Zwar nahmen mit 132 Personen angesichts der langfristigen und bundesweiten Mobilisierung vergleichsweise wenige Menschen teil. Das Spektrum der Teilnehmenden zeigte jedoch die gute und bundesweite Vernetzung der regionalen Szene. So waren unter anderem Mitglieder von Freien Kameradschaften aus Nordrhein-Westfalen (Anti-Antifa Netzwerk Netphen), Niedersachsen (Kameradschaft Northeim, Abb. 10), Sachsen und dem Saarland (Sturmdivision Saar) vor Ort, um die regionalen NeonaziaktivistInnen, zu „unterstützen“.

Abb. 9: Fronttransparent bei der Gießener NPD Demo am 16.07.2011, damaliger Bundesvorsitzender der NPD, Holger Apfel 1.v.r.

Abb. 10: Transparent der Kameradschaft Northeim, Niedersachsen.

[22] NPD Hessen (2011): Aufruf. www.wir-sind-die-wende.de, letzter Zugriff am 21.03.2013.

Im Verlauf der Demonstration wurden zahlreiche menschenverachtende und teils antisemitische Parolen gerufen, ebenso konnten Symbole mit eindeutigem NS Bezug prominent zur Schau gestellt werden, wie zum Beispiel ein nur leicht abgerundetes Hakenkreuz (Abb. 11).

Ein Aktivist der militanten Kameradschaft „Sturmdivision Saar“[23] sollte sich im Nachgang der Demonstration wegen „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger nisationen (Strafgesetzbuch § 86a)“ verantworten. Er hatte sich auch nach mehrfacher Aufforderung durch die Polizei geweigert, eine Hakenkreuz-Tätowierung zu bedecken.[24] Der Prozess gegen ihn ist bis zum Redaktionsschluss dieser Publikation nicht zum Abschluss gebracht worden.

Abb. 11: Demonstrationsteilnehmer mit nur leicht verändertem Hakenkreuz neben Holger Apfel bei dessen Redebeitrag.

Einen weiteren Versuch, rechtsextreme Positionen im öffentlichen Raum offensiv zu vertreten, unternahmen Mitglieder der NPD am 15.09.2012 im Kontext eines „Bundesweiten Aktionstages gegen den Euro“. In verschiedenen Orten in Mittelhessen wurden “Mahnwachen“ durchgeführt – in Gießen in der Nähe der Galerie Neustädter Tor. Von Seiten des Gießener Bündnisses „Gießen bleibt Nazifrei“ gab es Proteste, die „Mahnwache“ konnte jedoch nicht verhindert werden.[25]

Im Vorfeld der NPD-Demonstration im Juli 2011: Aufmarschversuch der „Unsterblichen“

Am 11. Juli 2011 wurden in Linden im Landkreis Gießen mehrere Fahrzeuge durch die Polizei gestoppt. Wie der Gießener Anzeiger am 12.07.2011 berichtete, stellte die Polizei die Personalien der Insassen – ausnahmslos Personen, die der rechten Szene zuzuordnen waren – fest. Die Personen stammten aus Nordhessen und Gießen und hatten laut Gießener Anzeiger beabsichtigt, im Rahmen der neonazistischen Kampagne „Werde unsterblich“, einen „Fackelzug durch Gießen“ durchzuführen.[26] Die Kampagne der „Unsterblichen“ erfreute sich in den Jahren 2011/ 2012 großer Beliebtheit in neonazistischen Kreisen. Weiß maskiert zogen dabei AktivistInnen der extremen Rechten in der Dunkelheit mit Fackeln als „Spontandemonstration“ durch Innenstädte in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik. Auch wenn diese Aktionsform „neu“ erschien - der Kampagne lag das bekannte völkisch-rassistische Weltbild der extremen Rechten zu Grunde. Auf der Ebene der Symbolik weist die martialische Inszenierung in marschierenden Gruppen mit Fackeln und weißen Masken starke Bezüge zur Ästhetik des Nationalsozialismus, insbesondere zu dem frühen Auftreten der SA in den 1920er Jahren auf. Ebenso sind Parallelen zur rassistischen Inszenierung von Ku-Klux-Klan Gruppen (weiße Spitzhüte, Fackeln) erkennbar. Entsprechend beliebt war die Kampagne bei jungen Männern aus dem militanten Kameradschaftsspektrum. Solche Fackelmärsche, wie sie in Gießen verhindert wurden, schufen für potentielle Opfer rechter Gewalt starke Angsträume in jenen Städten, in denen sie zur Umsetzung gelangten.[27]

[23] Gegen die „Sturmdivision Saar“ wird seit 2012 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 16.3.2012: „Kriminelle Vereinigung bei Gießener NPD Demo?“
[24] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 09.02.2013: „Warten auf Prozess gegen Mitglied der >Sturmdivision Saar<“.
[25] Vgl. Gießener Anzeiger vom 19.09.2012: „Antifa-Aktion gegen NPD – Mahnwache“.
[26] Vgl. Gießener Anzeiger vom 12.07.2011: „Neonaziaktion im letzten Moment verhindert“.
[27] Vgl. Redaktion 3: Neonazi-Kampagnen in Sozialen Netzwerken (1): Die „Unsterblichen“, http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/neonazi-themen-sozialen-netzwerken-1-die-unsterblichen-1119, letzter Zugriff am 21.03.2013.

Verbindende Verbindung - Die Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia (DR) und ihre Bezüge zur lokalen Rechten

Zur Demonstration im Juli 2011 schickte die Bundesebene der NPD den Bundesvorsitzenden und Fraktionschef der NPD im sächsischen Landtag, Holger Apfel, nach Gießen. Zwischen der sächsischen NPD-Fraktion und Gießen existiert eine langjährige Verbindungslinie: Die sächsischen Fraktionsmitglieder bzw. Mitarbeiter Jürgen W. Gansel und Arne Schimmer absolvierten ihr Studium der Geschichte bzw. der Wirtschaftswissenschaften beide an der Gießener Justus-Liebig-Universität. Neben ihrer langjährigen Mitgliedschaft in der NPD und ihrer Vergangenheit als Schulungsleiter bei den Jungen Nationaldemokraten sind sie auch so genannte „Alte Herren" im „Lebensbund" der studentischen Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia (DR), zu der sie auch aktuell noch Kontakt pflegen.

Abb. 12: Jürgen W. Gansel betritt Dresdensia Rugia 21.10.2011.

Beide waren im Herbst 2011 bei der Burschenschaft zu Gast.[28] (Abb. 12) Die Dresdensia Rugia ist Mitglied der völkisch-nationalistischen Deutschen Burschenschaft (DB) und für ihre Verbindungen in die rechtsextreme Szene seit Jahren bekannt. In den Jahren 2004 und 2005 berichtete auch der hessische Verfassungsschutz über die Burschenschaft und führt sie derzeit als „Verdachtsfall".[29] DR-Mitglied Gansel war 2005 durch eine Rede im sächsischen Landtag weit in die Kritik geraten, weil er die Luftangriffe der Alliierten auf Dresden im Jahr 1945 durch die Bezeichnung als „Bombenholocaust" mit der Shoa gleichzusetzen versuchte.

Burschenschaften wie die Dresdensia Rugia stehen für Tradition und Gegenwart eines akademisch geprägten Rechtsextremismus. Obwohl dies vielfach wissenschaftlich nachgewiesen und journalistisch publiziert wurde[30] geraten sie bei der Analyse und Dokumentation extrem rechter Lebenswelten in Regionen oft aus dem Fokus. Die Burschenschaften der DB – dazu gehören im näheren Umfeld auch die Marburger Verbindungen Rheinfranken, Normannia-Leipzig und Germania - erfüllen eine wichtige Scharnierfunktion zwischen konservativem Bürgertum und organisiertem Rechtsextremismus in den freien Kameradschaftsszenen oder der NPD.

Die Dresdensia Rugia verfügt neben der engen Verknüpfung mit NPD-Strukturen auch über Verbindungen in die rechtsextreme Szene des Lumdatals, wie im Laufe des Jahres 2013 bekannt wurde.[31]

[28] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 22.10.2011: „NPD nutzt Verbindungshaus weiter".
[29] Vgl. Maegerle, Anton: „Rechtsaffine Burschen", online verfügbar auf der Homepage „Blick nach rechts", www.bnr.de, letzter Zugriff: 18.12.13
[30] Vgl. z.B. Gehler/ Heither/ Kurth/ Schäfer (1997): Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt.
[31] Vgl. http://wwnn.noblogs.org/3-philip-rabenau-neonazi/, letzter Zugriff am 21.11.2013.

Hakenkreuze am Gebäude des Schwulenreferates der Universität Gießen – Homophobie als immanenter Bestandteil extrem rechter Denkstrukturen

Ebenfalls im Sommer 2011 wurde das Gebäude des Schwulenreferates des AStA der Universität Gießen mit einem Hakenkreuz beschmiert (Abb. 13). Auf der Fassade des so genannten „Gartenhauses“ fand sich direkt unter dem Hakenkreuz die Zahl 2083. Als neuer Code der extremen Rechten nimmt diese Zahl Bezug auf das „Manifest 2083 – Eine europäische Unabhängigkeitserklärung“ des norwegischen, rechtsextremistischen Massenmörders Anders Breivik, der nur kurze Zeit zuvor, im Juli 2011, über 70 überwiegend junge Menschen wegen ihrer sozialdemokratischen politischen Haltung ermordete. Dass in seinem Weltbild neben Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit auch Homophobie und die Heroisierung soldatischer Männlichkeitskonzepte identitätsstiftende Motive waren, macht Breivik heute zu einer positiven Bezugsperson für die bundesrepublikanische Rechte. Damit geraten vermehrt homosexuelle Menschen – wie in diesem Fall die MitarbeiterInnen des Schwulenreferats - als Feindbilder in den Fokus der Bedrohung.

Abbildung 13: Schmiererei am sog. Gartenhaus der Universität, das das autonome Schwulenreferat beherbergt.

Angriffe auf alternative Kulturzentren in Stadt und Landkreis Gießen: AK 44 und Projektwerkstatt Saasen

Mehrfach waren der alternative Veranstaltungs- und Wohnraum AK 44 im Alten Wetzlarer Weg in Gießen sowie die Projektwerkstatt im Reiskirchener Ortsteil Saasen Ziel von Provokationen und Angriffen der extremen Rechten. Auf beide Häuser wurden Farbanschläge verübt und extrem rechte Drohungen gesprüht.[32] Im Frühjahr 2013 wurde die Projektwerkstatt insgesamt dreimal angegriffen. Aktivisten aus der extrem rechten Szene des Landkreises tauchten im August 2013 auch persönlich auf dem Gelände der Projektwerkstatt auf und versuchten, die BewohnerInnen zu provozieren. Wie auch im Lumdatal mehrte sich im Jahr 2013 das Verteilen von extrem rechten Flugblättern, Aufklebern, Sprühereien und Ähnlichem mehr – nach Einschätzung der BewohnerInnen verhält sich die Entwicklung im Wiesecktal analog zu jener im benachbarten Lumdatal.[33]

Dass es bisher nicht zu schlimmeren Übergriffen gekommen ist, ist durchaus manchmal dem Zufall zu verdanken. Im Jahr 2010 verübten vier Neonazis aus dem Kern der Anti-Antifa-Szene im Raum Wetzlar einen Brandanschlag auf das Haus des Pastoralreferenten J. Schäfer in Wetzlar. Dieser hatte sich offen gegen Rechtsextremismus engagiert und befand sich zur Zeit des Brandanschlags mitsamt seiner Familie schlafend in seinem Haus. Bei dem Brandanschlag wurde durch das schnelle Eingreifen von AnwohnerInnen niemand ernstlich verletzt - von den psychischen Folgen einmal abgesehen.[34] Im Prozess gegen die Täter, die zu Haftstrafen verurteilt wurden, sagten diese aus, dass der Brandanschlag sich eigentlich gegen das AK 44 hätte richten sollen. Nur der Umstand, dass sie nicht über ausreichend Benzingeld für die Fahrt nach Gießen verfügt hätten , sei der Grund dafür gewesen, dass es letztlich das Haus von J. Schäfer traf.[35]

[32] Vgl. Giessener Allgemeine Zeitung vom 05.01.2010: „Infoladen im Visier Autonomer Nationalisten?“
[33] Diese Einschätzungen und situationsbezogenen Schilderungen liegen der Verfasserin vor.
[34] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 1.10.2010: „Neonazis vor Gericht“
[35] Vgl. Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr.43 (2011): „Ein Brandanschlag ohne politischen Hintergrund?“

Rechtsrock und rechte Musikszene in der Region

Die rechte Musikszene sowie die Anzahl rechter Konzerte im Kreis Gießen und in der Region sind derzeit und auch im Rückblick auf die letzten 20 Jahre überschaubar. Nichtsdestotrotz gab es auch in diesem Bereich Vorkommnisse und Strukturen, auf die an dieser Stelle verwiesen werden soll.

Als eines der größten Events in der Region ist das Konzert der Band „Kategorie C“ in der ehemaligen Diskothek Mystage in Waldsolms-Brandoberndorf bei Butzbach im Nachbarlandkreis zu nennen, das im August 2010 stattfand. „Kategorie C“ ist eine extrem rechte Hooliganband, die Konzerte in ganz Deutschland spielt und über eine große Fanbase an der Schnittstelle zwischen der extremen Rechten und gewaltbereitem Hooliganismus verfügt.[36] Zwar distanziert die Band sich inzwischen auf ihrer Homepage offiziell von rechtem Gedankengut – ihre rassistischen Botschaften verbreitet sie ungeachtet dessen weiter („Deutschland, dein Trikot ist schwarz und weiß, doch leider auch die Farbe deiner Spieler“).

Der Sänger der Band, Hannes Ostendorf, war Anfang der 1990er Jahre an einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim beteiligt und spielte in den 1990er Jahren, neben „Kategorie C“, auch in den Rechtsrockbands „Nahkampf“ und „Boots Brothers“.[37] Zu dem Konzert in Waldsolms-Brandoberndorf kamen laut Wetzlarer Zeitung vom 15.08.2010 um die 400 KonzertbesucherInnen - unter ihnen waren zahlreiche Neonazis aus ganz Deutschland.[38]

Abbildung 14: Cover des Samplers „Zeitgeist“ mit Songs der Hungener Band „Rachezug“.

Aus dem Landkreis Gießen selbst ist vor allem die Band „Rachezug“ mit Bandmitgliedern aus Hungen, Rabenau und Usingen zu nennen. Die offen rechtsextrem auftretende Band ist, neben anderen rechtsextremen hessischen Bands wie „Nordglanz“ (NSBM aus dem Rhein-Main-Raum) und „Hauptkampflinie“ (aus Kassel), mit zwei Liedern auf einem Rechtsrock-Sampler vertreten, der 2007 erschien und heute noch im einschlägigen Internet-Versandhandel erworben werden kann. (Abb. 14)

Im gleichen Zeitraum war im angrenzenden Landkreis Vogelsberg die Band „Gegenschlag“ aktiv, die sich aus dem Umfeld der „Kameradschaft Berserker Kirtorf“ rekrutierte – einer der aktivsten Kameradschaften Hessens, die zu ihren Hochzeiten aus ca. 40 Personen bestand. Als deren „Hausband“ spielte „Gegenschlag“ zahlreiche Konzerte in der Region und war bundesweit fest in der rechten Szene verankert. In Kirtorf selbst verfügte die Kameradschaft über einen schalldicht ausgebauten Schweinestall, in dem zahlreiche Rechtsrockkonzerte und Partys stattfanden. Mit der räumlichen Nähe zu Kirtorf lässt sich auch die geringe Zahl von Rechtsrockkonzerten im Landkreis Gießen erklären. Es gab schlicht keine Notwendigkeit für eine eigene Location. Dies bestätigen auch die Aussagen eines aktiven Neonazis aus dem Landkreis Gießen aus der eingangs erwähnten Interviewstudie von 2002: „Als ein besonderes Highlight wird darüber hinaus ein traditionell einmal im Jahr stattfindendes Konzert rechter Bands auf einem Privatgelände in Kirtorf im Vogelsbergkreis hervorgehoben. Dieser Ort wird von ihnen [den interviewten Neonazis, Anm. d. Verf.] geschätzt, weil sich die dortigen Anwohner passiv verhalten […].“[39]

Erst nach der Ausstrahlung verdeckt mitgeschnittener Szenen von einem dieser Rechtsrockkonzerte im Jahr 2004 rührte sich in Kirtorf Widerstand. Antifaschistische Gruppen aus der Region skandalisierten den Status

[36] Archiv der Jugendkulturen [Hrsg.] (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Tilsner, Bad Tölz, S. 194.
[37] Vgl. http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/kategorie-c, letzter Zugriff am 06.06.2013.
[38] Vgl. Wetzlarer Zeitung vom 15.08.2010: „Polizei hält Neonazis in Schach“.
[39] Hafeneger/ Niebling (2002b): Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen. Interviews mit Mitgliedern einer rechten Clique im Landkreis Gießen. Marburg, S. 4, Eigendruck des Landkreis Gießen.

Quo. In der Folge entstand das bis heute aktive „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus Kirtorf“.[40] Der „Schweinestall“ durfte nicht mehr genutzt werden.

Zwei ehemalige Mitglieder der Kirtorfer Rechtsrockband „Gegenschlag“ spielen heute bei der angeblich unpolitischen Band „Extrem unangenehm“. Den Berichten eines Szeneaussteigers zufolge, spielt dort auch ein ehemaliges Mitglied von „Rachezug“.[41] „Extrem unangenehm“ zählt zu jenen Grauzonenbands, die sich zwar selbst als unpolitisch verorten, deren Konzerte jedoch eine Erlebniswelt schaffen, in der offen rechtsextreme AktivistInnen sich mit vermeintlich unpolitischen Jugendlichen im gemeinsamen Feiern und exzessiven Alkoholtrinken treffen. Auftreten, Musikstil und Texte solcher „Grauzonenbands“ - unter denen die „Böhsen Onkelz“ und heute „Frei.Wild“ zu den großen Namen gehören – bieten mit ihrer eingängigen Musik, den in ihren Texten transportierten martialischen Männerbildern, Visionen von Härte und Überlegenheit sowie völkisch-rassistischen Untertönen genügend Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte und lassen eine Verbrüderung mit vorgeblich „unpolitischen“, partyorientierten Jugendlichen zu. Jahrelang waren die „Onkelz-Partys“ im Landkreis Gießen, die zunächst im Hardrock in Langgöns stattfanden, später dann im Irish Rover in Gießen-Wieseck oder im MyStage in Brandoberndorf, Auflaufort der regionalen rechten Szene.

Die „Identitäre Bewegung“ im Landkreis Gießen

Die „Identitäre Bewegung“ (IB), ursprünglich aus Frankreich kommend, mittlerweile aber europaweit vernetzt, knüpft an die Ideologie der intellektuell orientierten „Neuen Rechten“ an. Die IB wähnt Europa in einem „Abwehrkampf“ gegen den als Bedrohung imaginierten Islam. Dabei setzt sie auf einen völkischen Begriff von Tradition und Kultur der EuropäerInnen und insbesondere der Deutschen, der auf Abstammung beruht, und wendet sich gegen moderne Konzepte von Staatsbürgerschaft und Multikulturalität. Der Islam wird als monolithische Bedrohung dargestellt. Feministisches Engagement oder erweiterte Rechte von Homosexuellen sind nach dem antimodernen Weltbild der „Identitären“ ebenfalls zu bekämpfen.

Damit weist die „Identitäre Bewegung“ große Schnittmengen mit „klassischer“ extrem rechter Ideologie auf, bleibt jedoch auch anschlussfähig an viele Diskurse der gesellschaftlich – politischen Mitte. Beispielhaft kann hier die Debatte um das Buch „Deutschland schafft sich ab!“ des SPD – Politikers Thilo Sarrazin angeführt werden, die durchtränkt war von irrationalen Ängsten vor dem „Aussterben der Deutschen“ und einer undifferenzierten Abgrenzung gegen den Islam.

Auch die Ablehnung der Rechte von Homosexuellen ist in der Bundesrepublik heute noch ein Thema in der christlich orientierten „Mitte der Gesellschaft“, wie die Debatten um „Homo-Ehe“ und Adoptionsrecht für homosexuelle Paare zeigen.

Die „Identitäre Bewegung“ leistet sich seit Ende 2012 in und um Gießen gleich drei verschiedene *facebook*-Auftritte, auf denen sie vor allem auch lokalpolitische Themen aufgreift und in ihrem Sinne kommentiert. Es wäre fahrlässig, von einem reinen Internetphänomen zu sprechen. Ein nicht virtuelles, sondern sehr reales Vernetzungstreffen der „Identitären“ hat im Mai 2013 im Lumdatal stattgefunden (Abb. 15).

[40] Einige Aufnahmen von Rechtsrockkonzerten der „Berserker Kirtorf“ sind Teil des Films „Blut muss fließen“ von Peter Ohlendorf und Thomas Kuban, der 2011 erschien. Siehe auch http://www.filmfaktum.de/de/projekte-2/blut-muss-fliessen-der-film.html

[41] Alle Informationen zu „Rachezug“ und „Gegenschlag“ wurden vom „antifaschistischen Presse – und Informationszentrum Berlin“ wurden der Autorin im Mai 2013 schriftlich zur Verfügung gestellt.

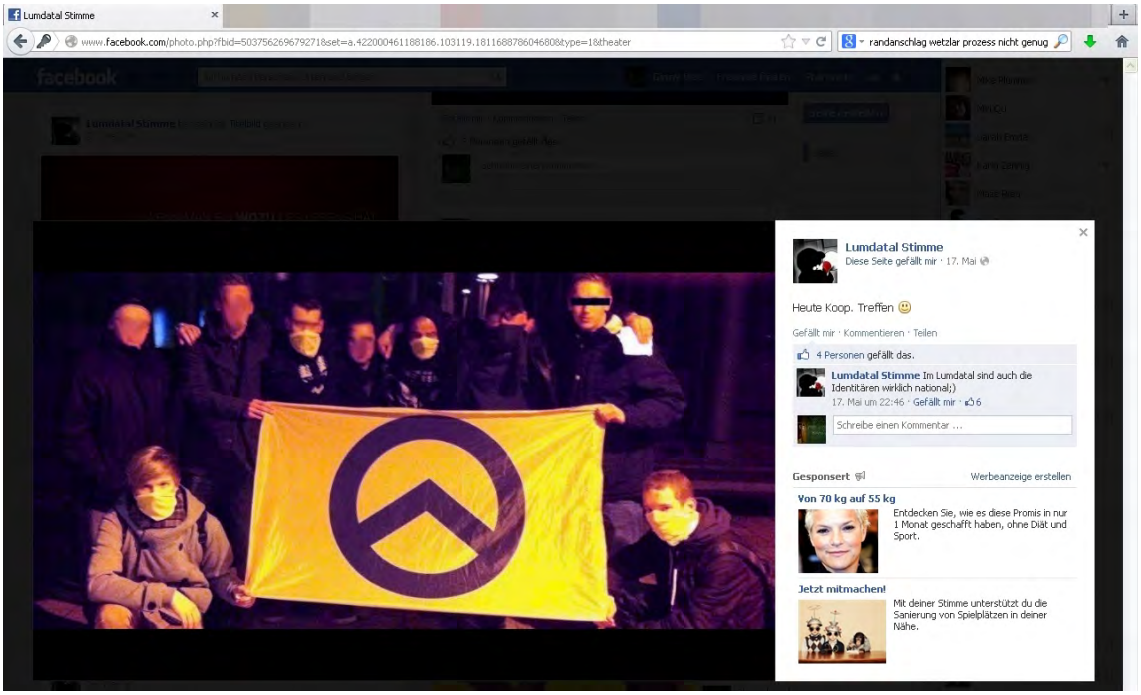


Abbildung 15: Kooperationstreffen der Identitären Bewegung Lumdatal.

Schwerpunktregion der extremen Rechten im Landkreis Gießen: Das Lumdatal

Die Aktivitäten der extremen Rechte haben in den Jahren 2010 – 2013 sowohl quantitativ als auch in ihrer Massivität und Bedrohlichkeit deutlich zugenommen. Kernregion von neonazistischer Organisierung stellt das Lumdatal dar, eine Region im Nordkreis des Landkreises Gießen.

Ein Rückblick

Das Lumdatal ist nicht zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte mit organisiertem Rechtsextremismus konfrontiert. In den Jahren 2001/ 2002 erarbeiteten Wissenschaftler der Universität Marburg eine Studie zu „Rechten Jugendcliquen im Landkreis Gießen“. In den veröffentlichten Untersuchungsergebnissen lässt sich nachlesen, dass es bereits zu diesem Zeitpunkt offen auftretende rechtsextreme Jugendcliquen in Allendorf sowie dem benachbarten Staufenberg gab.[42] Auch in anderen Kommunen wie Biebertal, Lich, Gießen, Buseck, Grünberg, Reiskirchen und Hungen traten zu diesem Zeitpunkt rechtsextreme Jugendcliquen in Erscheinung.

Gewonnen wurden diese Informationen aus den Befragungen von VertreterInnen aus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, wie Jugendpflegen, Jugendzentren, Kirchengemeinden, Beratungs- und Bildungszentren sowie einiger ausgewählter Vereine und Verbände. Auch SchulsozialarbeiterInnen und SchülervertreterInnen wurden befragt.[43]

[42] Vgl. Hafeneger, Benno/ Niebling, Thorsten (2002a): Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen. Erschienen als Broschüre des LK Gießen im Eigendruck, S. 5.
[43] Vgl. ebd.

Die Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass es im Landkreis Gießen zu jenem Zeitpunkt „eine entwickelte rechte Cliquenszene“[44] gab und es sich „nicht nur um einzelne, isolierte Phänomene“ handelte.

Die extrem rechte Szene dieser Zeit traf sich an öffentlichen Plätzen wie Bushaltestellen, Dorf- oder Marktplätzen, bei Kirmes- und Discoveranstaltungen und des Öfteren – so die Rückmeldungen – auch in öffentlichen Einrichtungen der kommunalen und kirchlichen Jugendarbeit.[45]

Enge Kontakte bestanden sowohl unter den im Landkreis verstreuten extrem rechten Cliquen als auch darüber hinaus, beispielsweise nach Wölfersheim[46] in der Wetterau oder Kirtorf im Vogelsberg.[47]

Um die aktuellen Geschehnisse einordnen zu können, lohnt sich also ein Blick zurück: Wie bewegten sich die rechten Jugendlichen in den Kommunen, welche politischen Inhalte transportierten sie, wie verorteten sie sich selbst im kommunalen Geschehen, welche Reaktionen gab es auf sie in den beginnenden 2000er Jahren?

Eine spannende Binnenperspektive bieten die ergänzend zur Studie durchgeführten und ausgewerteten Interviews mit einer rechten Jugendclique aus dem Nordkreis des Landkreises sowie zwei biographische Einzelinterviews, die hier in Ausschnitten noch einmal in Erinnerung gerufen werden sollen.

Verhältnis und Verortung in der kommunalen Jugendarbeit/ Jugendkultur

Die Befragung der Clique fand im November/ Dezember 2002 im kommunalen Jugendhaus statt, das für die Jugendlichen „vertrautes Terrain“ war. Der Kontakt zu der Clique, deren harter Kern aus 10-15 hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, männlichen Personen zwischen 16 und 25 Jahren bestand, wurde vom örtlichen Jugendpfleger hergestellt. Die Jugendlichen betonen im Interview das *„gute, offene und lockere Verhältnis zum Jugendpfleger“*, sowie ihren eigenen Anteil am Aufbau des Jugendzentrums:

> *„B: Ich hab das Ding aufgebaut. Ja, das ist so.*
> *Frage: Wie lange ist das her?*
> *B: Das war vor dem Jugendbeirat.*
> *C: Zwei Jahre.*
> *Frage: Also habt ihr selbst hier mitgeholfen, das Ganze ins Leben zu rufen?*
> *B: Natürlich.“*

In der Auswertung kommen die Wissenschaftler zu dem Schluss, dass die Clique im Jugendraum und im Ort […] bekannt sei: *„[…] sie fühlen sich akzeptiert, sie gehören zum kommunalen Alltag und haben keine Außenseiterexistenz.“*[48]

Eher im Gegenteil, ließe sich hinzufügen, ergab sich doch aus der Tatsache, dass sie als extrem rechte Jugendliche das Jugendzentrum mit aufgebaut hatten und in den Jugendbeirat eingebunden waren eine gewisse Vormachtstellung bei der Ausgestaltung der politischen Kultur des Jugendzentrums.

---

[44] Vgl. ebd. S. 22.
[45] Vgl. ebd. S. 11.
[46] Wölfersheim gelangte in den Jahren 2010 ff. zu bundesweiter Bekanntheit. Der dort ansässige Neonazi Patrick Wolf hatte eine Hofreite ausgebaut und lud die regionale und überregionale Szene regelmäßig zu „Gaskammerpartys“ in eine entsprechend umgebaute Scheune ein.
[47] Vgl. ebd. S. 11.
[48] Vgl. Hafeneger/ Niebling (2002 b): Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen – „Da denke ich ziemlich extremer“. Erschienen als Broschüre des Landkreis Gießen im Eigendruck, S. 3.

Es schien keine Kritik und keinen Protest gegen die dominante Stellung extrem rechter Jugendlicher in der örtlichen Jugendarbeit gegeben zu haben. Ebenso wurde nicht reflektiert, wie die Anwesenheit und Dominanz offen rechtsextremer Jugendlicher den Ausschluss vieler anderer Jugendlicher gleichzeitig mit sich brachte. Ein von rechten Aktivisten maßgeblich mitgetragener Jugendraum, blieb und bleibt automatisch verschlossen oder wird schlimmstenfalls zu einem Angstraum für Jugendliche mit einer kritischen politischen Haltung, für nicht-weiße Jugendliche, für Jugendliche nicht-deutscher Herkunft und noch viele andere mehr.

Die rechte Clique ließ in den Interviews erkennen, dass sie sich ihrer sicheren Position bewusst war und sie nicht mit nennenswertem Widerspruch konfrontiert wurde: *„Wer uns kennt, weiß wie wir sind, der mag uns auch. Es gibt keinen, der dann mal sagt, das ist ein Arschloch oder so was.“*[49]

Das Abspielen rechtsextremer Musik jedoch war im Jugendraum verboten und wurde bei Zuwiderhandlungen entsprechend sanktioniert.[50]

Politische Einstellungsmuster: Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Relativierung der NS-Geschichte

Die eigene politische Einstellung umschrieb die Clique mit Schlagworten wie „Stolz“, „Ordnung“ und „Patriotismus“ – einzelne Mitglieder betonten Grundorientierungen, die mit denen konservativer Grundhaltungen korrespondierten.

Ein politisch-ideologisches Kernelement der Clique war die kulturelle Abgrenzung gegenüber allem Fremden, getragen von einem rassistisch aufgeladenen Ethnopluralismus. Die Wissenschaftler konstatierten in ihrer Analyse: *„Sie [die Jugendlichen, Anm. d. Verf.] fühlen sich und das Eigene („Deutsche“) durch das ihnen vor allem in Städten begegnende „Fremde“ bedroht. Sie haben keinen Umgang mit Fremden, fremden Kulturen und Lebensstilen gelernt und sie neigen zu Formen absoluter Intoleranz und Separierung der Kulturen in die jeweiligen Herkunftsländer.“*[51]:

> *„A: Und da kann mir noch einer sagen, ja irgendwie müssen sie sich verstehen: Es klappt nicht. Und wenn mal, wo auch immer, Völker aufeinander treffen, das klappt nicht. Deswegen halt ich vom Multi-Kulti Staat überhaupt nichts.“*[52]

Diese Einstellung verband sich mit einem diffusen Klagen über herrschende soziale und ökonomische Ungerechtigkeit in Bezug auf schlechte Arbeitsbedingungen, sinkende Löhne, Lohndumping sowie Ängsten bzgl. der eigenen geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, hinter denen letztlich doch nichts anderes stand als Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus:

> *„E: Also manches sollte schon mehr national bewusster sein, jetzt mal das Schlagwort: Arbeit zuerst für Deutsche, d.h. wenn ich nun mal Probleme habe, muss ich nicht unbedingt die Zuwanderung fördern.*
> *A: Damit wir uns auch mal bewerben können.*
> *[…]*
> *A: Auf dem Bau und so, da werden die Neger hingestellt, anstatt dass die Facharbeiter dahin kommen.“*[53]

[49] Vgl. ebd.
[50] Vgl. ebd. S. 5.
[51] Vgl. ebd. S. 11.
[52] Vgl. ebd.
[53] Vgl. ebd. S. 11.

Eine kritische Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte und dem Nationalsozialismus lehnten die Jugendlichen ab. Sie sahen darin vielmehr ein Hindernis für eine ungebrochene nationale Identifikation als „Deutsche“, die sie als Ziel formulierten:

> *„A: Also gut, irgendwann kommt man zu dem Bewusstsein und denkt sich, wir leben in einem Land, das nicht so ist wie die anderen; d.h. Patriotismus und so was ist in den anderen Ländern normal, aber hier eigentlich nicht. Wegen der Vergangenheit […].*
> *Frage: Heißt das, du willst stolz auf dein Land sein?*
> *A: Natürlich.“*[54]

Gewalt als identitätsstiftendes Element rechter Jugendkultur

Die von den Interviewten als feindliche Gruppen markierten Personen wurden, ebenso wie politische Gegner oder Punks, auch gewalttätig angegangen. Gewalt in Verbindung mit Musik und Alkohol bildet eines der identitätsstiftenden Kernelemente der Clique. Die Befragten teilten miteinander massive Gewalterfahrungen und verfügten über eine hohe ausländerfeindlich motivierte Gewaltakzeptanz mit den entsprechenden Konsequenzen bis hin zu Haftstrafen im Jugendarrest.[55] Der Besitz von Waffen galt in der Szene als üblich.[56]

Die extreme Rechte im Landkreis Gießen und die „Mitte der Gesellschaft“ im Rückblick: Resumée

Zusammengefasst kreisten die politischen Orientierungen der befragten, extrem rechten Aktivisten um Gefühle wie Zugehörigkeit, Stärke, Größe, Eindeutigkeit der eigenen Position, verbunden mit der Abwertung exkludierter Gruppen, die nicht dem „Eigenen“ zugerechnet wurden.

Alle Ressentiments und Vorurteile, die von der Clique bedient wurden, fanden und finden ihre anschlussfähigen Pendants in den Diskursen der so genannten „Mitte der Gesellschaft“.

Was 2002 von den Wissenschaftlern der Studie noch als eine Forderung der extremen Rechten markiert wurde, nämlich „wieder wer sein zu dürfen“, „stolz auf das eigene Land zu sein“, ist nach dem Paradigmenwechsel durch die Debatten um den so genannten „(Party-)Patriotismus“ der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2006 weitgehend politischer Konsens in der Bundesrepublik.[57]

Die Verdrängung des Nationalsozialismus und die Verweigerung der kritischen Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte finden ihr Pendant in der mannigfach geführten „Schlussstrichdebatte“ in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, die nicht zuletzt durch den Schriftsteller Martin Walser in seiner Paulskirchenrede von 1998 prominent platziert wurde. [58]

Die Angst vor „dem Fremden“, eine Absage an die multikulturelle Gesellschaft, die mit der bundesrepublikanischen Einwanderungsgeschichte längst unhintergehbare Realität ist, erfuhr unlängst mit den Debatten um die Thesen Thilo Sarrazins zur „Selbstabschaffung Deutschlands“ eine Renaissance im medialen Diskurs.

---

[54] Vgl. ebd. S. 10.
[55] Vgl. ebd., S. 7.
[56] Vgl. ebd.
[57] Zum Verhältnis von Patriotismus und Nationalismus als Folge der/ im Kontext der der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2006: Becker, Julia, Christ, Oliver, Wagner, Ulrich (2007): Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit? In: Heitmeyer, Wilhelm [Hg.] (2007): Deutsche Zustände Folge 5. Frankfurt, S. 28-41.
[58] vgl. Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Hamburg.

Vielleicht lag und liegt gerade in dieser Anschlussfähigkeit der extrem rechten Positionen an Diskurse des (demokratischen) Mainstreams der Grund für mangelnde Interventionen seitens der kommunalen Öffentlichkeit. Dies galt selbstverständlich nicht nur für den Umgang mit der für die Studie exemplarisch befragten Clique, sondern in ähnlicher Weise auch für die meisten anderen Kommunen im Landkreis, wie die Studie deutlich zeigen konnte.

So konstatierte der mit 40 % größte Teil der befragten VertreterInnen aus Jugend, - und Verbandsarbeit, Kirche und Schule, *„dass ihnen über Reaktionen nichts bekannt sei bzw. gar nicht reagiert“* werde.[59] Interventionen durch die Jugendarbeit oder Beratungen durch die Polizei seien eher selten.

Letztlich wird klar, dass sich die extrem rechten Jugendlichen zu Beginn der 2000er Jahre mit ihren Haltungen und Aktivitäten relativ sicher fühlen konnten. Es gab i.d.R. keine nennenswerten Gegenbewegungen. Ein Hinterfragen der eigenen Positionen wurde nicht oder kaum herausgefordert und musste daher nicht stattfinden. Die beschriebenen Haltungen und politischen Einstellungen konnten sich so in die politische (Jugend-) Kultur einschreiben und tradieren.

Vor diesem Hintergrund ist es keine Überraschung, dass sich knappe zehn Jahre später in der gleichen Region eine annähernd strukturgleiche und in den Inhalten und politischen Zielen frappierend ähnliche Gruppierung herausgebildet hat.

Die Jahre 2011/2012

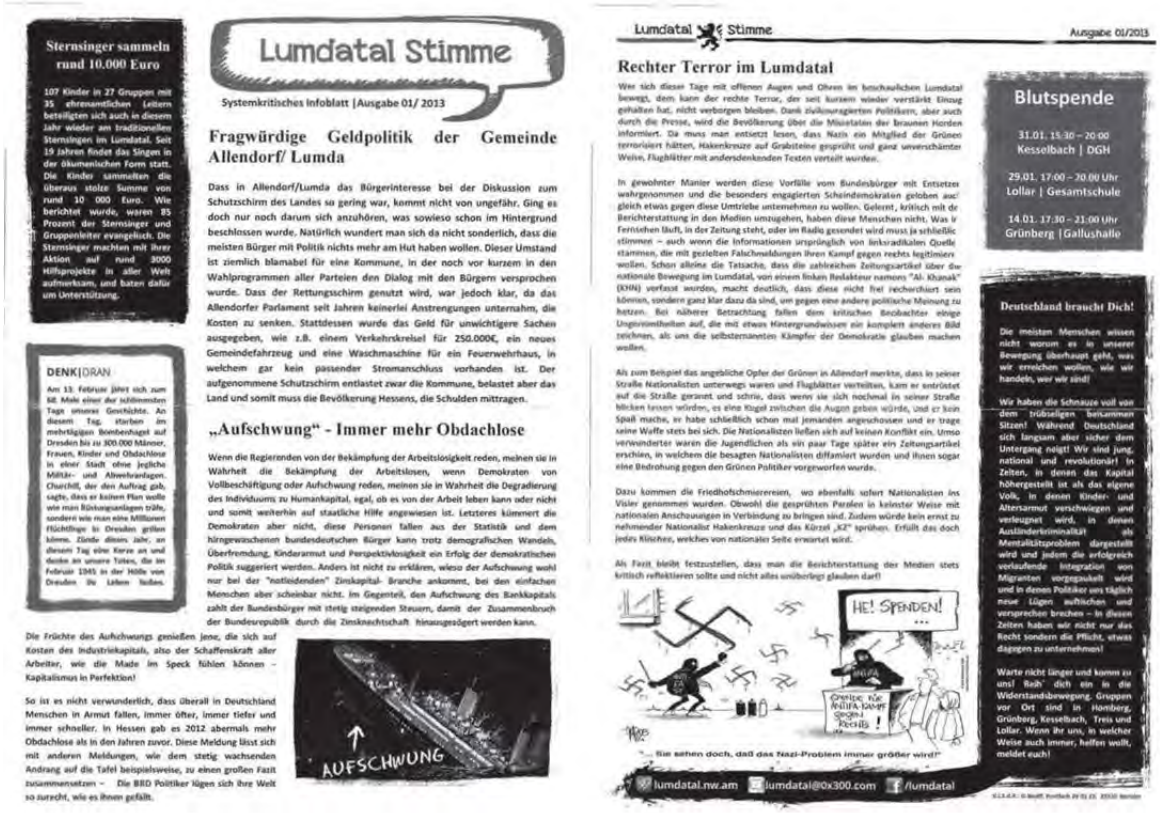
Bereits um den Jahreswechsel 2011/2012 waren im Lumdatal, schwerpunktmäßig in Allendorf, rechtsextreme Tendenzen zu verzeichnen. Allerdings beschränkten sich hier die Aktivitäten auf das Verkleben von „Spuckis“ an der Gesamtschule Lumdatal und im Innenstadtbereich. Dennoch reagierten Teile der lokalen politischen Landschaft sehr schnell und organisierten eine erste Informationsveranstaltung zum „Rechtsextremismus im Landkreis Gießen“ im Bürgerhaus von Allendorf, die mit über 60 Personen überaus gut besucht war.[60] Insofern wurden die rechtsextremen Aktivitäten im Lumdatal von Beginn an von engagierten Menschen nicht akzeptiert sondern kritisch beobachtet.

Dennoch verschärfte sich die Lage zusehends. Den propagandistischen Aktionen im öffentlichen Raum folgten personalisierte Hetzkampagnen gegen Einzelpersonen, die sich öffentlich gegen Rechtsextremismus positionierten. Im Verlauf des Jahres 2012 traten rechtsextreme Jugendliche aus Allendorf dann auch als Clique offen auf- so zum Beispiel bei einem Fußballturnier in Climbach. Dort lief eine Mannschaft auf, die „Werwolfsangeln“ auf ihren T-Shirts trug, also ein klares NS – Symbol als Mannschaftsanzeichen verwendete.[61] Die Intervention einer anwesenden Lokalpolitikerin verhinderte das Schaulaufen der Neonazis – sie mussten ihre T-Shirts wechseln.[62]

Ebenfalls im Verlauf des Jahres 2012 weitete die rechtsextreme Gruppe im Lumdatal ihre Internetaktivitäten aus und wurde, zumindest virtuell (später auch real), zu einer der dynamischsten Neonazigruppen in Hessen. Neben einem eigenen Blog betreibt die Gruppe eine *facebook*-Seite namens „Lumdatal Stimme“, auf der geschichtsrevanchistische Texte neben Mobilisierungen zu rechtsextremen Veranstaltungen, Hetzkampagnen gegen als politische GegnerInnen identifizierte Einzelpersonen sowie Verkehrshinweise und Blitzerwarnungen zu finden sind. Dabei bezieht sich die Gruppe explizit auch auf die lokalpolitische Debatte und greift

[59] Hafeneger/ Niebling (2002 a), S. 14.
[60] vgl. Gießener Anzeiger vom 31.3.2012: „Lange Chronik rechtsextremer Taten erschreckte“
[61] Dieses Symbol war u.a. das Zeichen einer Freischärlerbewegung fanatischer Nazis, die gegen Ende des Zweiten Weltkrieges von Heinrich Himmler initiiert wurde. Sie ging gegen Deserteure der Wehrmacht vor und war für Massaker und Kriegsverbrechen in den letzten Kriegswochen war.
[62] Erlebnisbericht liegt der Verfasserin vor.

geschickt Themen wie drohende Schulschließungen oder die Schließung des Nordecker Bürgerhauses auf.[63] Die „Lumdatal Stimme“ existiert nicht nur im social web, sondern wird auch als Druckversion mit einer ebensolchen Mischung an Meldungen und Kommentaren an die Haushalte im Lumdatal verteilt (Abb. 16).



Sternsinger sammeln rund 10.000 Euro

107 Kinder in 27 Gruppen mit 35 ehrenamtlichen Leitern beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder am traditionellen Sternsingen im Lumdatal. Seit 19 Jahren findet das Singen in der ökumenischen Form statt. Die Kinder sammelten die überaus stolze Summe von rund 10 000 Euro. Wie berichtet wurde, waren 85 Prozent der Sternsinger und Gruppenleiter evangelisch. Die Sternsinger machten mit ihrer Aktion auf rund 3000 Hilfprojekte in aller Welt aufmerksam, und baten dafür um Unterstützung.

DENK|DRAN

Am 13. Februar jährt sich zum 68. Male einer der schlimmsten Tage unserer Geschichte. An diesem Tag, starben im mehrtägigen Bombenhagel auf Dresden bis zu 300.000 Männer, Frauen, Kinder und Obdachlose in einer Stadt ohne jegliche Militär- und Abwehrwaffen. Churchill, der den Auftrag gab, sagte, dass er keinen Plan wolle wie man Rüstungsanlagen trifft, sondern wie man eine Millionen Flüchtlinge in Dresden größen könne. Zünde dieses Jahr, an diesem Tag eine Kerze an und denke an unsere Toten, die im Februar 1945 in der Hölle von Dresden ihr Leben fanden.

Lumdatal Stimme

Systemkritisches Infoblatt | Ausgabe 01/ 2013

Fragwürdige Geldpolitik der Gemeinde Allendorf/ Lumda

Dass in Allendorf/Lumda das Bürgerinteresse bei der Diskussion zum Schutzschirm des Landes so gering war, kommt nicht von ungefähr. Ging es doch nur noch darum sich anzuhören, was sowieso schon im Hintergrund beschlossen wurde. Natürlich wundert man sich da nicht sonderlich, dass die meisten Bürger mit Politik nichts mehr am Hut haben wollen. Dieser Umstand ist ziemlich blamabel für eine Kommune, in der noch vor kurzem in den Wahlprogrammen aller Parteien den Dialog mit den Bürgern versprochen wurde. Dass der Rettungsschirm genutzt wird, war jedoch klar, da das Allendorfer Parlament seit Jahren keinerlei Anstrengungen unternahm, die Kosten zu senken. Stattdessen wurde das Geld für unwichtigere Sachen ausgegeben, wie z.B. einem Verkehrskreisel für 250.000€, ein neues Gemeindefahrzeug und eine Waschmaschine für ein Feuerwehrhaus, in welchem gar kein passender Stromanschluss vorhanden ist. Der aufgenommene Schutzschirm entlastet zwar die Kommune, belastet aber das Land und somit muss die Bevölkerung Hessens, die Schulden mittragen.

„Aufschwung“ - Immer mehr Obdachlose

Wenn die Regierenden von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reden, meinen sie in Wahrheit die Bekämpfung der Arbeitslosen, wenn Demokraten von Vollbeschäftigung oder Aufschwung reden, meinen sie in Wahrheit die Degradierung des Individuums zu Humankapital, egal, ob es von der Arbeit leben kann oder nicht und somit weiterhin auf staatliche Hilfe angewiesen ist. Letzteres kümmert die Demokraten aber nicht, diese Personen fallen aus der Statistik und dem hirngewaschenen bundesdeutschen Bürger kann trotz demografischen Wandels, Überfremdung, Kinderarmut und Perspektivlosigkeit ein Erfolg der demokratischen Politik suggeriert werden. Anders ist nicht zu erklären, wieso der Aufschwung wohl nur bei der "notleidenden" Zinskapital- Branche ankommt, bei den einfachen Menschen aber scheinbar nicht. Im Gegenteil, den Aufschwung des Bankkapitals zahlt der Bundesbürger mit stetig steigenden Steuern, damit der Zusammenbruch der Bundesrepublik durch die Zinsknechtschaft hinausgezögert werden kann.

Die Früchte des Aufschwungs genießen jene, die sich auf Kosten des Industriekapitals, also der Schaffenskraft aller Arbeiter, wie die Made im Speck fühlen können – Kapitalismus in Perfektion!

So ist es nicht verwunderlich, dass überall in Deutschland Menschen in Armut fallen, immer öfter, immer tiefer und immer schneller. In Hessen gab es 2012 abermals mehr Obdachlose als in den Jahren zuvor. Diese Meldung lässt sich mit anderen Meldungen, wie dem stetig wachsenden Andrang auf die Tafel beispielsweise, zu einen großen Fazit zusammensetzen – Die BRD Politiker lügen sich ihre Welt so zurecht, wie es ihnen gefällt.

Lumdatal Stimme — Ausgabe 01/2013

Rechter Terror im Lumdatal

Wer sich diese Tage mit offenen Augen und Ohren im beschaulichen Lumdatal bewegt, dem kann der rechte Terror, der seit kurzem wieder verstärkt Einzug gehalten hat, nicht verborgen bleiben. Dank zivilcouragierten Politikern, aber auch durch die Presse, wird die Bevölkerung über die Missetaten der braunen Horden informiert. Da muss man entsetzt lesen, dass Nazis ein Mitglied der Grünen terrorisiert hätten, Hakenkreuze auf Grabsteine gesprüht und ganz unverschämter Weise, Flugblätter mit andersdenkenden Texten verteilt wurden.

In gewohnter Manier werden diese Vorfälle vom Bundesbürger mit Entsetzen wahrgenommen und die besonders engagierten Scheindemokraten geloben auch gleich etwas gegen diese Umtriebe unternehmen zu wollen. Gelernt, kritisch mit der Berichterstattung in den Medien umzugehen, haben diese Menschen nicht. Was in Fernsehen läuft, in der Zeitung steht, oder im Radio gesendet wird muss ja schließlich stimmen – auch wenn die Informationen ursprünglich von linksradikalen Quelle stammen, die mit gezielten Falschmeldungen ihren Kampf gegen rechts legitimieren wollen. Schon alleine die Tatsache, dass die zahlreichen Zeitungsartikel über die nationale Bewegung im Lumdatal, von einem linken Redakteur namens "Al- Khanak" (KHN) verfasst wurden, macht deutlich, dass diese nicht frei recherchiert sein können, sondern ganz klar dazu da sind, um gegen eine andere politische Meinung zu hetzen. Bei näherer Betrachtung fallen dem kritischen Beobachter einige Ungereimtheiten auf, die mit etwas Hintergrundwissen ein komplett anderes Bild zeichnen, als uns die selbsternannten Kämpfer der Demokratie glauben machen wollen.

Als zum Beispiel das angebliche Opfer der Grünen in Allendorf merkte, dass in seiner Straße Nationalisten unterwegs waren und Flugblätter verteilten, kam er entrüstet auf die Straße gerannt und schrie, dass wenn sie sich nochmal in seiner Straße blicken lassen würden, es eine Kugel zwischen die Augen geben würde, und er kein Spaß mache, er habe schließlich schon mal jemanden angeschossen und er trage seine Waffe stets bei sich. Die Nationalisten ließen sich auf keinen Konflikt ein. Umso verwunderter waren die Jugendlichen als ein paar Tage später ein Zeitungsartikel erschien, in welchem die besagten Nationalisten diffamiert wurden und ihnen sogar eine Bedrohung gegen den Grünen Politiker vorgeworfen wurde.

Dazu kommen die Friedhofschmierereien, wo ebenfalls sofort Nationalisten ins Visier genommen wurden. Obwohl die gesprühten Parolen in keinster Weise mit nationalen Anschauungen in Verbindung zu bringen sind. Zudem würde kein ernst zu nehmender Nationalist Hakenkreuze und das Kürzel „SZ“ sprühen. Erfüllt das doch jedes Klischee, welches von nationaler Seite erwartet wird.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass man die Berichterstattung der Medien stets kritisch reflektieren sollte und nicht alles unüberlegt glauben darf!

Blutspende

31.01. 15:30 – 20:00 Kesselbach | DGH

29.01. 17:00 – 20.00 Uhr Lollar | Gesamtschule

14.01. 17:30 – 21:00 Uhr Grünberg | Gallushalle

Deutschland braucht Dich!

Die meisten Menschen wissen nicht worum es in unserer Bewegung überhaupt geht, was wir erreichen wollen, wie wir handeln, wer wir sind!

Wir haben die Schnauze voll von dem trübseligen Beisammen Sitzen! Während Deutschland sich langsam aber sicher dem Untergang neigt! Wir sind jung, national und revolutionär! In Zeiten, in denen das Kapital höhergestellt ist als das eigene Volk, in denen Kinder- und Altersarmut verschwiegen und verleugnet wird, in denen Ausländerkriminalität als Mentalitätsproblem dargestellt wird und jedem die erfolgreich verlaufende Integration von Migranten vorgegaukelt wird und in denen Politiker uns täglich neue Lügen auftischen und versprechen brechen – in diesen Zeiten haben wir nicht nur das Recht sondern die Pflicht, etwas dagegen zu unternehmen!

Warte nicht länger und komm zu uns! Reih' dich ein in die Widerstandsbewegung. Gruppen vor Ort sind in Homberg, Grünberg, Kesselbach, Treis und Lollar. Wenn ihr uns, in welcher Weise auch immer, helfen wollt, meldet euch!

lumdatal.nw.am | lumdatal@0x300.com | /lumdatal

Abb. 16: Lumdatalstimme (Im Anhang an diesen Text ist das Flugblatt größer abgebildet.)

Entwicklungen im Jahr 2013

Eben jene Inhalte der „Lumdatal Stimme“, die zu Jahresbeginn im Lumdatal und auch im Staufenberger Ortsteil Treis verteilt wurde, nahm der Staufenberger Bürgermeister zum Ausgangspunkt für die Organisierung von Gegenaktivitäten.[64] Während sich in Allendorf/ Lumda ParteienvertreterInnen zu einem ersten „Runden Tisch gegen Rechts“ zusammensetzten und sich der Allendorfer Sportverein dem Programm „Respekt, Anerkennung Toleranz“ der Landessportjugend anschloss, bereitete die Nachbargemeinde Staufenberg die Gründung eines „Netzwerks für Demokratie und Toleranz“ vor. Schon während der Stadtverordnetenversammlung, auf der die Gründung des Netzwerkes zur Abstimmung stand, kam es zu Interventionen der extremen Rechten. Neonazis, die an der öffentlichen Sitzung teilnahmen, protestierten lautstark, skandierten Parolen und verteilten Flugblätter mit dem Titel „Familie, Volk und Heimat statt Demokratie und Toleranz“.[65]

[63] Zur Information: Das Nordecker Bürgerhaus ist im Kontext von Rechtsextremismus im Lumdatal kein neutraler Ort. Dort fand jahrelang der sog. „Sturmtisch“ statt – ein offenes Treffen Rechtsextremer im öffentlichen Raum in Form eines Stammtisches. Dies berichteten im Zuge der Recherche mehrere AnwohnerInnen aus Allendorf.

[64] Vgl. Gießener Anzeiger vom 13.02.2013: „Antrag auf „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“.

[65] Vgl. Gießener Anzeiger vom 27.02.2013: „Netzwerk unter rechtem Protest beschlossen“.

In Folge der Gründung des Netzwerks traten im Rahmen einer Mahnwache in Lollar am 16.04. KritikerInnen der Neonazis mit Gesicht und Namen in die Öffentlichkeit und positionierten sich deutlich gegen rechtsextremes Gedankengut. Schon unmittelbar nach Beendigung der Mahnwache am Schmaadleckerbrunnen in Lollar fuhr ein Fahrzeug an den restlichen Besuchern vorbei aus dem ein Flyer geworfen wurde, in dem kein Hehl aus der antidemokratischen Gesinnung gemacht wurde und das den Titel „Familie Volk und Heimat statt Demokratie & Toleranz“ trug. (Abb. 17) Als weitere Reaktion folgten prompt Angriffe auf TeilnehmerInnen der Mahnwache in deren privaten Nahraum. Das Haus einer Politikerin der GAL aus Staufenberg wurde mit Eiern beworfen, in der Nacht zum 1. Mai 2013 wurde das Gartentor der sich offen positionierenden Allendorfer Bürgermeisterin eingetreten, ebenso die Haustür einer Familie, die an ihrem Haus eine Anti-Atom-Fahne aufgehängt hatte. Dies war ein klarer Versuch seitens der Neonazis, Angsträume zu schaffen und auszuweiten, KritikerInnen in ihrem eigenen Nahraum, ihrer Privatsphäre anzugreifen, und einzuschüchtern.

Abb. 17: Flyer, der nach der Mahnwache in Lollar im April 2013 verteilt wurde.
(Im Anhang an diesen Text ist das Flugblatt größer abgebildet.)

Als Reaktion auf die Angriffe und auf Initiative eines Stadtverordneten der Allendorfer Grünen hin fanden sich am 07. Mai mehr als 250 Menschen zu einer Mahnwache in Allendorf zusammen, um gegen Rechtsextremismus zu protestieren. Die Lumdataler Neonazis waren ebenfalls vor Ort und stellten einige Tage später Namen und Fotoaufnahmen von TeilnehmerInnen der Kundgebung ins Netz.

Währenddessen erhöhten auch die staatlichen Repressionsbehörden den Druck auf die Lumdataler Neonaziszene. Mehrfach kam es zu Hausdurchsuchungen und Fahrzeugkontrollen.[66] Als Reaktion hierauf riefen die Lumdataler Neonazis für den 25. Mai zu einer Kundgebung in Allendorf sowie einer Demonstration in Grün-

[66] Bereits im März kam es zu Hausdurchsuchungen, vgl. Frankfurter Rundschau vom 25.03.2013: „Das Lumdatal denkt national“.

berg unter dem Motto „Das Lumdatal bleibt national – Gegen linke Hetze und Repression“ auf. Als Anmelder zeichnete Stefan Jagsch verantwortlich. Jagsch war zu jenem Zeitpunkt stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) sowie Kreistagsabgeordneter der NPD im Wetteraukreis.[67] Dem Aufruf zur Kundgebung in Allendorf folgten insgesamt nur sieben RechtsextremistInnen, v.a. aus dem Spektrum der NPD. Vor Ort waren u.a. Daniel Lachmann, der Kreisvorsitzende der NPD aus der Wetter sowie Thomas Hantusch, ebenfalls ein Funktionär aus den Reihen der NPD. Zahlreiche GegendemonstrantInnen übertönten Redebeiträge und Musik der rechtsextremen Kundgebung.

Einige hundert Meter weiter an einem anderen Platz fand zeitgleich eine Gegenkundgebung statt, an der ca. 350 Menschen teilnahmen. Organisiert und getragen wurde diese Gegenkundgebung vom breiten lokalen „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“, entsprechend bildete die Kundgebung den Querschnitt der Gesellschaft ab. Anders stellte sich die Lage in Grünberg dar. Dem Aufruf zur dort geplanten Demonstration folgten ca. 50 Neonazis, v.a. auch aus Wetzlar und dem Hersfelder Raum. Die Demonstration konnte von ca. 100 GegnerInnen erfolgreich blockiert werden und musste entsprechend gestoppt und abgebrochen werden. Zeitgleich fand an einem nahegelegenen Platz eine Gegenkundgebung mit ca. 250 Menschen statt.[68] Der Forderung der Neonazis nach einer alternativen Demonstrationsroute wurde nicht entsprochen, sodass diese gegen 14 Uhr unverrichteter Dinge Grünberg wieder verlassen mussten.

In Folge der Ereignisse solidarisierten sich im Juni und Juli immer mehr Kommunen und Vereine mit dem Staufenberger „Bündnis für Demokratie und Toleranz“. Neben dem Kreistag beschlossen auch die Vorsitzenden der Kommunalparlamente die Unterstützung des Bündnisses. Einzelne Kommunen wie Lollar, Pohlheim und Grünberg verabschiedeten Erklärungen gegen Rechtsextremismus. Darüber hinaus unterzeichneten in Staufenberg 42 VereinsvertreterInnen eine Unterstützungserklärung für das Bündnis.[69]

Ungeachtet dessen dramatisierte sich die Situation für diejenigen, die von den Lumdataler Neonazis zu „Feinden“ erklärt wurden. Im Juli 2013 ging eine Allendorfer Familie an die Öffentlichkeit, die die Bedrohung durch die Neonazis nicht mehr aushalten konnte. Neben der Frankfurter Rundschau berichtet auch das ZDF über die Situation der Familie. Die Betroffenen schilderten eindringlich die extreme psychische Belastung durch Drohanrufe, Steinwürfe auf die Fenster des Hauses und nächtliches Patrouillieren mit Autos durch die Neonazis.[70] In der Konsequenz dessen weitete die Polizei ihre Präsenz im Lumdatal noch einmal massiv aus, der Szenetreffpunkt der Neonazis – eine Gartenhütte am Elmensee zwischen Nordeck und Rabenau - wurde von Unbekannten zerstört.[71]

Ebenfalls im Juli kam es zur ersten Verurteilung eines 18-jährigen rechten Jugendlichen aus der Lumdataler Neonaziszene durch das Amtsgericht Gießen wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er Musik mit rechtsextremem Inhalt weitergegeben habe, sowie gegenüber einer Zeugin den Hitlergruß gezeigt haben soll. Er wurde nach Jugendstrafrecht zu 200 Arbeitsstunden verurteilt.[72]

Nachdem die Polizei kurze Zeit später eine Neonaziparty am Elmensee aufgelöst hatte (die allerdings in der gleichen Nacht an einem anderen Ort weitergeführt wurde) wurden 20 weitere Ermittlungsverfahren eingeleitet, unter anderem wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie einem Verstoß gegen das Waffengesetz.[73]

---

[67] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.5.2013: „Die Rechten marschieren im Lumdatal“.
[68] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 25.5.2013: „350 Menschen demonstrieren für Toleranz und Demokratie“.
[69] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 08.07.2013: „Vereine für ein buntes Lumdatal“.
[70] Vgl. Frankfurter Rundschau vom 11.07.2013: „Unter Druck“.
[71] Vgl. N.N. vom 1.7.2013: „Angriff auf Szenetreffpunkt. www.wwnn.noblogs.org, letzter Zugriff am 05.12.2013
[72] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 30.07.2013: „200 Arbeitsstunden für Hitlergruß und Nazi-Musik“
[73] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 24.07.2013: „Polizei löst Neonaziparty auf“.

Im Hochsommer 2013 verkündete die Lumdataler Neonazigruppierung ihre „Auflösung“ und gab an, in Zukunft unter dem Dach der Jungen Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD) agieren zu wollen. Der Druck auf die Gruppe scheint entsprechend hoch gewesen zu sein – der Zusammenschluss mit der Parteijugend war in dieser Situation scheinbar eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Ist einerseits die NPD an einer Vernetzung mit jungen AktivistInnen aus der Kameradschaftsszene höchst interessiert, bietet die Partei zumindest formell einen gewissen Schutzrahmen für rechtsextreme Aktivitäten. Die Zusammenarbeit wurde bei den Kundgebungen im Mai 2013 bereits erfolgreich erprobt. Von einem tatsächlichen Ende der rechtsextremen Aktivitäten im Lumdatal gingen Involvierte und BeobachterInnen aus Politik, Polizei und Zivilgesellschaft jedoch zu keinem Zeitpunkt aus.[74]

Kurzzeitig wurde die „Lumdatal Stimme“ im Juli 2013 von *facebook* gelöscht. Doch bereits am 25. Juli ging die Seite, zunächst unter dem Titel „Du weißt schon wo Stimme“, und kurz danach unter altem Namen und dem Kommentar „Wir sind wieder da“ erneut online. Gleiches gilt für den Blog „Infoportal Lumdatal“, der im Juli 2013 abgeschaltet wurde und bereits im September 2013 unter dem Logo der JN und fast gleichem Titel wieder erreichbar war.

Ein weiteres öffentliches Statement fand sich in einem einschlägigen Internetforum der extremen Rechten. Unter dem bekennenden Titel „Wir sind Nazis“[75] äußerten sich die Rechtsextremen zu den Geschehnissen im Lumdatal und bedrohen ihre politischen GegnerInnen erneut namentlich. Darunter waren SchülerInnen ebenso zu finden wie kritische JournalistInnen der regionalen, aber auch der überregionalen Presse, VertreterInnen der lokalen Jugendarbeit sowie LokalpolitikerInnen.

In den Monaten August und September 2013 hielt die Polizeipräsenz im Lumdatal an – zum Unmut von Teilen der Bevölkerung, die sich durch die Polizeipräsenz beispielsweise auf der Kirmes im Allendorfer Stadtteil Nordeck im August 2013 beim Feiern gestört fühlten und die Anwesenheit der Polizei für „weit überzogen“ hielten.[76] Nicht gestört gefühlt haben sich die hier Zitierten hingegen von den anwesenden mindestens 20 Personen, die der überregionalen rechten Szene zugeordnet werden konnten.[77] Man werde doch mit jenen „fünf verblödeten Hanseln fertig werden“[78], so die Aussage einer der im Artikel zitierten Personen.

Schon ein Blick auf die Ergebnisse der Landtagswahl 2013 aber zeigt, dass es im Lumdatal, sowie im gesamten Landkreis darum gehen sollte, dieser verharmlosenden Haltung zu widersprechen. Bei der Landtagswahl votierten im Wahlkreis Gießen I[79] insgesamt 773 Personen für die rechtsextremen Parteien NPD und Republikaner. Im Wahlkreis Gießen II[80] waren es 1147 Personen, die bereit waren, NPD und Republikanern ihre Stimme zu geben. Das sind mit insgesamt 1920 Personen deutlich mehr als bei der letzten Landtagswahl 2009 – da waren es „nur“ 1138 Personen.[81]

Auch dieser Blick auf die Ergebnisse der Landtagswahlen macht klar, dass es falsch wäre, die Analyse zu verengen auf einige wenige rechtsextreme AktivistInnen, die mit ihren Aktionen die Öffentlichkeit in Atem halten. Die Gruppe derer, die den extrem rechten AktivistInnen inhaltlich zustimmen, ist weit größer. In der Gemeinde Rabenau beispielsweise erreichte die NPD bei der Landtagswahl 2013 mit ihrem rassistischen und antiziganistischen Wahlprogramm 2,4 % der Stimmen, in Allendorf (Lumda) waren es 2,0 % der Stimmen. In beiden Kommunen konnte die NPD ihre Stimmen seit der letzten Wahl mehr als verdoppeln.

---

[74] Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 17.07.2013: „Rechtsradikale Gruppe kündigt Auflösung an“.
[75] Quelle und Text liegen der Verfasserin vor.
[76] Vgl. Gießener Anzeiger vom 22.08.2013: „Bürger klagen: Zu viel Polizei“.
[77] Vgl. ebd.
[78] Vgl. ebd..
[79] Der Wahlkreis Gießen I besteht aus den Städten und Gemeinden Biebertal, Fernwald, Gießen, Heuchelheim, Lollar, Staufenberg und Wettenberg.
[80] Der Wahlkreis Gießen II besteht aus den Städten und Gemeinden Allendorf, Buseck, Hungen, Grünberg, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen.
[81] Vgl. www.wahlen.hessen.de, letzter Zugriff 19.12.2013

Fazit

Wie die vorliegende Dokumentation deutlich macht, hat es der Landkreis Gießen mit vielen Facetten rechter Einstellungsmuster zu tun, ebenso, wie viele der jugend- und subkulturell orientierten extrem rechten Strategien und Erscheinungsformen im Landkreis ihren Niederschlag gefunden haben. Auch wenn die extrem rechte Gruppe aus dem Lumdatal in den Jahren 2012-2013 zu einer der aktivsten und gefährlichsten Gruppe in Hessen geworden ist, soll an dieser Stelle davor gewarnt werden, die Analyse der Situation auf die Vorkommnisse im Lumdatal zu beschränken. Insgesamt auf den Landkreis geschaut, findet sich die ganze Palette extrem rechter Agitation und Aktion:

- Propagandistische Aktionen im öffentlichen Raum durch „Spuckis“ und Aufkleber sowie prominent an Brücken platzierte Transparente (u.a. in Lich, Laubach, Allendorf, Grünberg)
- Agitation an Schulen durch das Verteilen der NPD – Gratisproduktion „Schulhof-CD“ (Allendorf und Lollar), das Verteilen von Flugblättern (Grünberg) sowie durch das „Beliefern“ (u.a. in Allendorf und Lollar) der SchülerInnenvertretungen mit rassistischen und rechten Terror verharmlosenden „Hintergrundinformationen“ zum NSU – Prozess
- Holocaustleugnungen durch Schmierereien (z.B. an der Anne Frank Schule in Linden)
- antisemitisch motivierte Schändungen von jüdischen Friedhöfen (z.B. Lollar-Odenhausen)
- rassistische und volksverhetzende Anfeindungen gegen BürgerInnen türkischer Herkunft (Lollar)
- eine extrem rechte Musikkultur mit (zumindest in den letzten zehn Jahren) aktiven Bands und Beziehungen in Nachbarlandkreise (Band „Rachezug“ aus Hungen, „Gegenschlag“ aus Kirtorf, „Onkelzparties“ in Wieseck)
- extrem rechte Demonstrationen und Kundgebungen – angemeldet durch JN, NPD oder Pro Deutschland (2011 Gießen, 2012 Gießen, 2013 Allendorf, Grünberg und Gießen)
- Bedrohung und Einschüchterung von Personen aus rassistischen, antisemitischen oder „politischen“ Motiven heraus – vor allem auch in deren privatem Nahraum
- Schaffung von „Angstzonen“ für die Bedrohten und Betroffenen (vgl. Text von Grete Schläger „Rechtsextremismus vor der eigenen Haustür?!“ in dieser Broschüre)
- psychischer Terror gegen Andersdenkende durch Beobachtungen, nächtliche Drohanrufe, Angriffe auf Häuser und Beschädigung von Autos
- öffentliche und namentliche Denunziation von „politischen Gegnern“ (engagierte BürgerInnen, kritische JournalistInnen) auf bundesweit bekannten, einschlägigen Internetforen der extremen Rechten
- antiziganistische Agitation durch Erwachsene/ Eltern von Grundschulkindern (Laubach)
- Schnittmengen – sowohl inhaltlich als auch personell – zwischen aktivistisch orientierten Neonazis, wie der Gruppe aus dem Lumdatal, und akademisch-bürgerlichen extrem Rechten, wie der Gießener Burschenschaft Dresdensia Rugia
- Diskurse des medialen Mainstreams – wie beispielsweise Demographie-Debatten oder Debatten um das Scheitern von „Multi-Kulti“ werden geschickt aufgegriffen und in einem rechten Weltbild weiterentwickelt, um für die gesellschaftliche Mitte anschlussfähig zu sein
- enorme Präsenz und Aktivität im Internet, auch im web 2.0 *(twitter* und *facebook*)
- (strategisches) Engagement in Vereinen und Bürgerinitiativen

Im Landkreis Gießen hat es seit dem Jahr 2011 eine bemerkenswerte Entwicklung gegeben, die die Vorkommnisse und rechtsextreme Agitation nicht widerspruchslos hinnehmen will. Hier sind sicherlich die Bündnisse „Gießen bleibt bunt“, „Gießen bleibt nazifrei“ oder das Staufenberger „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ sowie das Netzwerk „Das Lumdatal bleibt bunt“ zu nennen – ebenso wie die antifaschistisch orientierten Gruppen aus den umliegenden Städten, die schon seit Jahren eine wertvolle Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Vielerorts ist das „beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ beratend und unterstützend tätig.

Diesen Initiativen und Bündnissen, bestehend aus vielen engagierten Einzelpersonen, sollte in Zukunft der Rücken gestärkt werden.

Konkrete Handlungsempfehlungen können dem Artikel „Gesamtfazit“ von Wiebke Dierkes und Yvonne Weyrauch in diesem Band entnommen werden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Fachliteratur

Agentur für soziale Perspektiven (2005): Das Versteckspiel. Vortragsskript. Berlin.

Archiv der Jugendkulturen [Hrsg.] (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Bad Tölz.

Becker, Julia/ Christ, Oliver/ Wagner, Ulrich (2007): Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit?
In: Heitmeyer, Wilhelm [Hg.] (2007): Deutsche Zustände Folge 5. Frankfurt, S. 28-41

Buschborn, Jan (2009): „NPD Schulhof CD 2009 - Ein Argumentationsleitfaden für Demokratie und Vielfalt“, www.osz-gegen-rechts.de, letzter Zugriff am 18.04.2013.

Gehler/ Heither/ Kurth/ Schäfer (1997): Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt.

Hafeneger, Benno/ Niebling, Thorsten (2002a): „Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen“. Eigendruck Landkreis Gießen.

Hafeneger, Benno/ Niebling, Thorsten (2002b): „`Da denke ich ziemlich extremer´. Interviews mit Mitgliedern einer rechten Clique im Landkreis Gießen“. Eigendruck Landkreis Gießen.

Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Hamburg.

Müller, Yves/ Winkler, Benjamin (2011): Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts. Crashkurs Kommune 6. Hamburg.

Zeitungsartikel

Frankfurter Rundschau vom 1.10.2010: „Neonazis vor Gericht“

Frankfurter Rundschau vom 11.11.2012 „Neonazi-Demo in Hünfeld – Pfiffe und Buhrufe“

Frankfurter Rundschau vom 25.03.2013: „Das Lumdatal denkt national“.

Frankfurter Rundschau vom 23.5.2013: „Die Rechten marschieren im Lumdatal“.

Frankfurter Rundschau vom 11.07.2013: „Unter Druck“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 05.01.2010: „Infoladen im Visier Autonomer Nationalisten?“

Gießener Allgemeine Zeitung vom 12.06.2010: „Empörung über Drohbrief an türkischstämmige Bürger“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 22.10.2011: „NPD nutzt Verbindungshaus weiter“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 16.3.2012: „Kriminelle Vereinigung bei Gießener NPD Demo?“

Gießener Allgemeine Zeitung vom 09.02.2013: „Warten auf Prozess gegen Mitglied der `Sturmdivision Saar´“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 25.5.2013: „350 Menschen demonstrieren für Toleranz und Demokratie“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 08.07.2013: „Vereine für ein buntes Lumdatal“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 17.07.2013: „Rechtsradikale Gruppe kündigt Auflösung an“

Gießener Allgemeine Zeitung vom 24.07.2013: „Polizei löst Neonaziparty auf“.

Gießener Allgemeine Zeitung vom 30.07.2013: „200 Arbeitsstunden für Hitlergruß und Nazi-Musik“

Gießener Anzeiger vom 9.3.2013: „Hymne und Extremes an der Bushaltestelle“

Gießener Anzeiger vom 29.12.2011: „Hakenkreuzschmierereien auf Friedhöfen“

Gießener Anzeiger vom 28.02.2012: „Kulturzentrum der ezidischen Gemeinde in Lollar beschmiert“.

Gießener Anzeiger vom 19.09.2012: „Antifa-Aktion gegen NPD – Mahnwache“.

Gießener Anzeiger vom 12.07.2011: „Neonaziaktion im letzten Moment verhindert“.

Gießener Anzeiger vom 31.3.2012: „Lange Chronik rechtsextremer Taten erschreckte“

Gießener Anzeiger vom 13.02.2013: „Antrag auf „Netzwerk für Demokratie und Toleranz““.

Gießener Anzeiger vom 27.02.2013: „Netzwerk unter rechtem Protest beschlossen“.

Gießener Anzeiger vom 22.08.2013: „Bürger klagen: Zu viel Polizei“.

Onlinequellen

HR-online.de vom 22.08.2013: „Schlag gegen Handel mit Nazi-Musik“, letzter Zugriff am 21.11.2013.

Maegerle, Anton (2013): „Rechtsaffine Burschen“, http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechtsaffine-burschen, letzter Zugriff am 18.12.2013

Netz gegen Nazis.de (o.J.): Die Unsterblichen. http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/neonazi-themen-sozialen-netzwerken-1-die-unsterblichen-1119, letzter Zugriff am 21.03.2013.

Netz gegen Nazis.de (o.J.): Kategorie C. http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/kategorie-c, letzter Zugriff am 06.06.2013.

N.N. (2011): „Ein Brandanschlag ohne politischen Hintergrund?“. In: Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 43

NPD Hessen (2011): Aufruf. www.wir-sind-die-wende.de, letzter Zugriff am 21.03.2013.

Sternsinger sammeln rund 10.000 Euro

107 Kinder in 27 Gruppen mit 35 ehrenamtlichen Leitern beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder am traditionellen Sternsingen im Lumdatal. Seit 19 Jahren findet das Singen in der ökumenischen Form statt. Die Kinder sammelten die überaus stolze Summe von rund 10 000 Euro. Wie berichtet wurde, waren 85 Prozent der Sternsinger und Gruppenleiter evangelisch. Die Sternsinger machten mit ihrer Aktion auf rund 3000 Hilfsprojekte in aller Welt aufmerksam, und baten dafür um Unterstützung.

DENK|DRAN

Am 13. Februar jährt sich zum 68. Male einer der schlimmsten Tage unserer Geschichte. An diesem Tag, starben im mehrtägigen Bombenhagel auf Dresden bis zu 300.000 Männer, Frauen, Kinder und Obdachlose in einer Stadt ohne jegliche Militär- und Abwehranlagen. Churchill, der den Auftrag gab, sagte, dass er keinen Plan wolle wie man Rüstungsanlagen träfe, sondern wie man eine Millionen Flüchtlinge in Dresden grillen könne. Zünde dieses Jahr, an diesem Tag eine Kerze an und denke an unsere Toten, die im Februar 1945 in der Hölle von Dresden ihr Leben fielen.

Lumdatal Stimme

Systemkritisches Infoblatt | Ausgabe 01/ 2013

Fragwürdige Geldpolitik der Gemeinde Allendorf/ Lumda

Dass in Allendorf/Lumda das Bürgerinteresse bei der Diskussion zum Schutzschirm des Landes so gering war, kommt nicht von ungefähr. Ging es doch nur noch darum sich anzuhören, was sowieso schon im Hintergrund beschlossen wurde. Natürlich wundert man sich da nicht sonderlich, dass die meisten Bürger mit Politik nichts mehr am Hut haben wollen. Dieser Umstand ist ziemlich blamabel für eine Kommune, in der noch vor kurzem in den Wahlprogrammen aller Parteien den Dialog mit den Bürgern versprochen wurde. Dass der Rettungsschirm genutzt wird, war jedoch klar, da das Allendorfer Parlament seit Jahren keinerlei Anstrengungen unternahm, die Kosten zu senken. Stattdessen wurde das Geld für unwichtigere Sachen ausgegeben, wie z.B. einem Verkehrskreisel für 250.000€, ein neues Gemeindefahrzeug und eine Waschmaschine für ein Feuerwehrhaus, in welchem gar kein passender Stromanschluss vorhanden ist. Der aufgenommene Schutzschirm entlastet zwar die Kommune, belastet aber das Land und somit muss die Bevölkerung Hessens, die Schulden mittragen.

„Aufschwung" - Immer mehr Obdachlose

Wenn die Regierenden von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reden, meinen sie in Wahrheit die Bekämpfung der Arbeitslosen, wenn Demokraten von Vollbeschäftigung oder Aufschwung reden, meinen sie in Wahrheit die Degradierung des Individuums zu Humankapital, egal, ob es von der Arbeit leben kann oder nicht und somit weiterhin auf staatliche Hilfe angewiesen ist. Letzteres kümmert die Demokraten aber nicht, diese Personen fallen aus der Statistik und dem hirngewaschenen bundesdeutschen Bürger kann trotz demografischen Wandels, Überfremdung, Kinderarmut und Perspektivlosigkeit ein Erfolg der demokratischen Politik suggeriert werden. Anders ist nicht zu erklären, wieso der Aufschwung wohl nur bei der "notleidenden" Zinskapital- Branche ankommt, bei den einfachen Menschen aber scheinbar nicht. Im Gegenteil, den Aufschwung des Bankkapitals zahlt der Bundesbürger mit stetig steigenden Steuern, damit der Zusammenbruch der Bundesrepublik durch die Zinsknechtschaft hinausgezögert werden kann.

Die Früchte des Aufschwungs genießen jene, die sich auf Kosten des Industriekapitals, also der Schaffenskraft aller Arbeiter, wie die Made im Speck fühlen können - Kapitalismus in Perfektion!

So ist es nicht verwunderlich, dass überall in Deutschland Menschen in Armut fallen, immer öfter, immer tiefer und immer schneller. In Hessen gab es 2012 abermals mehr Obdachlose als in den Jahren zuvor. Diese Meldung lässt sich mit anderen Meldungen, wie dem stetig wachsenden Andrang auf die Tafel beispielsweise, zu einen großen Fazit zusammensetzen – Die BRD Politiker lügen sich ihre Welt so zurecht, wie es ihnen gefällt.

Rechter Terror im Lumdatal

Wer sich dieser Tage mit offenen Augen und Ohren im beschaulichen Lumdatal bewegt, dem kann der rechte Terror, der seit kurzem wieder verstärkt Einzug gehalten hat, nicht verborgen bleiben. Dank zivilcouragierten Politikern, aber auch durch die Presse, wird die Bevölkerung über die Missetaten der braunen Horden informiert. Da muss man entsetzt lesen, dass Nazis ein Mitglied der Grünen terrorisiert hätten, Hakenkreuze auf Grabsteine gesprüht und ganz unverschämter Weise, Flugblätter mit andersdenkenden Texten verteilt wurden.

In gewohnter Manier werden diese Vorfälle vom Bundesbürger mit Entsetzen wahrgenommen und die besonders engagierten Scheindemokraten geloben auch gleich etwas gegen diese Umtriebe unternehmen zu wollen. Gelernt, kritisch mit der Berichterstattung in den Medien umzugehen, haben diese Menschen nicht. Was im Fernsehen läuft, in der Zeitung steht, oder im Radio gesendet wird muss ja schließlich stimmen – auch wenn die Informationen ursprünglich von linksradikalen Quellen stammen, die mit gezielten Falschmeldungen ihren Kampf gegen rechts legitimieren wollen. Schon alleine die Tatsache, dass die zahlreichen Zeitungsartikel über die nationale Bewegung im Lumdatal, von einem linken Redakteur namens "Al- Khanak" (KHN) verfasst wurden, macht deutlich, dass diese nicht frei recherchiert sein können, sondern ganz klar dazu da sind, um gegen eine andere politische Meinung zu hetzen. Bei näherer Betrachtung fallen dem kritischen Beobachter einige Ungereimtheiten auf, die mit etwas Hintergrundwissen ein komplett anderes Bild zeichnen, als uns die selbsternannten Kämpfer der Demokratie glauben machen wollen.

Als zum Beispiel das angebliche Opfer der Grünen in Allendorf merkte, dass in seiner Straße Nationalisten unterwegs waren und Flugblätter verteilten, kam er entrüstet auf die Straße gerannt und schrie, dass wenn sie sich nochmal in seiner Straße blicken lassen würden, es eine Kugel zwischen die Augen geben würde, und er kein Spaß mache, er habe schließlich schon mal jemanden angeschossen und er trage seine Waffe stets bei sich. Die Nationalisten ließen sich auf keinen Konflikt ein. Umso verwunderter waren die Jugendlichen als ein paar Tage später ein Zeitungsartikel erschien, in welchem die besagten Nationalisten diffamiert wurden und ihnen sogar eine Bedrohung gegen den Grünen Politiker vorgeworfen wurde.

Dazu kommen die Friedhofschmierereien, wo ebenfalls sofort Nationalisten ins Visier genommen wurden. Obwohl die gesprühten Parolen in keinster Weise mit nationalen Anschauungen in Verbindung zu bringen sind. Zudem würde kein ernst zu nehmender Nationalist Hakenkreuze und das Kürzel „KZ" sprühen. Erfüllt das doch jedes Klischee, welches von nationaler Seite erwartet wird.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass man die Berichterstattung der Medien stets kritisch reflektieren sollte und nicht alles unüberlegt glauben darf!

"... Sie sehen doch, daß das Nazi-Problem immer größer wird!"

Blutspende

31.01. 15:30 – 20:00
Kesselbach | DGH

29.01. 17:00 – 20.00 Uhr
Lollar | Gesamtschule

14.01. 17:30 – 21:00 Uhr
Grünberg | Gallushalle

Deutschland braucht Dich!

Die meisten Menschen wissen nicht worum es in unserer Bewegung überhaupt geht, was wir erreichen wollen, wie wir handeln, wer wir sind!

Wir haben die Schnauze voll von dem trübseligen beisammen Sitzen! Während Deutschland sich langsam aber sicher dem Untergang neigt! Wir sind jung, national und revolutionär! In Zeiten, in denen das Kapital höhergestellt ist als das eigene Volk, in denen Kinder- und Altersarmut verschwiegen und verleugnet wird, in denen Ausländerkriminalität als Mentalitätsproblem dargestellt wird und jedem die erfolgreich verlaufende Integration von Migranten vorgegaukelt wird und in denen Politiker uns täglich neue Lügen auftischen und versprechen brechen – in diesen Zeiten haben wir nicht nur das Recht sondern die Pflicht, etwas dagegen zu unternehmen!

Warte nicht länger und komm zu uns! Reih' dich ein in die Widerstandsbewegung. Gruppen vor Ort sind in Homberg, Grünberg, Kesselbach, Treis und Lollar. Wenn ihr uns, in welcher Weise auch immer, helfen wollt, meldet euch!

lumdatal.nw.am | lumdatal@0x300.com | /lumdatal

V.i.S.d.P.: D.Wolff, Postfach 30 01 15, 35551 Wetzlar

FAMILIE VOLK UND HEIMAT

statt Demokratie & Toleranz

Das System der Bundesrepublik baut grundlegend auf dem Fundament der Toleranz auf, die Toleranz gegenüber der Kriminalität, der Hochfinanz sowie der Toleranz, die Souveränität des deutschen Volkes aufzugeben.

Existenzielle Aspekte wie Überfremdung, Geburtenschwund oder der Entartung unserer Kultur und unseres Geistes, welche unweigerlich zum Untergang unserer Lebensart führen, werden von Politikern stets mit dem Wort Toleranz begründet. Schon in der Schule lernen wir, dass der Klügere nachgibt, oder dass ein Kompromiss mehr wert ist, als ein Konflikt. Nicht zuletzt der 68er-Bewegung, welche bis heute sämtliche Parteien prägt, haben wir diese Mentalität der Feigheit zu verdanken. Denn Toleranz geht auch einher mit antiautoritärem Denken und rührt von der linken Wesensart her, dass man lieber ein unterdrücktes Leben in vermeintlicher Freiheit führt, als dass man seine eigenen Interessen mit Nachdruck verfolgt.

Die Erhebung der Toleranz zur Staatsdoktrin, die nichts anderes bedeutet als die Selbstgeißelung und Fügung vor einer fremden Macht, muss in letzter Konsequenz zur vollkommenen Vernichtung des Eigenen führen, in diesem Fall zur Ausrottung der europäischen Völker zu Gunsten einer globalen Einheitsmasse.

Nur die Rückbesinnung auf alte Stärke, Erhabenheit, Ehre und Gemeinschaft werden die Völker noch einmal aus dem Koma wecken können, ehe der Volkstod einsetzt!

lumdatal.nw.am

Rechtsextremismus vor der eigenen Haustür?! Ergebnisse einer Interviewstudie im Landkreis Gießen

Grete Schläger

1. Einleitung

Rechtsextremismus kann als ein gesellschaftliches Phänomen beschrieben werden, das für viele Menschen scheinbar wenig mit ihrem konkreten Alltag zu tun hat. Man weiß, dass es RechtsextremistInnen gibt, verortet diese allerdings eher selten in seiner nahen Umgebung. So ist den meisten Menschen bewusst, dass es die NPD wie auch freie Kameradschaften und ähnliche Strukturen gibt. Dass aber der eigene Nachbar oder die Tochter bzw. der Sohn eines Teammitglieds aus dem Sportverein Teil einer lokalen rechtsextremen Szene sein soll, ist schwer zu glauben. Dennoch gibt es genau solche Fälle, da selbstverständlich auch RechtsextremistInnen irgendwo wohnen, arbeiten und leben. Die Mitarbeit im Sportverein oder der Elternvertretung in Schule und Kindergarten – also das Wirken im direkten lokalen Umfeld - ist sogar eine zentrale, aktuelle rechtsextreme Strategie.

Die hier vorliegende Studie nimmt die oben geschilderten Thesen zum Anlass, nachzufragen, wie das Thema „Rechtsextremismus“ in zwei Kommunen des Landkreises Gießen wahrgenommen und bearbeitet wird. Ziel ist es zum einen, einen Überblick über die Kenntnisse von lokalen AkteurInnen zu Vorkommnissen mit rechtsextremistischem Hintergrund zu erhalten. Zum zweiten wird angestrebt, etwas über den bisherigen Umgang mit rechtsextremen Vorkommnissen und Unterstützungsbedarfe zu erfahren, um daraus abgeleitet Handlungsempfehlungen für den Landkreis Gießen zu entwickeln.

Die Auswertung bezieht sich auf insgesamt 12 Interviews[1], die zwischen Oktober 2012 und Juli 2013 mit verschiedenen AkteurInnen geführt wurden. Bei den Interviews wurden mit Hilfe eines Interviewleitfadens Fragen zu fünf Themenbereichen gestellt. Einleitend wurde danach gefragt, wie die InterviewpartnerInnen ihre eigene Kommune beschreiben würden, zunächst ohne Bezüge zum Thema Rechtsextremismus herzustellen. Dem folgten Fragen, die erstens auf der regionalen Ebene erstens rechtsextreme Vorkommnisse, zweitens die Wichtigkeit des Themas Rechtsextremismus, drittens den bisherigen Umgang mit den Vorkommnissen sowie viertens gewünschte Hilfen und Unterstützungserfordernisse thematisierten. Dabei wurde ein breiter Rechtsextremismus-Begriff zu Grunde gelegt und den Interviewten vorgestellt: *„Wir definieren einen rechtsextremen Hintergrund, wenn bereits Sprüche, Parolen, Graffitis, etc. darauf hinweisen oder auch wenn allgemein menschenfeindliche Einstellungen zum Vorschein kommen. Rechtsextremismus ist in diesem Kontext ein Sammelbegriff für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“*.

Diese Fragen wurden anschließend unter Bezugnahme auf die Ebene der Kommune sowie auf die Ebene der persönlichen Erfahrungen wiederholt. Abschließend wurden sogenannte Perspektivfragen gestellt, die danach fragten, was passieren müsste, damit in fünf Jahren Rechtsextremismus in der Gemeinde eine geringere bzw. größere Rolle spielt. Die Interviews dauerten zwischen 20 und 30 Minuten.

Die InterviewpartnerInnen übernehmen zum größten Teil Funktionen in ihrer Kommune: Sie sind zum Teil lokalpolitisch aktiv, sie engagieren sich in den örtlichen Vereinsstrukturen oder sind in pädagogischen Zusammenhängen in Schule und Jugendarbeit tätig. Teilweise sind sie in der Kommune aufgewachsen, teilweise sind sie aus anderen Gebieten Deutschlands oder auch aus dem Ausland, zugezogen. Die meisten wohnen

[1] Die Interviews wurden von Torben Stich und Sabrina Schmidt, studentische Hilfskräfte von Dr. Alexandra Kurth an der Justus-Liebig-Universität Gießen, geführt und transkribiert, wofür ich Ihnen an dieser Stelle herzlich danken möchte.

in der Kommune, einige arbeiten nur dort und leben im näheren Umland. Drei unserer 12 InterviewpartnerInnen sind Frauen, neun sind Männer, ihr Alter liegt zwischen Anfang zwanzig und Ende sechzig. Fünf der Befragten leben bzw. arbeiten in Kommune A, sieben in der Kommune B.

Die durchgeführten Interviews wurden transkribiert und mit Hilfe der Analyse-Software Maxqda ausgewertet, wobei die Struktur des Fragebogens auch die Grundlage für das in der Auswertung genutzte Kategorienschema war. In einem zweiten Schritt wurden die einzelnen Antworten zu jeweils einer Frageverglichen und daraus Subkategorien gebildet, sodass ein differenziertes Kategorienschema entstanden ist. Die Ergebnisse werden im nun folgenden Kapitel zunächst getrennt nach den zwei betrachteten Kommunen vorgestellt, wobei einleitend beide Kommunen kurz beschrieben werden. Dem folgt der Vergleich der beiden Kommunen. Die vorliegende Auswertung schließt mit einem Fazit, in dem die wichtigsten Ergebnisse nochmals zusammengefasst und einige Handlungsempfehlungen formuliert werden.

2. Darstellung der Ergebnisse

2.1 Kommune A

Die befragten Personen schildern das zwischenmenschliche Klima in ihrer Kommune als sehr offen, die Menschen als aktiv und hilfsbereit. Daneben werden auch die multinationale Zusammensetzung der Bevölkerung sowie das gelingende multikulturelle Zusammenleben betont. Hervorgehoben werden weiterhin die gute Infrastruktur (Läden, Ärzte, Verkehrsanbindung) sowie die landschaftlich reizvolle Lage. Alle Interviewten vermitteln den Eindruck, gerne in Kommune A zu leben und zu arbeiten. Ein Befragter verknüpft die offene Atmosphäre der Stadt mit der Rolle, die MigrantInnen im öffentlichen Leben einnehmen:*„[…] Ich spüre doch immer, dass die Kommune selbst, die Menschen hier, meiner Meinung nach extrem aufgeschlossen sind, extrem willig sind, auch die Menschen kennenzulernen[…], ich glaub‘, das rührt auch daher, dass hier das kommunale Leben, das Vereinsleben sehr aktiv betrieben wird und teilweise auch in Hochburgen schon Migranten Fuß gefasst haben, wie beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr und Co., und Fußballverein sowieso […]“*[2].

Kurzporträt Kommune A

Die Kommune A setzt sich aus einer Stadt und mehreren Ortsteilen zusammen. Die Kommune hat insgesamt ca. 10.000 EinwohnerInnen, wovon 14% einen ausländischen Pass besitzen. In der Kommune A leben Menschen aus über 60 verschiedenen Nationen. Sie ist durch große industrielle Ansiedlungen sowie mittelständische Unternehmen wirtschaftlich geprägt. Die Stadt verfügt über Anschluss an eine Autobahn und an den Bahnverkehr. Sowohl in der Kernstadt wie auch in den angegliederten Ortsteilen gibt es jeweils ein so genanntes Bürgerhaus, das für vielfältige Zwecke genutzt werden kann. Daneben gibt es viele Vereine, die das Leben vor Ort mitgestalten.

Die Interviewten beschreiben auch die politische Stimmung in der Kommune als sehr offen. Eine Person nimmt bei ihrer Schilderung Bezug auf die lokale Parteienlandschaft: *„Ich denke, stärkste Kraft ist im Moment SPD/ Grüne, ja. Das spiegelt aber so ein bisschen die Tendenz in Hessen wieder. Wir haben eine sehr große Freie Wählergemeinschaft, wo - glaube ich - sehr viele CDU-Leute auch drin sind, die sehr engagiert sind, CDU an sich als Partei ist eine kleinere. Weitere Parteien spielen parlamentsmäßig keine Rolle, ja - in den Dörfern sind die rechten Parteien hier und da vertreten, wer-*

[2] Zitate unserer InterviewpartnerInnen, die im Rahmen dieser Auswertung dargestellt werden, wurden aufgrund der Anonymisierung sowie der leichteren Lesbarkeit sprachlich überarbeitet. Weiterhin wird in Bezug auf die Aussagen der Interviewten nur eine geschlechtsneutrale oder männliche Schreibweise genutzt. Dies lässt allerdings keine Rückschlüsse auf das Geschlecht unserer InterviewpartnerInnen zu, sondern dient ebenfalls der Anonymisierung.

den aber von den Leuten so nicht weiter ernst genommen, von den Dorfkernleuten."

Die besondere Rolle, die Migration wie auch die Industrie in der Kommune spielen, wird auch bei der Frage danach deutlich, welche Geschichten die Befragten als typisch für ihre Kommune empfinden: *„Typische Geschichten, die hier erzählt werden, sind viel von denen, die […]als Gastarbeiter damals gekommen sind. Sie erzählen dann immer Geschichten, wie sich das Gebiet hier verändert hat […]das man früher quasi gekommen ist und wusste, man ist ein Fremder, ganz klar, man ist gekommen, um zu arbeiten, und jetzt mittlerweile merkt man, man ist doch schon seit 30, 40 Jahren hier und fühlt sich überhaupt gar nicht mehr als Fremder oder vielleicht nicht mehr ganz als Fremder, aber auch nicht als Heimischer, hundert Prozent. Aber es ist zumindest eine andere Situation als früher, man hat vom Kopf her auch die Veränderung mitgemacht, die man hier im Bilde auch überall sieht; […] Ob das jetzt hier die Industrie ist, wie viel Menschen mehr früher hier gearbeitet haben und jetzt mittlerweile so Wenige[…]".*

Die Befragten wurden im zweiten Abschnitt des Interviews zu ihren Kenntnissen über Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund befragt. Zunächst stand dabei die regionale Ebene im Mittelpunkt. Auffällig ist, dass alle InterviewpartnerInnen Kenntnisse zu konkreten Vorkommnissen haben, zwei Befragte führen dies allerdings nicht weiter aus. Die drei anderen Interviewten berichten über Schmierereien an jüdischen Friedhöfen und anderen religiösen Einrichtungen. Zwei Personen berichten daneben vom nächtlichen Skandieren rechter Parolen sowie vom Abspielen rechter Musik, führen dies aber beide nicht weiter aus.

Drei der Befragten finden, dass Rechtsextremismus in der Region ein wichtiges Thema sei, wobei eine Person dies noch vor kurzem anders gesehen hätte: *„Wenn Sie mich vor zwei Jahren gefragt hätten, hätte ich gesagt: Nein. Mittlerweile sag ich: Ja. Ja, weil dann doch die Vorfälle da sind und ich merke, wie die Tendenz da ist, sowas nicht ernst zu nehmen. Und von daher denke ich schon, man sollte nicht immer sagen: Ach, naja, das war jetzt nun mal […] ein Dummer-Jungen-Streich, ja, sondern man sollte da genauer hingucken".* Zwei InterviewpartnerInnen bewerten die Situation anders und halten Rechtsextremismus für kein wichtiges Thema in der Region: *„Nein, ist es nicht. Ist kein wichtiges Thema, sind Wenige, die diese Ideologie hier vertreten, verbreiten, man darf es nicht überbewerten, man muss sie ernst nehmen, aber man soll sie auch nicht zu ernst, zu überbewerten - ganz einfach".*

In Bezug auf den bisherigen Umgang mit Rechtsextremismus in der Region betont eine Person, dass sie aufgrund der zahlenmäßig geringen Vorkommnisse keinen Anlass für einen besonderen Umgang damit sehe, sondern sie diese Vorkommnisse vielmehr eher ignoriere. Ein Befragter beschreibt Ignoranz ebenfalls als eine Umgangsform, die er häufig beobachtet, kritisiert diese aber. Zwei InterviewpartnerInnen betonen die Wichtigkeit präventiver Ansätze und loben hier die vielfältige Arbeit, die von der Lokalpolitik getragen wird: *„[…] wie sich die Kommune und auch hier die politisch Verantwortlichen immer wieder dagegen stellen […], ob das dann diverse Demonstrationen sind[…] oder auch in den Schulen dann aufgeklärt wird, das kriegt man schon mit, definitiv, ja. Auch teilweise unabhängig von direkten Vorfällen[…]".* Eine weitere befragte Person hat keinerlei Kenntnisse zum bisherigen Umgang mit Rechtsextremismus auf der regionalen Ebene.

Ein Befragter wünscht sich für den zukünftigen Umgang neben Hilfe von der Polizei und Politik mehr Zivilcourage im Alltag: *„[…] das heißt: die deutsche Bevölkerung, dass die ihre Augen und Ohren mehr öffnet, […] den [Rechtsextremen] auch entsprechende Widerworte gibt, und das machen leider nicht so viele Deutsche".* Zwei Personen loben die bisherige Arbeit gegen rechts, sowohl auf Kreisebene wie auch in ihrer Kommune, und wünschen sich, dass diese fortgeführt wird. Zwei weitere Befragte betonen die Wichtigkeit präventiver Arbeit und fordern eine regelmäßige Sensibilisierung der ansässigen Bevölkerung: *„[…] Es bringt meines Erachtens nichts, wenn große Parolen geschwungen werden von irgendwelchen Bundespolitikern oder Landespolitikern, die sich dann einmal im Jahr blicken lassen und quasi dann auch irgendwie ein Zeichen setzen wollen gegen Rechtsextremismus. Das ist dann nur einmal und das verpufft meines Erachtens dann relativ schnell, was viel wichtiger ist, dass man […] die Menschen vor Ort direkt mitnimmt, dass man die dafür sensibilisiert und auch aufklärt, das ist, glaube ich, viel wichtiger […]".*

Im nächsten Abschnitt der Interviews standen Ereignisse mit rechtsextremem Hintergrund in der Kommune im Fokus. Hier nehmen drei InterviewpartnerInnen erneut auf die schon geschilderten Schmierereien am jüdischen Friedhof und dem Gebäude einer weiteren religiösen Einrichtung Bezug. Einer der Befragten kann sich an keine Vorkommnisse erinnern, ein Interviewpartner hat Kenntnisse, führt diese aber nicht weiter aus.

Vier Personen halten Rechtsextremismus in ihrer Kommune für ein wichtiges Thema. Dabei werden zwei Aspekte betont: Zum einen wird die Bearbeitung des Themas in einer durch Migration geprägten Stadt als außerordentlich wichtig wahrgenommen, auch um Abschottungstendenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen vorzubeugen. Zum anderen wird die bisherige Arbeit der Kommune und der Lokalpolitik gelobt - die Interviewten vermitteln den Eindruck, dass sie davon ausgehen, dass die Kommune sie unterstützen würde, falls es zu rechtsextremen Vorkommnissen kommen sollte. Eine Person hält Rechtsextremismus nicht für ein wichtiges Thema, führt dies aber nicht weiter aus.

In Bezug auf den bisherigen Umgang mit rechtsextremen Vorkommnissen wird zweimal über eine antifaschistische Demonstration berichtet, wobei kritisiert wird, dass diese Demonstration nur von Menschen organisiert wurde, die nicht aus der Kommune stammten. Eine Person berichtet über eine „Lesung gegen Rechts“, die als Reaktion auf eine direkte Bedrohung organisiert wurde. Daneben schildert ein Interviewpartner, dass die Kommune selbst eine Belohnung für Hinweise ausgesetzt habe, um die Polizei bei der Fahndung nach den TäterInnen im Zusammenhang mit den oben genannten Schmierereien zu unterstützen. Zwei der Befragten haben bisher keinen besonderen Maßnahmen wahrgenommen, wobei eine Person das kritisiert, während die andere betont, dass sie auch keinen Anlass dafür sehe. Zwei InterviewpartnerInnen gehen hier erneut lobend auf die präventive Arbeit der Kommune ein: *„Sehr positiv, meines Erachtens. Also die […] [Kommune] versucht […] wirklich massiv und aktiv gegen Rechtsextremismus zu arbeiten und tut alles in ihrer Macht stehende, um Aufklärung zu betreiben - sowohl in Schulen, als auch in der Öffentlichkeit, in der Zeitung und auf diversen Veranstaltungen, ganz klar.“*

Für den weiteren Umgang mit rechtsextremen Vorkommnissen wünschen sich drei Befragte mehr alltägliche Zivilcourage: *„[Ich glaube], dass der Mensch der wichtigste Faktor ist. Es bringt nichts, wenn der Bürgermeister dann einmal im Jahr hier schöne Worte von sich gibt, sondern die Stadt muss versuchen, wirklich den Menschen, jeden einzelnen Bürger, dazu zukriegen, gegen Rechtsextremismus zu arbeiten - das ist meines Erachtens das Wichtigste[…].[Das ist] die größte Unterstützung, die man gegen Rechtsextremismus dann haben kann.“*

Zwei Personen wünschen sich daneben noch mehr Aufklärung: *„ Also, mir ist es ganz wichtig, dass die Leute das als Problem wahrnehmen, dass sie sich auch positionieren und dass diese ‚Ach-ist-alles-nicht-so-wild-Position‘ aufhört; und dass dann ganz speziell Maßnahmen dafür entwickelt werden, für die jeweilige Zielgruppe. Wir sind im Moment noch in der guten Position, dass wir das selber entwickeln können […] es ist immer gut zu wissen, an wen können wir uns wenden, wer hilft uns. Wir wissen natürlich, dass es das Beratungsnetzwerk […]gibt, aber so diese ideelle Unterstützung vom Landkreis, die ist ganz wichtig“.*

Der Interviewabschnitt zu rechtsextremen Vorkommnissen schloss mit persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen. Drei Personen können sich an keine konkrete Situation erinnern, bei der sie persönlich mit Rechtsextremismus konfrontiert waren. Ein Befragter ist zwar bereits mit Rechtsextremismus persönlich konfrontiert worden, führt dies aber nicht weiter aus. Einer der Interviewpartner ist selbst in der religiösen Gemeinde aktiv, die mit rechten Schmierereien angegriffen wurde und sieht sich demzufolge hier als persönlich betroffen an.

Drei der befragten Personen erfahren für sich persönlich Rechtsextremismus nicht als wichtiges Thema, wobei sie dafür unterschiedliche Begründungen anführen. So erläutert der als Gemeindemitglied selbst betroffene Befragte: *„Es war vorher eigentlich kein großes Thema. Seit dem Vorfall ist es ein größeres Thema, aber es beherrscht jetzt nicht meinen Lebensmittelpunkt, einfach aufgrund der Tatsache, dass ich so wenig davon bisher betroffen war und ich auch felsenfest davon überzeugt bin, dass es eine ganz kleine Minderheit*

ist, die rechtsextremes Gedankengut auch beherbergt. Und ich glaube, man müsste auch noch mehr dafür tun, vielleicht müsste ich mich auch selbst noch mehr dafür einsetzen, aber aktuell ist das für mich kein großes Thema". Ein Befragter empfindet Rechtsextremismus auch auf der persönlichen Ebene als wichtiges Thema, ohne weitere Erläuterungen zu geben. Eine weitere Person betont, dass für sie ganz persönlich und als Mensch mit Migrationshintergrund das Thema nicht wichtig sei, da sie selbst noch nie von Rechtsextremismus betroffen gewesen sei, macht aber gleichzeitig deutlich, dass sie das Thema auf gesamtgesellschaftlicher Ebene für ein sehr wichtiges hält.

Zwei der InterviewpartnerInnen können aufgrund von eigenen Erlebnissen über ihren bisherigen Umgang mit rechtsextremen Äußerungen und Handlungen berichten. Ein Befragter beschreibt, dass er versuche, mit Personen, die rechtsextreme Positionen vertreten, ins Gespräch zu kommen, und damit bisher auch gute Erfahrungen gemacht habe. Der Interviewpartner, der in der von Schmierereien betroffenen Gemeinde engagiert ist, beschreibt die mit der Tat verbundene Ausgrenzungserfahrung und ihre Folgen: *„Das war ein sehr komisches Gefühl, […] es kommt zumindest […] unbewusst kommt das hoch. Vorher hat man immer gedacht, das ist etwas ganz Fremdes, das gibt es zwar irgendwo, aber man wird nie davon betroffen sein, und man kennt seine Region, man kennt seine Leute, man kennt seine Nachbarn, und die denken doch eigentlich nicht so, und man fühlt sich eigentlich integriert, und man fühlt sich eigentlich auch akzeptiert. Und wenn man dann von so etwas betroffen ist, dann fängt man an, an dem Ganzen, was man sich irgendwo aufgebaut hat, im Kopf zu zweifeln: Es ist vielleicht doch nicht so, wollen die mich vielleicht gar nicht, werde ich jemals überhaupt hier ankommen, werde ich jemals akzeptiert sein, trotz meiner Ausbildung, trotz meines Berufes, trotz meiner ganzen Kontakte und Freunde, wie wird es sein? Und das ist so ein einschneidendes Erlebnis"*.

Die InterviewpartnerInnen, die sich an keine konkreten Vorfälle erinnern konnten, wurden gebeten zu beschreiben, wie sie vermutlich mit solchen Vorfällen umgehen würden. Ein Befragter würde die Polizei rufen, eine Person würde versuchen, mit den Rechten ins Gespräch zu kommen, zwei InterviewpartnerInnen können das nicht allgemein beantworten, weil sie die Entscheidung situativ treffen würden, wobei eine dazu tendiert, die Situation „im Stillen" zu lösen: *„Ich finde, Ziel dieser rechtsextremistischen Gruppierung ist ja, in der Presse zu stehen […], für die Öffentlichkeit interessant zu sein, und diese Plattform möchte ich denen nicht geben. Ich möchte die ja auch in der Tagespresse nicht drin haben, das würde ich eher im Stillen und Leisen abbacken, in welcher Form auch immer; aber das wäre situationsbezogen"*.

Abschließend wurden die Interviewten erneut nach ihren Wünschen und nach Unterstützungsbedarfen gefragt. Zwei der Befragten äußerten keine weiteren Wünsche, da sie die AnsprechpartnerInnen bei der Kommune, beim Landkreis und beim beratungsNetzwerk hessen kennen und diese auch einbeziehen würden, wenn sie Hilfe bräuchten. Eine Person wünscht sich noch mehr Vernetzung zwischen Menschen mit verschiedenen Hintergründen: *„Also ich würde mir wünschen, dass man mehr öffentliche Diskussionsabende, Veranstaltungen macht, mit MigrantInnen und Deutschen zusammen, dass die sich gegenseitig entsprechende Vorwürfe wie auch positive Sachen schildern und so die Missverständnisse hier aus dem Weg räumen - und so kommt man eigentlich mehr zusammen und das ist auch Integration in meinen Augen. Gemeinsam dagegen kämpfen und nicht einzeln"*. Ein Befragter betont, dass es wichtig sei, dass der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin und damit eine bedeutende lokale Persönlichkeit eine Unterstützungsfunktion wahrnehme. Bei konkreten Bedrohungssituationen wünscht er sich außerdem ein schnelles Handeln durch die Polizei. Ein Interviewpartner betont die Rolle der Öffentlichkeit: *„Ich glaube, wenn ich wirklich massiv und aktiv dagegen arbeiten würde […], wäre für mich wahrscheinlich auch die Öffentlichkeit das wichtigste Medium, um gegen Rechtsextremismus zu arbeiten, also auch die ganzen Medien, wie Fernsehanstalten und Zeitungen, dass man dann Vorfälle noch stärker druckt, noch stärker publiziert, noch stärker kundtut und dass es noch stärker in die Schulen getragen wird, wobei das ohnehin schon eigentlich ein großes Thema ist, in den Schulen.[…]"*.

Im letzten inhaltlichen Abschnitt des Interviews wurde gefragt, welche Bedingungen und Entwicklungen es forcieren würden, dass Rechtsextremismus als Problem in fünf Jahren in der Kommune eine größere Rolle spielte als zum aktuellen Erhebungszeitpunkt.

Hier wird von den InterviewpartnerInnen auf steigende Vorfallszahlen und auf eine Veränderung des politischen Klimas in der Kommune verwiesen sowie auf die Bedeutung des Zusammenlebens in einer Migrationsgesellschaft: *„Dass eben die Intoleranz […] noch größer wird, […]also, ich meine jetzt die verschiedenen kulturellen Gruppen, die hier zusammenleben, dass die sich noch alle mehr zurückziehen und nichts voneinander wissen, […] dann würde die Kluft zwischen den einzelnen Gruppen noch größer und dann natürlich auch der Neid und der Fremdenhass größer“*.

Das Interview schloss mit der Frage danach, ob noch etwas offen geblieben sei. Drei der Befragten nutzten diese Frage dafür, ihnen besonders wichtige Aspekte anzusprechen. So wird einmal die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus an Schulen gelobt und die hohe Bedeutung dieser präventiven Aufklärung betont. Eine weitere interviewte Person spricht den Aspekt der strukturellen Diskriminierung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen an: *„Und da fängt bei mir auch eigentlich schon der Rechtsextremismus an: Wenn man ein Kind mit Migrationshintergrund benachteiligt, obwohl es dieselben Schulzeugnisse hat oder Noten hat, es aber in die Realschule kommt, und ein deutsches Kind mit gleichen Noten in ein Gymnasialfach reinkommt. Das ist für mich auch eine Demütigung, ein Rechtsextremismus, indem man zwei Klassenschichten fährt, und das ist sehr, sehr wichtig in meinen Augen und da sollte man auch gegen kämpfen […]“*. Ein Interviewpartner stellt noch einmal klar, warum Rechtsextremismus für ihn kein zentrales Thema ist: *„Wir leben hier, obwohl wir so eine große Ausländerkommune auch haben, gut miteinander und es läuft problemlos ab momentan, da bin ich eigentlich stolz darauf. Deswegen möchte ich mich am liebsten eigentlich gar nicht damit befassen und muss es auch momentan noch nicht, das muss ich auch so klar sagen, weil wir eben schon seit Jahrzehnten so viel machen hier in A, um dem eigentlich vorzubeugen. Aber man kann diese Ereignisse, wenn ich das jetzt hochspiele, nicht ausschließen. Auch durch alle präventiven Maßnahmen, die wir bereits getroffen haben, ist das ja gar nicht abzufangen. Ja, und dessen bin ich mir bewusst, und deswegen spiele ich das auch nicht so hoch.“*

2.2 Kommune B

Kurzporträt Kommune B

Kommune B setzt sich ebenfalls aus einer Stadt und mehreren Ortsteilen zusammen und liegt in einer ländlichen Region. Die Kommune hat insgesamt etwas über 4.000 EinwohnerInnen, wovon mehr als die Hälfte in der Kernstadt lebt. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung beträgt rund 2%, in der Kommune leben Menschen aus ca. 40 verschiedenen Nationen. Die Kommune ist wirtschaftlich geprägt durch mittelständische Unternehmen, Handwerk- und Dienstleistungsbetriebe. Durch verschiedene Lebensmittelgeschäfte ist die Nahversorgung gewährleistet. Einige Kilometer entfernt besteht Anschluss an eine Autobahn. Es gibt mehrere Bürgerhäuser und Jugendräume. Herausragend ist die hohe Anzahl aktiver Vereine, viele BewohnerInnen sind in mehr als einem Verein aktiv.

Die Befragten beschreiben die Stimmung in ihrer Kommune sehr unterschiedlich. Zwei Personen nehmen die Kommune als offen und vor allem die Bevölkerung als aktiv wahr und beziehen sich dabei u.a. auf das rege Vereinsleben. Zwei weitere InterviewpartnerInnen beschreiben die Kommune als eher dörflich, womit eine der befragten Personen verbindet, dass viele Menschen schon sehr lange in der Kommune lebten und selten dazu kämen, *„über den eigenen Tellerrand zu schauen“*. Ein anderer Befragter schildert, dass er das Gefühl habe, dass alle *„mehr ihr eigenes Ding machen“* und der Gemeinschaftssinn nicht so stark ausgeprägt sei. Daneben gehen einige Befragte auf infrastrukturelle Aspekte ein, wie das eher geringe Arbeitsplatzangebot; betont wird aber auch, dass es in der Kommune mehrere Jugendräume gibt.

Die politische Stimmung bezeichnen zwei der Befragten als eher konservativ: *„Also mein Eindruck ist schon mehr so, dass eher konservativere Meinungen vorherrschen. Bei Rechtsextremismus will man es nicht so ganz wahr haben und das lieber nicht so laut betonen, aber man weiß schon: ‚Oh, hier und da ist was‘“*. Demgegenüber betont eine interviewte Person, dass die Kommune in Bezug auf

Rechtsextremismus bemüht sei, das Problem „in den Griff zu bekommen“. Mehrere Befragte beziehen sich auf die Parteienlandschaft in der Kommune, wobei zwei InterviewpartnerInnen die Zusammenarbeit der Parteien thematisieren, die weniger von Parteipolitik geprägt sei, sondern sich vielmehr danach richte, was für die Kommune am Besten sei.

Auf die Frage nach für die Kommune typischen Geschichten können zwei der Befragten keine Antwort geben. Dass die Ortsteile sich gelegentlich in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zueinander sähen, berichtet einer der Befragten. Eine Person empfindet die Menschen eher als verschlossen, ein Anderer berichtet, dass viele BewohnerInnen eines Ortsteils begeisterte AnhängerInnen eines erfolgreichen, lokalen Sportteams seien. Eine Person beschreibt im Kontext von typischen Geschichten, dass Rechtsextremismus ein wiederkehrendes Problem in der Kommune sei. Ein anderer Befragter bezieht sich auf das Verschweigen der NS-Zeit: *„Über die Zeit der 12 Jahre, von 1933 bis 1945, wird eigentlich gar nichts erzählt. War auch auffällig, weil […] wir hatten hier 750-Jahr-Feier, da […] wurde] eine Denkschrift gemacht und da wurde das ganz einfach ausgeklammert, als wenn die nicht passiert wäre. Auch von Leuten, die eigentlich damals noch gar nicht geboren waren oder noch sehr jung waren. Also, ich hätte mir gewünscht, dass das auch dann erwähnt wird, und ich weiß ja, dass hier auch Zwangsarbeiter, ein paar, tätig waren, bei Bauern oder so […]“*.

Auch die Befragten aus Kommune B wurden im zweiten Abschnitt des Interviews zu ihren Kenntnissen über Vorkommnisse mit einem rechtsextremen Hintergrund befragt. Zunächst stand dabei die regionale Ebene im Mittelpunkt. Erwähnt werden die bereits in Kommune A thematisierten Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen und es wird über Aufkleber mit rechtsextremen Inhalten berichtet. Thematisiert werden weiterhin eine Demonstration der NPD in Gießen im Jahr 2011, wiederkehrende Schlägereien auf Kirmes-Veranstaltungen, an denen Rechtsextreme beteiligt waren, und einige rechtsextreme Strukturen in der Region, wie z.B. die Autonomen Nationalisten in Wetzlar. Angesprochen werden auch Drohungen durch Rechtsextreme gegenüber Menschen, die nicht in ihr Weltbild passten, wie z.B. MigrantInnen oder politische GegnerInnen. Außerdem wird von rechten Jugendlichen, die in den Jugendräumen rechte Musik abspielten, berichtet.

Vier der Befragten halten Rechtsextremismus in der Region für ein wichtiges Thema, wobei drei annehmen, dass das die Mehrheit der Bevölkerung eher anders sieht: *„Natürlich ist das ein wichtiges Thema, nur ich denke, für einen großen Prozentsatz der Leute ist es kein wichtiges Thema. Also ich habe ja im Zusammenhang mit diesen ganzen letzten Vorkommnissen mit vielen Leuten gesprochen, und die wollten das eigentlich gar nicht, dass das in die Presse kommt. Die wollen das eher totschweigen, weil sie Angst haben, die Region kommt in Verruf“*. Zwei der Befragten empfinden das Thema auf der regionalen Ebene als nicht so wichtig: *„Wenn man die Region jetzt beurteilen müsste, abgesehen von Kommune B und einer weiteren, würde ich mit ‚Nein‘ antworten. Es gibt natürlich viele Burschenschaften in Gießen, auch von ein paar Kameradschaften hab ich gehört, trotzdem würde ich jetzt nicht sagen, dass man da tagtäglich in Gießen mit zu tun hat, oder in den anderen Kommunen“*.

Auf die Frage, wie mit solchen Vorfällen ihrer Einschätzung nach bisher umgegangen wurde, beschreiben drei Befragte ein Verhalten, das durch Relativierung bis hin zu Ignoranz charakterisiert ist: *„Also, in der Region liest man das ja immer nur dann in der Zeitung, also man bekommt eigentlich auch nur dann Auskunft, wenn man so ein bisschen nachforscht. […] Ich bin mir nicht mal sicher, ob in großen Teilen der Kommune das als so schlimm angesehen wird. Das ist mein Eindruck, dass teilweise Leute da auch durchaus dafür sind, das aber nicht sagen würden. Ich denke, es wird eher toleriert“*. Vier Personen berichten darüber, dass die Polizei nach Vorkommnissen eingeschaltet wurde. Ein Interviewpartner spricht die Gegenproteste zur oben genannten NPD-Demonstration in Gießen an, eine anderer Befragter hat keine Kenntnisse über den bisherigen Umgang mit rechtsextremen Umtrieben auf der Kreisebene und eine Person glaubt, dass der richtige Umgang in der kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextreme Einstellungen bestehe.

In Bezug auf die Frage nach Unterstützung und gewünschten Hilfen fordert ein Befragter, dass künftig agiert und nicht nur mehr reagiert werden sollte: *„Man wird nur aktiv, wenn was da ist. Nehmen wir die Geschichte in Kassel mit dem NSU. Ja, das war bekannt, aber man war nie aktiv. Aber […] als die Sache wieder publik*

wurde, dann versucht auf einmal jeder das und das und das – aber es ist zu spät“. Einer der Befragten spricht sich dagegen aus, dass die Vorfälle in die Presse gebracht werden und plädiert dafür, die eigenen Kenntnisse der Polizei mitzuteilen und diese dann ihre Arbeit machen zu lassen. Drei der Befragten wünschen sich mehr alltägliche Zivilcourage: *„Also ich würde mir zumindest wünschen, dass die politischen Akteure, aber dann auch weiter die Vereine bis hin zum Stammtisch, die Thematik durchaus aufgreifen und deutlich Stellung beziehen, wie sie dazu stehen, und dass das gesellschaftlich eigentlich nicht gewünscht ist. Das wäre, glaube ich, das Beste, was man erreichen kann, dass man solchen Leuten, die sowas machen oder die solches Gedankengut haben, den Boden entzieht und auch ganz klar sagt: ‚Hier bei uns könnt ihr das nicht machen‘. Sei es eine Sportveranstaltung, was auch vorgekommen ist, wo ein Team T-Shirts anhatte mit rechtsradikalem Aufdruck, dass so Leute zum Beispiel nicht mitspielen dürfen, oder dass dann verlangt wird, dass das ausgezogen wird oder dass die sich umziehen, so Sachen, das, finde ich, kann man schon verlangen. […] Braucht aber eine breite gesellschaftliche Unterstützung“*.

Für sinnvoll gehalten werden außerdem Gegenproteste zu Veranstaltungen der RechtsextremistInnen, aber auch mehr präventive Veranstaltungen (z.B. Informationsveranstaltungen oder multikulturelle Feste). Eine Person hat keinen Bedarf nach weiterer Unterstützung: *„Also es wurde ja schon viel gemacht. Es gab hier einen Tag, also einen Fachvortrag zum Thema Rechtsextremismus, der auch sehr gut besucht war. Es gab Veranstaltungen vom Jugendbildungswerk, von der Stadt Gießen, vom Landkreis, es gab einen Runden Tisch gegen Rechts, wo auch die Nachbarkommunen mit einbezogen waren. Also ich denke, das hat alles schon recht viel gebracht, und auch dieser Runde Tisch, der wurde zum Beispiel eingestellt, weil irgendwann kein Bedarf mehr gesehen wurde oder es keine Vorkommnisse mehr gab“*.

Auf der Ebene ihrer Kommune können alle Befragten über Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund berichten. So berichten alle sieben Personen über das Verkleben von Aufklebern bzw. so genannten ‚Spuckis‘. Erwähnt werden außerdem die schon geschilderten Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen, eine weitere Hakenkreuzschmiererei und das Aufhängen eines großen Transparentes. Eine Person mit Migrationserfahrung hatte außerdem zweimal einen Aufkleber auf ihrer Post, mit dem sie dazu aufgefordert wurde, ‚nach Hause‘ zurückzukehren, da sie nur als Gast willkommen sei. Teilweise wurde das Verkleben der ‚Spuckis‘ durch Rechtsextreme mit Drohungen gegen konkrete Personen verknüpft. Über ähnliche Drohungen, z.B. im Rahmen nächtlicher Telefonanrufe oder durch nächtliches Klingeln an der Haustür, berichten auch zwei weitere Personen. Eine der befragten Personen schildert, wie es ihr nach der gegen sie gerichteten Drohung ging: *„[…] das hat mich natürlich erstmal TOTAL eingeschüchtert und ich habe mich auch erstmal nicht so getraut, weiterzumachen. Ich dachte mir: ‚Oh Gott, wenn ich jetzt irgendwie weiterhin das mache, nachher fackeln die unser Haus an oder was weiß ich’. Also, ich habe es als eine ziemlich offene Drohung empfunden und mich hat es auch schockiert, wie (..) mutig die sind und wie sicher die sich fühlen, dass die da öffentlich rumlaufen können und dann auch noch Parolen brüllen und da keiner was gegen sagt, das hat mich einfach nochmal mehr wachgerüttelt“*.

Die Drohungen gingen zudem auch in aktive Gewalt über, als die Haustür eines Anwohners eingetreten wurde. Daneben wird über Kirmesschlägereien berichtet sowie über eine Messerstecherei, an der Rechtsextreme beteiligt gewesen sein sollen. Zwei Befragte berichten, dass ihnen mehrere lokale rechtsextreme Strukturen bekannt sind. Dabei handelt es sich sowohl um einen lokalen Ableger der so genannten Identitären Bewegung[3], um Strukturen, die den Freien Kräften[4] zugeordnet werden können sowie um NPD- bzw. JN-Strukturen[5]. Diese sind vor allem virtuell präsent, teilweise werden sie auch durch Flugblätter, Zeitschriften oder Aufkleber sichtbar. Daneben berichtet ein Befragter über einen Stammtisch, der vor einigen Jahren als Anlaufpunkt der rechten Szene gedient habe. Außerdem wird über einen weiteren Treffpunkt der Rechtsext-

[3] Die „Identitäre Bewegung“ ist eine relativ neue Organisationsform, die rechtspopulistische Inhalte vertritt. Sie ist bisher vor allem im virtuellen Raum präsent.

[4] Bei den „Freien Kräften“ handelt es sich um eine, inhaltlich meist am Neonazismus orientierte, Organisationsform, die sich unabhängig von Parteistrukturen organisiert.

[5] Die Abkürzung JN steht für „Junge Nationaldemokraten“. Bei den „Jungen Nationaldemokraten“ handelt es sich um die offizielle Jugendorganisation der NPD.

remen berichtet, der sich aber in Privatbesitz zu befinden scheint. Auch in den Jugendräumen waren rechte Jugendliche in der Vergangenheit präsent, diese fielen dort durch das Tragen einschlägiger Szenekleidung sowie das Abspielen rechter Musik auf. Rechte Musik und Kleidung sind drei Personen auch bei Dorffesten oder sportlichen Events aufgefallen. Weiter berichtet ein Befragter über das Verteilen der so genannten Schulhof-CD[6]. Ein Interviewpartner betont die verbreiteten Vorurteile in der „Mitte der Gesellschaft“: *„Ich finde […] man kann in der Gesellschaft, auch in der älteren Generation, durchaus rechtsextreme Tendenzen feststellen […]. Sei es nur die ausländische Familie, die in ein Lokal kommt, die komisch beäugt wird, man merkt den Unterschied im Blick […]. Oder dass dann getuschelt wird oder dass solche Leute isoliert werden […]. Also ich würde B nicht unbedingt als besonders weltoffen und tolerant bezeichnen. […] Also, es gibt natürlich auch weltoffene und tolerante Bürger in B, das ist ganz klar, aber ich denke, die anderen brauchen noch ein paar Jahre, um so ein bisschen offener zu werden“*.

Sechs der Befragten halten Rechtsextremismus in ihrer Kommune für ein wichtiges Thema. Zwei Personen sind sich aber nicht sicher, ob das die Mehrheit in der Kommune auch so sieht. Die Bejahung der Wichtigkeit des Themas verknüpfen zwei der InterviewpartnerInnen mit der Bedeutung des politischen Klimas innerhalb einer Familie: *„Ich glaube nicht, dass das alles nur von Kindern und Jugendlichen kommt. Wir haben schon mit vielen Eltern gesprochen, wo man so ein bisschen raushören konnte, dass da so eine latente „Stammtisch-Rechtsextremismusebene“ geboten ist. Oder ganz banale Sprüche, die uns dann auch mal entgegnet werden: ‚Ja, die Türken nehmen uns aber auch die Arbeitsplätze weg‘, also man hat schon wirklich das Gefühl, dass das von Generation zu Generation auch weitervermittelt wird“*. Ein Befragter betont, dass das Thema vor einigen Jahren wichtig in der Kommune gewesen sei, als eine sehr präsente rechte Jugendkultur sich auch in den Jugendräumen deutlich bemerkbar gemacht habe. Zum Zeitpunkt des Interviews (Oktober 2012) schätzt er die Situation anders ein: *„Ja, aber in B ist seit dieser Zeit eigentlich so ziemlich das alles abgeebbt. Wahrscheinlich auch dieser eine führende Kopf, der ist wohl nach X gezogen, der eine von denen ist Familienvater geworden oder hat jetzt schon Kinder, und seitdem treten die nicht mehr in Erscheinung. Haben anscheinend auch keine Anziehungskraft mehr“*[7].

Gefragt wurde weiterhin, wie auf der kommunalen Ebene bisher mit Vorfällen wie den oben geschilderten umgegangen wurde. Zwei Personen berichten, dass sie entweder selbst Aufkleber entfernt hätten oder diese von MitarbeiterInnen der Kommune entfernt worden seien. Erwähnt wird auch, dass die Vorfälle öffentlich gemacht wurden: *„Es gab natürlich Presseveröffentlichungen von verschiedenen Parteien. Ich denke, am Anfang wollte man das vielleicht nicht ganz so hoch hängen. Aber jetzt mittlerweile kann man es einfach nicht mehr ignorieren, es hat sich ja nicht gebessert, es ist sogar eskaliert, und das kann man einfach nicht mehr nur mit Polizei bearbeiten. Ich denke, da sollte man schon die Bevölkerung informieren, sensibilisieren.* „Ein Befragter berichtet von einer früheren pädagogischen Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen: *„Also grundsätzlich […] wurden die Jugendlichen erstmal so akzeptiert, wie sie sind, halt natürlich OHNE, dass sie die Musik spielen durften oder ohne dass sie ihre politische Meinung hier […] vertreten durften. […] Es wurde natürlich unterbunden, wenn die irgendwas geäußert haben, was ihre politische Meinung betrifft, offene Diskussion JA, und es muss eben immer ein Gegenpol geschaffen werden zu der teilweise doch recht seltsamen Vorstellung. Aber eigentlich wurden sie schon zum großen Teil akzeptiert […]und das Team, das waren vielleicht acht Leute und davon zwei, die diese Gesinnung hatten, von daher (lachen) haben die da auch gelernt, was Demokratie bedeutet“*.

Drei Befragte berichten über die Gründung eines Runden Tisches oder über andere Formen von Bündnissen und Vernetzungen, die als Reaktion auf die zunehmenden rechten Aktivitäten entstanden seien. Eine Person schildert, dass es auch Menschen gebe, die versuchten, mit den RechtsextremistInnen ins Gespräch zu kommen. Sie schildert daneben aber auch, dass sie über ihre eigenen Erfahrungen mit RechtsextremistInnen zunächst mit keiner ‚offiziellen‘ Person gesprochen habe und berichtet über die Reaktionen, als sie es dann

[6] Eine CD mit rechter Musik, die die JN sowie die NPD bundesweit zur Nachwuchsanwerbung nutzen.
[7] Diese Einschätzung wird dabei nicht von allen InterviewpartnerInnen geteilt, was auch im nächsten Zitat deutlich wird, das sich auf den Umgang mit rechtsextremen Vorkommnissen bezieht.

doch getan habe: *„Und dann waren die alle ganz schockiert, und ich sollte das doch gleich erzählen, und ich wäre doch da nicht alleine, aber ich hatte halt vorher den Eindruck, als würde das nicht wirklich jemanden interessieren“*. Drei der InterviewpartnerInnen berichten, dass bei verschiedenen Anlässen die Polizei gerufen und die Bevölkerung aufgerufen worden sei, Vorkommnisse an die Stadtverwaltung zu melden. Dies habe aber zu keinerlei Meldungen geführt, was eine befragte Person wie folgt interpretiert: *„Also ich denke mal eher nicht, aus dem einfachen Grund, es ist eine überschaubare Kommune, und da wird sich jeder, der keinen Arsch in der Hose hat, der wird einen Teufel tun und wird sich da vorne hinstellen und sagen ‚Ich habe was gesehen‘, ja? Das ist in der Stadt anders, da ist die Anonymität größer, denn der muss dann damit rechnen, dass er möglicherweise in einem Strafverfahren als Zeuge benannt wird und spätestens dann hat man einen Feind. Das ist auf der einen Seite verständlich, aber auf der anderen Seite auch schade, dass das eben so ist, aber damit spielen die Leute auch, die entsprechenden. Die wissen das natürlich ganz genau. Die agieren meistens nachts, da ist auf dem Ort sowieso nicht allzu viel los[...]. Also, die machen das schon so, dass sie weniger auffallen, und das geht ja auch unheimlich schnell, die Spuckis werden zack, zack, zack, zack, zack angeklebt und, wie gesagt, die Leute, die sich ganz offen dagegen positionieren […], die bekommen dann auch ihre entsprechenden Anrufe nachts und so wird halt agiert“*.

Drei Befragte schildern außerdem, dass sie eher erlebten, dass die Vorfälle verharmlost bzw. relativiert würden, *„[…]und sich kein Mensch darum gekümmert hat, auch ehemalige Magistratsmitglieder nicht, die dort […] wohnhaft sind, und dass man das einfach so hingenommen hat. Aber das ist auf der örtlichen Ebene weit verbreitet: ‚Das sind dumme Buben‘ oder man wiegelt das ab, aber das ist ein großer Fehler, man muss da sofort dagegen steuern“*. Vier Personen berichten schließlich noch von Veranstaltungen, bei denen die Aufklärung im Vordergrund stand, z.B. Projekttage in Schulen, eine öffentliche Veranstaltung, bei der die aktuelle Situation thematisiert wurde, sowie Projekte in den Sportvereinen.

Welchen Bedarf an Unterstützung sehen die Befragten, welche Wünsche für den künftigen Umgang mit rechtsextremen Vorkommnissenäußern sie in Bezug auf die kommunale Ebene im Frühjahr 2013? Zwei der Befragten knüpfen an die Einberufung eines Runden Tisches an, die zum Zeitpunkt der Interviews erfolgte, und plädieren für breite Bündnisse, wobei eine der befragten Personen die bisherige Zusammensetzung kritisiert: *„An sich finde ich es eine richtig gute Idee, aber das ist nur irgendwie nur für einen Verein offen gelegt und für Parteien. Wo können sich da jetzt die Bürger wiederfinden? Ich weiß nicht ganz, was der Background davon ist, vielleicht haben sie Angst, dass sich Nazis mit einschleusen. Aber ich würde mich da gerne mit einschalten, und so fühle ich mich dem verwehrt“*. Die gleiche Person wünscht sich außerdem, dass sich möglichst viele Menschen offen gegen Rechtsextremismus positionierten, etwa indem sie Plakate gegen Rechtsextremismus in ihre Fenster hängten.

Ein Interviewpartner wünscht sich mehr Engagement von der Polizei und der Justiz und möchte zukünftig wissen, welche Konsequenzen seine Hinweise auf rechtsextreme Umtriebe haben. Eine anderer Befragter problematisiert in diesem Kontext den Umgang mit ZeugInnen (z.B. die namentliche Nennung in Akten, die auch die TäterInnen lesen können), der dazu führe, dass sich kaum jemand traue, Anzeige zu erstatten, und wünscht sich hier praktikable Lösungsansätze. Drei Personen wünschen sich mehr Zivilcourage im Alltag: *„Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Leute, die sowas in B machen, unbekannt sind. Also, es wird sicher in den Familien bekannt sein oder im Freundeskreis bekannt sein, und ich würde mir wünschen, dass man das vielleicht nicht an die große Glocke hängt, dass man sagt ‚Der und der ist das‘, sondern dass man dann auch im Kleinen versucht, zu intervenieren. Das wäre auch schon ein Erfolg, dass die Familie sich dem Thema auch annimmt und es nicht einfach duldet“*.

Ein Befragter findet die bisherige Thematisierung im Rahmen einer Veranstaltung ausreichend. Zwei InterviewpartnerInnen sehen in der inhaltlichen Aufklärung und präventiven Arbeit den zentralen Ansatzpunkt und wünschen sich, dass die Kommune und der Landkreis ihre Arbeit auf dieser Ebene fortsetzen. Eine Person wünscht sich, *„dass man schneller und zielorientierter reagiert. Also, ich weiß [‚dass] ein Flugblatt in D rausgegeben [wurde], bis das mal rauskam, dass dieses Flugblatt irgendwie in der Kommune ausgeteilt wurde, waren es schon wieder sechs Wochen später und es wurde bis heute eigentlich nicht richtig darauf*

reagiert. Also, jetzt gehört D natürlich nicht wirklich dazu, aber es wurden wohl auch einige Flugblätter von denen in B verteilt. Also ich habe immer so ein bisschen das Gefühl, man hat auch so ein bisschen Angst, voreilig zu reagieren, weil man Angst hat, das rechtfertigen zu müssen, vor der Bevölkerung, in der Kommune“.

Der Interviewabschnitt zu den Kenntnissen von Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund schließt mit der Fokussierung auf die Ebene persönlicher Erlebnisse. Ein Befragter berichtet, dass er sich selbst als Teenie im Umfeld einer rechtsaffinen Jugendclique bewegt habe: *„Zu unserer Zeit gab es eigentlich auch nichts, da hat man sich dann auch an der Bushaltestelle getroffen oder im Jugendzentrum, und da waren auch deutliche rechtsradikale Tendenzen zu erkennen. Ich würde mich da auch im jungen Alter gar nicht ausnehmen, ich war da auch, ich will jetzt nicht sagen, mit dabei, aber ich war bei den Leuten dabei. Das war normal, also man hat sich da auch nicht so kritisch mit auseinandergesetzt, aber es wurde auch recht schnell deutlich, wo die Reise hingeht, und dann habe ich mich da natürlich auch distanziert. Aber ich denke, das sind die Anfänge, und ich glaube, ein ganzer Schwung bleibt dann auch dabei“.*

Von Vorfällen, die sich eher in ihrer Jugendzeit abspielten, berichtet eine weitere Person: *„Also, man hat gerade in den Neunzigern, wo ich noch zur Schule gegangen bin, immer viel gesehen, auch im Seltersweg, dass mal irgendjemand rumgepöbelt hat. Aber so direkt wüsste ich jetzt nicht, dass ich das wirklich mitbekommen hätte“.* Eine Person berichtet, dass sie es immer schockiere, wenn sie Naziaufmärsche miterleben müsse. Einem Befragten fallen keine Vorfälle auf der persönlichen Ebene ein. Drei InterviewpartnerInnen berichten über Drohungen, denen sie ausgesetzt waren, zwei aufgrund ihres Engagements gegen Rechtsextremismus, eine aufgrund ihres Migrationshintergrunds. Diese Person berichtet auch darüber, dass sie ansonsten eher bei Behördengängen Diskriminierung erlebt. Zwei weitere Befragte wurden bisher noch nicht bedroht, rechnen aber damit, dass dies aufgrund ihrer offenen Positionierung gegen Rechtsextremismus früher oder später der Fall sein wird: *„Aber gerechnet habe ich schon damit oder rechne immer noch damit, dass hier irgendwann an unserem Haus irgendetwas passiert oder so, weil wie gesagt, bei [Anderen] passiert das ja auch schon fast ein Jahr ständig. Also ich denke, wenn man sich da exponiert oder so, dann läuft man schon Gefahr, dass irgendetwas passiert“.*

Auf die Frage hin, ob Rechtsextremismus für sie persönlich ein wichtiges Thema sei, antworten sechs der sieben Befragten mit Ja. Die Begründungen dafür sind sehr unterschiedlich und reichen von dem Wunsch, dass die eigenen Kinder nicht damit konfrontiert werden sollten oder die Angst, dass schon ein Rechtsextremer viele Jugendliche an sich binden kann über die Eigenverortung als AntifaschistIn, die Betonung der Bedeutung des Themas im Kontext einer Migrationsgesellschaft bis hin zu historischen Begründungen: *„Ja, ganz wichtig. Schon ganz lange habe ich mich viel mit dem ‚Dritten Reich‘ beschäftigt und mir ist es einfach immer noch unerklärlich, wie das passieren konnte. Ich meine, meine Eltern sind da ja auch schon im jugendlichen Alter gewesen. [..]. Letztes Jahr […] war ja in B so ein Gedenktag, [..] da sind die Juden aus B abtransportiert worden, das war für mich ganz gräuslich, weil ich denke mir, das muss die Bevölkerung ja gesehen haben, wenn da 30 Leute auf einen Lastwagen verladen werden und keiner fragt nach ‚Was passiert mit denen?‘ Also, finde ich jetzt ganz seltsam. Aber gut, wir sind 80 Jahre weiter, aber mich beschäftigt das eigentlich immer“.* Nur eine Person ist sich nicht so sicher, ob sie das Thema wichtig findet: *„Ich finde das ganz interessant, wie sich das weiterentwickelt, aber ich bin nicht hundertprozentig davon überzeugt, dass es das WICHTIGSTE Thema im Moment ist. Weil, wie gesagt, von meinem kleinen Ausschnitt her sind die echt rückläufig, die Zahlen von rechten Jugendlichen“.*

In Bezug auf ihr persönliches Verhalten, wenn sie persönlich mit Rechtsextremismus konfrontiert waren, berichten zwei Befragte, dass sie in ihrem Umfeld mit anderen Menschen gesprochen und sich vernetzt hätten. Einem Interviewpartner wurde dabei empfohlen, sich an die Polizei zu wenden. Zwei Personen schildern, wie sie nach konkreten Bedrohungen zunächst ängstlich und eingeschüchtert waren, sich aber entschieden haben, dennoch weiter öffentlich Stellung zu beziehen: *„[…]dann, wenn die Familie bedroht ist, also natürlich nicht offiziell bedroht ist, aber wenn sowas im Raum steht, macht man sich solche Gedanken schon. Da überlegt man sich dann, ist es richtig, da noch weiter drin rumzustochern und zu rühren oder ist man dann*

doch besser mal ruhig? Meine […] Familie hätte es, glaube ich, gerne gehabt, dass wir ein bisschen ruhiger an die Sache herangehen, aber ich bin eigentlich auch nicht bereit, mir das gefallen zu lassen". Daneben berichtet eine Person, dass sie eher das Gespräch mit den Rechtsextremen suche: *„(...) Ich versuche immer, wenn derjenige gesprächsbereit ist, unterhalte ich mich mit ihm, versuche immer, das Gegenteil zu zeigen, was er empfindet. Aber wenn ich sehe, es lohnt sich gar nicht, mit ihm zu reden, dann einfach da raus und dann bin ich weg"*. Drei der Befragten waren noch nicht persönlich mit Rechtsextremismus konfrontiert und können sich daher nur dazu äußern, wie sie wahrscheinlich reagieren würden: Zwei Personen würden die Polizei rufen, wobei eine dabei Bedenken hat: *„Je nachdem, ob man was machen kann. Also ich finde, man sollte sich natürlich selber nie in Gefahr bringen; würde ich schon einschreiten oder zumindest die Polizei rufen. Also, in der Regel, mittlerweile sind die [Rechtsextremen] ja so fortgebildet, dass die ja wissen, was sie machen dürfen, was sie nicht machen dürfen. Also ‚Spuckis' irgendwo hin kleben ist in der Regel nicht verboten und wenn, dann ist es nur eine Ordnungswidrigkeit, aber wenn ich was beobachten würde, wo ich sagen würde: ‚Ok, da könnte die Polizei jetzt auch einschreiten', würde ich sie sofort rufen"*. Ein anderer Befragter kann sich keine Situation vorstellen, in der er damit persönlich konfrontiert sein könnte.

Zwei der InterviewpartnerInnen wünschen sich, dass sie es selbst schaffen, einzuschreiten, wenn sie mit rechtsextremen Vorkommnissen konfrontiert sind, und hoffen, dabei dann auch von anderen Menschen Unterstützung zu erfahren. Ebenfalls zwei Befragte wünschen sich noch mehr präventive, aufklärende Arbeit, dabei bezieht sich eine Person auch auf die Jugendpflege, von der sie sich mehr Engagement erhofft. Ein Interviewter schildert, dass er künftig frühzeitig mit Polizei, Presse und Lokalpolitik sprechen und alles öffentlich machen würde. Ein Anderer wünscht sich *„Unterstützung insofern, als dass ich natürlich die Polizei angerufen habe und die Polizei einem dann schon das Gefühl gegeben hat, das ist richtig, dass man anruft, dass man das weitergibt. Richtig sicher gefühlt habe ich mich trotzdem nicht. Ich glaube, eine gute Unterstützung bekommt man dann, wenn man aktiv danach sucht, aber das muss von einem selbst ausgehen, also es ist nicht so, dass ich weiß ‚Ah, rechtsradikale Vorkommnisse, da ist das Büro, da kann ich hingehen'. Das ist in B nicht so, da muss man schon erstmal suchen, bis man die richtigen Ansprechpartner findet, ja. Das Jugendbildungswerk zum Beispiel, die machen das ganz gut in Gießen, da fühle ich mich auch ganz gut aufgehoben und fühle mich eigentlich auch sachkompetent unterstützt"*. Zwei Personen äußern keinen weiteren Unterstützungsbedarf, sondern fühlen sich mit dem Kontakt zu den ihnen bekannten Stellen (Jugendbildungswerk des Landkreises und beratungsNetzwerk hessen) gut aufgestellt.

Im letzten inhaltlichen Abschnitt des Interviews wurde gefragt, welche Entwicklungen und Bedingungen die Bedeutung des Rechtsextremismus als Problem in der Kommune in den nächsten fünf Jahren erhöhen würden. Hier sind die Antworten sehr differenziert. Sie reichen von der Annahme, dass dafür eine größere Anzahl von Vorkommnissen erforderlich wäre, über die Warnung, dass sich die Situation verschlimmere, wenn Politik und die Bevölkerung wegsähen, sich dem Thema nicht widmeten und das Engagement gegen Rechtsextremismus diskreditiert werde, bis hin zu dem Gefühl, dass es kaum noch schlimmer werden könne. Daneben wird von einzelnen Befragten befürchtet, dass ein sich verringernder Anteil von als migrantisch wahrgenommenen Menschen in der Kommune sowie zunehmende Arbeitslosigkeit zu einer Zunahme rechtsextremer Einstellungen führen könnte.

Damit Rechtsextremismus in fünf Jahren eine geringere Rolle spielt, sehen die meisten der Befragten in einer intensiveren und umfangreicheren präventiven Arbeit und Aufklärung über die Ziele von RechtsextremistInnen die zentralen Ansatzpunkte. Hier werden z.B. Feste als Möglichkeit, Menschen mit verschiedenen Hintergründen zusammenzubringen, genannt. Daneben wünschen sich einige InterviewpartnerInnen insgesamt eine klare Positionierung gegen Rechts sowie alltägliche Zivilcourage. Ein Befragter findet, dass Rechtsextremismus zum Zeitpunkt des Interviews (Oktober 2012) bereits eine geringe Rolle spiele: *„Ja das ist immer schlecht zu beantworten, weil meiner Meinung nach spielt es im Moment hier eine minimale Rolle vielleicht. Lehrer oder die Schulsozialarbeiterin, die berichten mir mal von der Schule von EINEM, der vielleicht mal irgend sowas äußert und das dann meist in Verbindung mit Black Metal oder Satanismus oder irgend sowas halt, und da denke ich doch wegen EINEM Jugendlichen oder einer Handvoll auch nur einen Aufriss zu*

machen. […] Ich sehe auch keine Ansätze oder irgendwelche Keime dafür, auch nicht in G oder in H bei den Jugendlichen, dass so Tendenzen da wieder in den Vordergrund treten“.

Das Interview schloss mit der Frage danach, ob noch etwas offen geblieben sei. Eine Person erwähnt hier ihren Eindruck, dass die Justiz sich dem Problem bisher zu wenig angenommen habe. Ein Interviewpartner schildert, dass Rechtsextremismus für ihn vor allem pubertäres Protestverhalten darstelle, was sich von selbst erledige, sobald Themen wie Ausbildung und Familiengründung wichtig werden. Eine befragte Person kritisiert an dieser Stelle, dass ihrem Eindruck nach, trotz aller Vorfälle, auch in der Lokalpolitik immer wieder darüber gestritten werde, ob man mit auftretenden Problemen in diesem Spektrum jetzt öffentlich umgehen oder sie doch lieber im ‘stillen Kämmerlein’ lösen sollte - was sie für völlig falsch hält. Daneben lobt sie die aktive Rolle, die die Schule einnehme. Auf die Schule bezieht sich auch eine weitere Person und berichtet, dass Rechtsextremismus, insbesondere rechte Musik, inzwischen fast täglich ein Thema sei.

2.3 Vergleich der beiden Kommunen

Im Vergleich der beiden Kommunen fällt zunächst auf, dass die charakterisierenden Beschreibungen zu der Kommune A insgesamt positiver ausfallen: Sie wird als atmosphärisch offen und ihre BewohnerInnen als aktiv bezeichnet, das gelingende Zusammenleben in der durch Migration gekennzeichneten Kommune wird hervorgehoben und alle Befragten machen den Eindruck, sehr gerne hier zu leben.

In Kommune B unterscheiden sich die Beschreibungen deutlicher voneinander. So wird sowohl die Einschätzung vertreten, dass eher eine konservative Stimmung herrsche und selten „über den eigenen Tellerrand geschaut“ werde. Gleichzeitig gibt es aber auch Stimmen, die die Kommune als sehr weltoffen und aktiv beschreiben, hier wurde insbesondere das vielfältige Vereinsleben hervorgehoben.

In Bezug auf ihre Kenntnisse zu Rechtsextremismus in der Region können die Befragten aus Kommune B wesentlich mehr Vorfälle nennen, wobei es hier deutlich Überschneidungen zu den Vorfällen in der eigenen Kommune gibt. Auffällig ist bei beiden Kommunen, dass sich fast alle Befragten nur auf Vorkommnisse im direkten Umkreis ihrer Wohnorte beziehen. So erwähnt nur eine Person rechtsextreme Strukturen in benachbarten Landkreisen. Die Antworten auf die Frage, ob Rechtsextremismus in der Region ein wichtiges Thema sei, unterscheiden sich kaum. So finden sich in beiden Kommunen mehrere Personen, die das Thema wichtig finden, aber auch je zwei Personen, die das Thema für weniger zentral halten. In Bezug auf den bisherigen Umgang mit Rechtsextremismus unterscheiden sich die Antworten der Befragten in beiden Kommunen erneut. So wird von den Befragten aus Kommune B häufig davon berichtet, dass die Polizei eingeschaltet wurde. Gleichzeitig haben mehrere Befragte aber das Gefühl, dass Vorfälle von der Bevölkerung eher ignoriert oder relativiert werden. Dies berichten zwar auch zwei Befragte aus Kommune A, in Kommune A werden daneben aber auch die bestehenden Präventionsangebote hervorgehoben und ihre weiter bestehende Notwendigkeit betont. Die Wünsche der Befragten aus Kommune B sind dagegen wesentlich differenzierter und reichen von dem Wunsch, dass mehr agiert und nicht nur reagiert werden solle über den Wunsch, die Vorfälle nicht publik zu machen bis hin zur Forderung nach alltäglicher Zivilcourage.

Die Befragten aus Kommune B besitzen mehr Kenntnisse zu rechtsextremen Vorfällen in ihrer Kommune, was vor allem an der faktisch höheren Vorfallsdichte in der Kommune in den vergangenen Monaten liegen dürfte. Sechs der sieben Befragten aus Kommune B halten Rechtsextremismus für ein wichtiges Thema in ihrer Kommune, in Kommune A sind es vier von fünf. Hier unterscheiden sich allerdings die Begründungen: So wird in Kommune A vor allem auf das Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft eingegangen und die bisherige Arbeit der Kommune und des Landkreises gelobt, während die Befragten aus der Kommune B zweifeln, ob die Mehrheit der Bevölkerung die Wichtigkeit des Themas sehe und ob die Verbreitung rassistischer und anderer menschenfeindlicher Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ ausreichend thematisiert würden. Was sich nicht unterscheidet, ist die Begründung der beiden Befragten, die das Thema nicht

wichtig finden. Beide schildern, dass sie die Vorfälle für Einzelfälle halten und es gefährlich fänden, wenn diese „hochgekocht“ würden, da die RechtsextremistInnen dann viel mehr Aufmerksamkeit erhielten als sie verdienten.

In Bezug auf den bisherigen Umgang mit rechtextremen Vorfällen in der Kommune wird bei Kommune A auf eine antifaschistische Demonstration Bezug genommen, die aber eher ambivalent beurteilt wird. Daneben wird erneut die präventive Arbeit der Kommune hervorgehoben sowie über den Versuch berichtet, durch eine von der Kommune ausgesetzte Belohnung Hinweise zu den TäterInnen im Zusammenhang mit den rechtsextremen Schmierereien zu erhalten. In der Kommune B wird von sehr unterschiedlichen Umgangsweisen berichtet. Sie reichen vom Entfernen der Aufkleber mit rechtsextremen Inhalten und der öffentlichen Benennung rechtsextremer Aktivitäten über die Arbeit mit rechten Jugendlichen, eine thematische Veranstaltung des Landkreises und das Verständigen der Polizei bis hin zu als Relativierung bewerteten Reaktionen. Als notwendig werden in Kommune A noch mehr präventive Angebote eingefordert sowie mehr alltägliche Zivilcourage, gerade durch Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Beides wird auch in Kommune B thematisiert, wobei hier die präventive Arbeit zum Interviewzeitpunkt weniger stark ausgeprägt zu sein scheint. Die vom Bildungswerk des Landkreises durchgeführte Informationsveranstaltung wird allerdings mehrmals lobend erwähnt. Daneben werden breitere Bündnisse und klare Positionierungen eingefordert und vereinzelt Probleme in Bezug auf Polizei und Justiz, wie die o.g. ZeugInnenproblematik angesprochen.

Wenn es um die Ebene der persönlichen Erlebnisse geht, werden in beiden Kommunen deutlich weniger Vorkommnisse benannt. In beiden Kommunen schildern die Befragten die Gefühle, die die Vorfälle, von denen sie persönlich betroffen waren, ausgelöst haben. Hier zeigt sich aber auch ein Unterschied, der sich nur im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Herkunft der Personen verstehen lässt: So schildern zwei deutsche Befragte, dass sie sich Gedanken darüber machen, ob sie evtl. zum Opfer von körperlicher Gewalt werden könnten, während eine befragte Person mit Migrationshintergrund daran zweifelt, ob sie wirklich so willkommen in Deutschland ist, wie sie bisher dachte. Interessant ist weiterhin, dass eine Person aus Kommune B berichtet, dass schon in ihrer Jugendzeit eine eher rechts eingestellte Clique existierte, und eine andere Person von einer sehr großen rechten Jugendclique in den frühen 2000er berichtet - die Verortung Jugendlicher im rechten politischen Spektrum ist in der Kommune also kein neues Phänomen.

Auffällig ist auch, dass nur eine befragte Person aus Kommune A das Thema für sich persönlich wichtig findet, dies aber bei sechs Personen aus Kommune B der Fall ist. Dieser deutliche Unterschied lässt sich vermutlich durch die Häufung von Vorfällen in den letzten Monaten in der Kommune B begründen. In Bezug auf den Umgang damit fällt auf, dass in beiden Kommunen das alleinige Verständigen der Polizei nur von Personen benannt wird, die bisher nicht persönlich von Rechtsextremismus betroffen waren. In Bezug auf die gewünschte Unterstützung ist auffällig, dass in Kommune A mehrmals die bisherige Arbeit der Kommune gelobt wird und eher davon ausgehend weitere Wünsche, wie der Wunsch nach mehr Öffentlichkeit und schnellerer Hilfe durch die Polizei, formuliert werden. Der Blick auf Kommune B macht deutlich, dass sich hier Menschen, die sich bereits aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren, mehr Unterstützung wünschen, z.B. indem sie nicht mehr alleine einschreiten müssen, Vorfälle öffentlich gemacht werden und sie mögliche AnsprechpartnerInnen mit Unterstützungsfunktion kennen.

Unterschiede gibt es auch bei den Antworten zu den Perspektivfragen. In Kommune A wird eher betont, dass sich das politische Klima im Ort zunächst verschlechtern und die soziale Integration scheitern müsste, damit Rechtsextremismus eine größere Rolle spielt. In Kommune B ist für eine Person eine Verschlechterung der Situation kaum vorstellbar, andere sehen mögliche Gründe in der Ausgrenzung von Menschen, die gegen Rechtsextremismus aktiv sind oder im Verschweigen lokaler Probleme mit Rechtsextremismus. Hier wird erneut deutlich, dass die Personen in Kommune A eher aus einer Perspektive berichten, in der Rechtsextremismus aktuell weniger sichtbar ist, während der Großteil der Befragten aus der Kommune B aus einer akut betroffenen Perspektive berichtet. Hier liegt auch der zentrale Unterschied zwischen beiden Kommunen: In Kommune A kann mit mehr Abstand darüber nachgedacht werden, welche Schritte und Handlungsweisen sinnvoll sind. Dabei kann an eine gewisse Tradition in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Diskriminie-

rung und Ausgrenzung, aber auch mit demokratischer und integrativer Erziehung, angeknüpft werden. In der Kommune B ist die Beschäftigung mit dem Thema dagegen von vielen einschlägigen Vorfällen in den vergangenen Monaten geprägt, woraus sich ein stärkerer Handlungsdruck entwickelt. So findet sich hier auch deutlich mehr Kritik am bisherigen Umgang der kommunalen Politik sowie der ansässigen Bevölkerung mit den rechtsextremen Vorkommnissen. Dabei ist z.B. die Frage danach, was öffentlich thematisiert werden sollte und was eher als 'Dummer- Jungen-Streich' zu werten ist, nach wie vor vor Ort umstritten.

3. Fazit und Handlungsempfehlungen

Aus der Bilanz der Ergebnisse aus der vorliegenden Interviewstudie zu den beiden Kommunen lassen sich verschiedene Handlungsempfehlungen für den künftigen Umgang mit Rechtsextremismus formulieren:

1. In der Auswertung wird deutlich, dass die Befragten vor allem Kenntnisse über Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in ihrer *eigenen* Kommune besitzen. Hier werden vornehmlich solche Vorfälle benannt, die Bestandteile eines öffentlichen Diskurses waren und über die auch die Presse berichtet hat. Vorfälle in angrenzenden Landkreisen, aber auch NPD- oder JN-Kundgebungen, die bspw. in Gießen stattgefunden haben, werden höchstens am Rande erwähnt. Gleichzeitig werden alltägliche Erfahrungen mit menschenverachtenden Einstellungen und diskriminierendem Verhalten nur von Einzelnen im Kontext der Frage nach bekannten Vorfällen erwähnt, obwohl in den Interviews vorab ein breiter Rechtsextremismus-Begriff eingeführt wurde. Dennoch thematisieren einige Befragte im Kontext anderer Fragen auch menschenverachtende Einstellungen in der „Mitte der (lokalen) Gesellschaft", z.B. wenn sie auf die Bedeutung der familiären Sozialisation für die Entstehung von Rechtsextremismus eingehen.

Handlungsempfehlung: In diesem Kontext bietet sich die Auseinandersetzung mit den Studien zur so genannten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit[8] sowie zu rechtsextremen Einstellungspotenzialen in der deutschen Bevölkerung[9] an. Diese Studien zeigen, dass Rechtsextremismus kein reines Jugendphänomen und Protestverhalten darstellt, dass sich „auswächst", weswegen auch entsprechende Angebote der Prävention nicht nur für Jugendliche allein konzipiert werden sollten. Daneben erscheint es sinnvoll, sich in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht ausschließlich auf seine lokalen Erscheinungsformen zu fokussieren. Stattdessen sollten auch regionale, landes- und bundesweite Entwicklungen der rechtsextremen Szene beobachtet und analysiert werden, da dies die Einordnung und Bewertung der lokalen Vorkommnisse erleichtert. Hier würden sich z.B. inhaltlich Workshops durch das Jugendbildungswerk Gießen oder andere Träger, wie das Netzwerk Demokratie und Courage oder durch das Programm Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg, anbieten.

2. Lohnend erscheint auch die Auseinandersetzung mit der Frage nach den Kontinuitäten rechtsextremer Vorkommnisse in der Kommune B, da es laut der Schilderung von zwei Befragten schon mehrmals größere rechte Jugendcliquen gab. Diese entstehen nicht im ‚luftleeren Raum', häufig gibt es Erwachsene, die ihre Entstehung durch Tolerierung bis hin zu aktiver Unterstützung (z.B. durch die Bereitstellung von Treffpunkten) begünstigen. Die einst politisch „rechts" sozialisierten Jugendlichen müssen diese Einstellung nicht unbedingt weiterhin vertreten, genauso wenig sollten sie aber als „Jugendsünden" verstanden werden, die

[8] Die Ergebnisse des zehnjährigen Forschungsprojektes wurden in der Reihe „Deutsche Zustände", herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer.

[9] Hier bieten sich die Studien „Vom Rand zur Mitte" von Elmar Brähler, Oliver Decker u.a. an, die zum kostenlosen Download auf der Seite der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung stehen.

sich „auswachsen“. Es können genau diese ehemaligen Jugendlichen sein, die als Erwachsene eine neue Generation Jugendlicher anziehen und für die rechtsextreme Lebenswelt begeistert.

Handlungsempfehlung: Zunächst sollten also Erkenntnisse über Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrundaus den vergangenen Jahrzehnten und über den jeweiligen Umgang damit gesammelt werden. Daraus können dann Ideen dazu generiert werden, was die Entstehung von Rechtsextremismus in der Vergangenheit begünstigt hat und was dies eher verhindert hat. Die so gewonnenen Erkenntnisse können wichtige Hilfestellung für die Entwicklung angemessener aktueller Reaktionsweisen und Maßnahmenbieten.

3. Interessant erscheint weiterhin, dass diejenigen, die Rechtsextremismus auf den verschiedenen Ebenen *nicht* als wichtiges Thema verstehen, diese Haltung vor allem damit begründen, dass es sich nur um Aktivitäten von Einzelpersonen handelt, die man nicht zu ernst nehmen sollte. Dieses Verständnis steht allerdings dem der meisten anderen Befragten diametral gegenüber, welche die Wichtigkeit des Themas eher aus einer gesellschaftlichen oder auch historischen Perspektive herleiten und fordern, sich frühzeitig und präventiv mit dem Thema zu beschäftigen, sich in alltäglicher Zivilcourage zu üben und klar Stellung zu beziehen.

Handlungsempfehlung: Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang das Anbieten von Trainings wie „Argumente gegen Stammtischparolen“ oder zielgruppenspezifischen Workshops, welche die aktive Einübung von couragiertem Handeln zum Ziel haben. Dabei können auch berechtigte Ängste bearbeitet und Tipps vermittelt werden, wie couragiertes Handeln gelingen kann, ohne sich selbst zu gefährden. Daneben können sowohl Einzelpersonen wie auch die gesamte Kommune ihre Ablehnung von Rechtsextremismus vielfältig deutlich machen: etwa indem Transparente gestaltet werden, sich auf der Homepage der Kommune ein klares Bekenntnis gegen Rechtsextremismus findet, Kundgebungen organisiert werden usw. Wichtig ist dabei aber auch, es nicht bei der Zurückweisung bestimmter rechtsextremer Positionen zu belassen, sondern offensiv zu skizzieren, was die eigene Vision eines gelingenden gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Dafür bietet sich ein partizipativ gestalteter Prozess an, in dem verschiedene AkteurInnen zusammenkommen und ihre Vorstellungen gemeinsam formulieren. Die gemeinsame Arbeit von Menschen mit verschiedenen Hintergründen, sowohl was ihre Herkunft, ihre soziale Lage als auch ihre Lebensweise betrifft, kann dann auch selbst als Rechtsextremismusprävention wirken, indem das Zusammensein mit ganz verschiedenen Menschen als Bereicherung des eigenen Lebens erlebt wird. Hier empfiehlt es sich, auch gerade in ländlichen Regionen, sowohl auf die Suche nach der unbekannten Vielfalt vor der eigenen Haustür zu gehen als auch den ‘Blick über den Tellerrand‘ zu wagen, z.B. indem die nächste Großstadt besucht wird und Vielfalt so erlebbar wird. Solche Prozesse der Leitbildentwicklung können z.B. durch die BeraterInnen des beratungsNetzwerks hessen begleitet werden.

4. In Bezug auf den bisherigen Umgang mit Rechtsextremismus auf der Ebene der Region und der Kommune wird deutlich, dass zwar viele Befragte von verschiedenen Präventions- und Aufklärungsangeboten berichten, mehrere Befragte aber auch Relativierungen oder gar Ignoranz gegenüber rechtsextremen Vorkommnissen wahrnehmen. Die vorliegenden präventiven Angebote scheinen also nicht alle lokalen AkteurInnen zu erreichen bzw. nicht zu einer anderen Einschätzung bzgl. des Themas Rechtsextremismus geführt zu haben.

Handlungsempfehlung: Es gilt, die bisherigen Präventionsangebote beider Kommunen hinsichtlich ihrer impliziten Vorannahmen, v.a. die Zielgruppen betreffend (z.B. Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund usw.), bzgl. der Attraktivität der Angebote und ihrer Wirksamkeit zu überprüfen. Falls dabei deutlich werden sollte, dass bestimmte Zielgruppen bisher nicht erreicht wurden, sollten für diese neue Formen unter Einbeziehung zentraler AkteurInnen oder Vertrauenspersonen dieser Zielgruppe entwickelt werden. So kann vermieden werden, dass die Angebote als etwas ‚Aufgesetztes‘ erlebt werden. Dabei muss nicht immer das Thema Rechtsextremismus im Fokus stehen; es bieten sich auch Themen wie Diskriminierungserfahrungen,

Vorurteile oder auch Demokratie und das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft an. Bei der Konzeption ist darauf zu achten, dass die Perspektiven von Betroffenen deutlich werden, da diese ansonsten häufig unsichtbar bleiben. Hier ist allerdings ein sensibles pädagogisches Vorgehen erforderlich, damit die Betroffenenperspektiven nicht als etwas Äußerliches erlebt werden; es sollten also pädagogische Fachkräfte mit der Konzeption betraut werden, die in enger Abstimmung mit der jeweiligen Zielgruppe handeln bzw. gegebenenfalls selbst Teil der Zielgruppe sind.

5. Eine weitere Frage, die in Bezug auf den bisherigen Umgang mit rechtsextremen Vorfällen eine Rolle spielt, ist die der Einbeziehung der Polizei. Für viele der Befragten ist es selbstverständlich, dass sie die Polizei einschalten; sie bemängeln in diesem Kontext aber auch, dass sie z.B. nicht erfahren, welche polizeilichen und/oder juristischen Konsequenzen ihr Hinweis haben könnte. Daneben thematisieren einige die Problematik, dass ZeugInnen von Vorkommnissen gegebenenfalls namentlich in Akten genannt werden und so den vermutlichen TäterInnen bekannt werden könnten. Die Befragten kritisieren, dass das dazu führe, dass sich gerade im ländlichen Kontext kaum Personen trauten, eine Anzeige zu erstatten oder ihre Kenntnisse an die Polizei weiterzugeben.

Handlungsempfehlung: Eine mögliche Lösung könnte eine neutrale, nicht polizeiliche Anlaufstelle sein, die Informationen annimmt und bei weiterem Vorgehen unterstützt. Diese sollte am besten regional angesiedelt sein und über gute Kontakte zum lokalen Staatsschutz und einschlägig verantwortlichen Stellen der Polizei verfügen. Auf diese Weise könnte eine solche Anlaufstelle in geeigneter Weise eine Vermittlungsfunktion einnehmen. Hierfür muss nicht unbedingt eine neue Einrichtung geschaffen werden, stattdessen sollte überlegt werden, welche schon existierenden Institutionen hier als Anlaufpunkt fungieren könnten (z.B. Stellen des Landkreises). Dabei ist allerdings zu beachten, ob für potentielle MitarbeiterInnen einer solchen Anlaufstelle spezifischer Fortbildungsbedarf besteht und Vernetzungen zu anderen relevanten Behörden und Institutionen unabdingbar sind.

6. Eine der befragten Personen schildert, dass sie lange Zeit nicht gewusst habe, wem sie ihre Erlebnisse schildern solle, weil sie nicht das Gefühl gehabt habe, dass sich irgendwer dafür interessiert. Diese Aussage erscheint besonders schwerwiegend, da es sich hier um eine Person handelt, die selbst bedroht wurde. Gerade in diesem Kontext ist die Möglichkeit der individuellen Unterstützung und Begleitung, andere Betroffene kennen lernen zu können und sich mit ihnen auszutauschen, zentral für die Verarbeitung des Erlebten.

Handlungsempfehlung: Wichtig erscheint die Schaffung einer Anlaufstelle (regional oder überregional), die Betroffene aktiv unterstützt und zur Vernetzung mit anderen Betroffenen anregt. Hier könnten auch mögliche weitergehende Bedarfe der Betroffenen ermittelt und entsprechende Angebote konzipiert werden. Vor der Einrichtung einer solchen Stelle gilt es ebenfalls zu prüfen, ob bereits bestehende Institutionen diese Funktion übernehmen können, welche Qualifizierung der MitarbeiterInnen gegebenenfalls nötig wäre und wie die Stelle bekannt gemacht werden kann. In Bezug auf alle bereits existierenden sowie gegebenenfalls neu geschaffenen Anlaufstellen muss deutlich gemacht werden, dass diese für alle Menschen zur Verfügung stehen. Dies wird auch mit Blick auf die Interviews deutlich, da ausschließlich Menschen, die in einem beruflichen Kontext mit Rechtsextremismus zu tun haben, das beratungsNetzwerk hessen sowie den Landkreis als mögliche Ansprechpartner benennen. An einer Verbesserung der Bekanntmachung dieser Anlaufstellen können auch diejenigen mitwirken, die die zuständigen Einrichtungen bereits kennen, indem sie ihr Wissen darum mit anderen teilen und selbst als MultiplikatorInnen wirken.

7. Sehr unterschiedlich stellt sich für die Befragten die Frage nach der Schaffung von Öffentlichkeit dar. Für einige ist dies eine wichtige Strategie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, andere befürchten hier das sogenannte ‚Hochkochen' von Einzelfällen. Aus Sicht vieler Befragter führe das ‚Wegsehen' und eine Dethematisierung eher eine Verschlimmerung herbei, da sich RechtsextremistInnen so frei entfalten könnten und die Betroffenen allein gelassen werden. Hieran anknüpfend ist auch die Bedeutung hervorzuheben, die das öffentliche Bekenntnis, z.B. in Form von Demonstrationen gegen Rechts, für einige der Befragten hat: Dadurch werde deutlich Position bezogen. Es finde eine Solidarisierung mit den Betroffenen statt, die für diese eine stützende Erfahrung darstellen könne.

Handlungsempfehlung: Kommunalpolitische AkteurInnen sind für die gelingende Bewältigung lokal auftretender rechtsextremer Tendenzen zentral. Kommunalpolitik ist daher gefordert, deutlich zu machen, warum sie sich für oder gegen die Einbeziehung der Öffentlichkeit entschieden hat. Dabei kann die interne Diskussion thematisiert werden, aber auch auf die Erfahrungen anderer Kommunen eingegangen werden. Auch bietet sich ein Austausch mit anderen (aktuell oder in der Vergangenheit) betroffenen Kommunen an, um von deren Erfahrungen zu profitieren und Beispiele gelungener kommunaler Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kennen zu lernen. Daneben erscheint es als zentral, möglichst viele Menschen in die lokalen Planungen des weiteren Vorgehens einzubeziehen, da diese in Hinsicht auf die Zielsetzungen dann auch selbst als MultiplikatorInnen wirken können.

8. Thematisiert wird in den Interviews auch die Schaffung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Auffällig ist allerdings, dass die zum Zeitpunkt der Interviews existierenden Bündnisse vor allem aus VerantwortungsträgerInnen bestehen, also aus Menschen, die Funktionen in der Lokalpolitik, in der Verwaltung oder in Vereinen innehaben. Dies wird auch von einer befragten Person kritisiert, die sich gerne engagieren würde, sich vom bestehenden Bündnis als ‚einfacher Bürger' allerdings nicht angesprochen und zur Mitwirkung eingeladen fühlt.

Handlungsempfehlung: Da die Einbeziehung vieler AkteurInnen aus den bereits genannten Gründen sehr wichtig erscheint, gilt es die Bündnisse für all diejenigen zu öffnen, die sich engagieren wollen. Hierbei sollte auch berücksichtigt werden, dass Menschen für ihr Engagement ein unterschiedliches Maß an Zeit investieren können und daher Formen geschaffen werden müssen, die das auch ermöglichen. Gleichzeitig darf sich die Lokalpolitik nicht aus ihrer Verantwortung zurückziehen, sondern sollte selbst aktiv mitwirken, da sie so zu einem politischen Klima vor Ort beiträgt, das es der Bevölkerung eher ermöglicht, sich zu engagieren, ohne befürchten zu müssen, als ‚NestbeschmutzerIn' zu gelten.

Insgesamt wird deutlich, dass Rechtsextremismus Kommunen vor vielfältige Herausforderungen stellt. Allerdings gibt es viele Beispiele dafür, wie es Kommunen gelungen ist, diese zu meistern. Zentral war dabei stets, dass das Problem als solches benannt worden ist und sich eine Vielzahl unterschiedlicher AkteurInnen engagiert haben. Sie waren dabei umso erfolgreicher, je früher und vor allem nachhaltiger sie sich dem Thema gewidmet haben, wie es etwa die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen im Schwalm-Eder-Kreis belegen, die nach dem so genannten „Klapp-Spaten-Überfall" im Sommer 2008, oft mit Unterstützung des Landkreises, durchgeführt wurden[10]. Rechtsextremismus ist, vor allem durch seine Verknüpfung mit gewissen Diskursen und Einstellungen in der ‚Mitte der Gesellschaft', ein komplexes Thema. Gleichzeitig kann das Auftreten von rechtsextremen Tendenzen aber auch dazu anregen, sich mit der Gesellschaft insgesamt auseinanderzusetzen, in der wir gemeinsam leben wollen, und dabei eigene Ideen für ein ‚gutes Leben' zu entwickeln – fern von den Postulaten einer rechtsextremen Ideologie und ihrer ProtagonistInnen.

[10] Vgl. beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus (Hrsg.) (2009): „Das ist Vielen gar nicht bewusst". Regionalanalyse zu rechtsextremen Einstellungen, Strukturen und demokratischen Potentialen im Schwalm-Eder-Kreis.

Die Online-Präsenz extrem rechter Akteure in Stadt und Land Gießen

von Yvonne Weyrauch

Extrem rechte AkteurInnen und Gruppierungen haben das Internet (auch unter kommerziellen Gesichtspunkten) schon seit längerem als Medium zur Verbreitung ihrer Ideologie, der Vernetzung und der Rekrutierung neuer AnhängerInnen für sich entdeckt. Auch im Gießener Raum existieren extrem rechte Strukturen, die das Internet für ihre Interessen nutzen. Die aufzuspürenden Erscheinungsformen sind dabei so unterschiedlich, wie das Verhältnis zwischen digitaler Präsenz und realer Entsprechung. Während das Blog *Infoportal Lumdatal* (inklusive der dazugehörigen *Facebook*- und *Twitter*-Seite) auch als politischer Akteur im Landkreis Gießen in Erscheinung tritt, sind die *Facebook*-Gruppen der *Identitären Bewegung* oder der Black Metal-Onlineversandhandel *Supremacy through Intolerance* außerhalb der virtuellen Welt kaum wahrnehmbar. Auch die Burschenschaft *Dresdensia Rugia zu Gießen* tritt im politischen Alltag von Kreis und Stadt Gießen in der Regel kaum in Erscheinung. Sie existiert jedoch nach wie vor als Nachwuchsförderin einer intellektuellen extremen Rechten. Über eine eigene Homepage und *Facebook*-Seite versucht sie, neue Mitstreiter zu finden, und macht ihre Positionen publik.

Die folgende Analyse bezieht sich ausschließlich auf die genannten Gruppen und den Online-Shop. Auf die Auswertung von personalisierten Profilen in sozialen Netzwerken wie Facebook wurde verzichtet. Solche Profile sind für eine aussagekräftige Analyse im Kontext von Rechtsextremismus mittlerweile weniger geeignet als noch vor einigen Jahren.[1] Gehaltvolle Informationen erhält man bei vielen Profilen nur, wenn man in die Freundesliste aufgenommen wird. Die vorliegende Recherche fokussiert jedoch auf den öffentlichen Raum in der virtuellen Welt, weswegen sie sich im Social Network auf öffentlich zugängliche Gruppenprofile beschränkt.

1. Infoportal Lumdatal, Facebook-Seite Lumdatal Stimme und Twitter Lumdatal.info

Das Blog *Infoportal Lumdatal – unabhängig, systemkritisch, revolutionär* (Abb. 1) existierte von Oktober 2012 bis Mitte Juli 2013.[2] Gepostet wurden fast ausschließlich Texte in Zeitungsartikellänge. Mit der Veröffentlichung von 31 Texten in diesem Zeitraum gehörten die BetreiberInnen des Blogs zu den aktivsten in ganz Hessen. Das Blog verweist auf eine *Facebook*-Seite mit dem Namen *Lumdatal Stimme - kritisch, unabhängig, patriotisch*[3] und eine *Twitter*-Seite *Lumdatal.info*. Damit war das Blog modernen Kommunikationsanforderungen gemäß aufgestellt. Zugleich wurde der Eindruck von hoher Aktivität und Informiertheit vermittelt. Die entsprechenden Seiten im so genannten Web 2.0 (hier *Facebook* und *Twitter*) wurden für aktuelle Meldungen, Meinungsbildung, die Mobilisierung neuer Interessierter und deren Vernetzung genutzt. Kurz bevor sich das Blog am 12.07.2013 von seinen LeserInnen verabschiedete, wurden die beiden Verlinkungen durch einen weiteren Link, der auf die Homepage der *Jungen Nationaldemokraten* (JN, Jugendorganisation der NPD) führt, ergänzt. Zeitgleich wurde dem Bannerbild der *Facebook*-Seite *Lumdatal Stimme* das JN-Logo hinzugefügt. Dies entspricht der realen Annäherung an die JN.

Die auf dem Blog veröffentlichten Texte behandeln typisch extrem rechte Themen und weisen altbekannte Argumentations- und Denkfiguren auf: Es geht um das Thema ‚Volkstod', Berichte über Aktivitäten politi-

[1] Das Problem beginnt bereits dabei, dass sich viele Profile örtlich nicht zuordnen lassen.
[2] Die Seite existiert zwar noch, die Aktivitäten wurden jedoch eingestellt.
[3] Mitte Juli wurde die *Facebook*-Seite *Lumdatal Stimme* durch eine neue Seite unter dem Namen *Du weißt schon wo Stimme* ersetzt; siehe: https://www.facebook.com/lumdatalstimme?fref=ts (Stand 17.08.2013).

scher GegnerInnen, Meldungen eigener Aktionen, Beschwerden über den politischen und staatlichen Umgang mit den einschlägig politisch Aktiven etc. Nicht alle Texte sind von den BloggerInnen selbst verfasst, sondern teilweise von anderen neonazistischen Homepages übernommen (allerdings meist, ohne dies zu kennzeichnen). Im Vergleich zu anderen neonazistischen Blogs in Hessen sticht die Seite in punkto Aktivität, Aktualität und v.a. Argumentation heraus. Viele Texte weisen eine in sich schlüssige innere Logik auf. Die MacherInnen des Blogs scheinen sich – innerhalb ihrer ideologischen Grenzen – zumindest oberflächlich mit Inhalten auseinander zu setzen. Sie verbleiben nicht, wie viele andere (insbesondere subkulturell orientierte Kameradschaften), auf einer eher parolenhaften Äußerungsebene.

Abb. 1: Bannerbild des Blogs *Infoportal Lumdatal.*

Die Texte versuchen, an aktuelle gesellschaftliche Diskurse und Themen bzw. weit verbreitete Desillusionierungen und Gefühle anzudocken, die sich in einem diffusen Patriotismus, konservativen Familienvorstellungen, oberflächlicher Kapitalismuskritik, Unzufriedenheit im Bereich des Sozialen und auf dem Arbeitsmarkt etc. ausdrücken. An solche Themen anknüpfend werden die extrem rechten, völkisch-nationalistischen Argumentationen aufgebaut.

Völkischer Nationalismus als Dreh- und Angelpunkt

In rund einem Drittel der Texte wird der ‚drohende Volkstod der Deutschen' heraufbeschworen. Reale gesellschaftliche Entwicklungen werden als Horrorszenarien beschrieben. Daran anknüpfend wird die eigene politische Ideologie als Problemlösungsstrategie präsentiert. In vielen Texten wird eine Dringlichkeit, sofort handeln zu müssen (nach dem Motto: „Es ist noch nicht zu spät – aber bald!") suggeriert. Die eigene Perspektive wird entpolitisiert und als ‚normal' und ‚natürlich' dargestellt. So wird bspw. das eigene Agieren als Engagement „für die natürliche Geschlechterrolle, Recht und Ordnung […] [und] für das Fortbestehen von Ländern und Nationen"[4] bezeichnet. An anderer Stelle heißt es: „Wir aber wissen um die Einzigartigkeit allen Daseins von Pflanzen, von Tieren und von Völkern. Es gilt, die Natürlichkeit des Lebens zu bewahren und zu schützen."[5]

Dass der ‚schleichende Volkstod' in vollem Gange sei, wird u.a. damit begründet, dass „in Mittel- und Ostdeutschland ganze Landstriche durch den Wegzug von meist jungen Menschen vergreisen"[6] würden. Mithilfe dramatisierender Ausdrucksweise und unzulässiger Gegenüberstellungen wird ein Szenario formuliert, das suggeriert, Deutschland werde durch Zuwanderung ‚überfremdet': „Während die Zahl der Asylantragsteller[7] laut Bundesministerium um 24,4 Prozent gestiegen ist, verlässt alle vier Minuten ein Deutscher das Land. An

[4] Vgl. „Handlungsfreiheit für Linksextremisten" vom 26.03.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[5] Vgl. „Gezwungen zu gehen…" vom 04.05.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[6] Vgl. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" vom 25.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013). Der Text wurde übernommen von der neonazistischen Homepage *Zukunftshoffnung*.
[7] Dass die Zahl der Asyl-AntragstellerInnen nichts über tatsächliche Zuwanderung aussagt, wird zugunsten des intendierten Argumentationseffekts ignoriert.

jedem Tag verlieren wir ein ganzes Dorf“[8]. Insbesondere in Westdeutschland zeige sich der „Volkstod […] in Form von Überfremdung“[9]. Während in einigen Texten die „demographische Entwicklung“ bzw. der „Geburtenschwund“ als Fakt erscheint[10], wird an anderer Stelle argumentiert, dass Politik und Medien das Schlagwort „demographischer Wandel“ erfunden hätten. Nach Ansicht der AutorInnen werde mit einem solchen „Propagandatrick“ Zuwanderung forciert, um das eigentliche Ziel, nämlich das ‚deutsche Volk‘ „biologisch abzuwickeln“[11], zu erreichen.

Die von den Lumdataler Neonazis angebotene Lösung sieht die Schaffung einer ‚Volksgemeinschaft‘ vor. Nur die Gemeinschaft eines biologisch begründeten ‚deutschen Volkes‘ sei in der Lage, die Nation zu retten: „Das alles [gemeint sind Wirtschaftswachstum, Wohlstand und soziale Errungenschaften, Anm. d. Verf.] liegt uns nämlich im Blut. Und zwar mehr im Blut, als vielen anderen Völkern. Es ist unsere typisch deutsche Eigenart, heute verpönt, aber doch immer noch tief in uns verwurzelt, die uns mit unserem Fleiß, mit unserem Erfindergeist, mit unserer Disziplin und Schaffenskraft all das Erringen [sic!] ließ, was uns heute als selbstverständlich erscheint und es doch nicht ist.“[12] Während die BloggerInnen an anderer Stelle[13] den so genannten ‚Ethnopluralismus‘ propagieren, wird hier in seltener Deutlichkeit eine klassisch biologistisch-rassistisch gumentierende, ethnozentrische Denkweise vertreten: Das ‚eigene Volk‘, definiert über die blutsmäßige Abstammung, wird klar über andere ‚Völker‘ gestellt.

Was ist ‚Ethnopluralismus‘?

Der ‚Ethnopluralismus‘ ist ein Konzept der so genannten ‚Neuen Rechten‘, das völkisches Denken in einer moderaten Verpackung propagiert. Statt des nach 1945 nicht mehr mehrheitsfähigen chauvinistischen Nationalismus und biologistischen Rassismus wird eine Sichtweise propagiert, die keine Hierarchie, sondern das Nebeneinander unterschiedlicher ‚Völker‘ vorsieht. So kann an den gesellschaftlich positiv konnotierten Begriff der ‚Vielfalt‘ angeknüpft werden. Dass mit diesem Bezug auf Vielfalt jedoch nicht multikulturelle Gesellschaften gemeint sind, sondern das Nebeneinander in sich abgeschlossener ethnischer Gemeinschaften, wird erst bei genauerer Betrachtung deutlich.

Auch der Heimatbegriff, den die BloggerInnen propagieren, ist Ausdruck ihrer völkischen Blut-und-Boden-Ideologie: „Heimat [steht] […] für die Verwurzelung eines gewachsenen Volkes in der Gesamtheit in seinem angestammten Lebensraum.“[14] Unter „angestammte[m] Lebensraum“ wird „jener Lebensraum eines Geschlechts [verstanden], welches den Boden – die Erde, auf der stets neues Leben begann und wieder versiegte – als quell seit Jahrhunderten sein eigen [sic!] nennt.“[15] Vor diesem Hintergrund sei auch ‚Kultur‘ entstanden, die „zu einem Charakteristikum dieses [sic!] Volkes“[16] geworden sei. ‚Heimat‘, ‚Familie‘, ‚Tradition‘, ‚Kultur‘ und ‚Volk‘ sollen in dieser Logik gegen moderne Entwicklungen verteidigt werden. Moderne Lebensweisen werden als egoistisch („narzisstischer Egomane“[17]), sinnentleert und ohne Tiefgang beschrieben. PolitikerInnen hätten „außer Zahlen nichts mehr in der Seele“[18]. Eine

[8] Vgl. „Verheerende Abwanderung – Täglich stirbt ein Dorf…“ vom 18.11.2012; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[9] Vgl. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ vom 25.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[10] Vgl. „Gezwungen zu gehen…“ vom 04.05.2013, „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ vom 25.04.2013 und „Deutschland weiterhin Schlusslicht bei der Geburtenrate…“ vom 18.02.2013 (Stand 04.07.2013).
[11] Vgl. „Demographischer Schwindel“ vom 07.06.2013 (Text wurde von der neonazistischen Homepage *mein-hh.info* übernommen) (Stand 04.07.2013).
[12] Vgl. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ vom 25.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[13] Vgl. „Mahnwache in Lollar“ vom 16.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013). Dort wird sich für die „Vielfalt der Völker, Kulturen, Traditionen und Sprachen“ ausgesprochen.
[14] Vgl. „Was ist Heimat?“ vom 20.02.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[15] Vgl. ebd.; sowie „Gezwungen zu gehen…“ vom 04.05.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[16] Vgl. „Was ist Heimat?“ vom 20.02.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[17] Vgl. „Familie im Abseits“ vom 21.01.2013; vgl. auch „Demographischer Schwindel“ vom 07.06.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[18] Vgl. „Verheerende Abwanderung – Täglich stirbt ein Dorf…“ vom 18.12.2012; siehe: http://lumdatal. nw.am/ (Stand 04.07.2013).

„Ideologie des übersteigerten Individualismus und einer allgemeinen Oberflächlichkeit“ erschwere „das Überleben der ‚Familie‘“. „Hirngespinste wie Bankenrettung, Masseneinwanderung, Homo-Ehe, Gender Mainstreaming, Abtreibung und Unisex-Toiletten“ seien „keineswegs mit Familie, Volk und Heimat in Einklang zu bringen“[19].

„Demokratie bringt den Volkstod“

In einfachem Schwarz/Weiß-Denken werden sämtliche als negativ empfundene Entwicklungen wahlweise ‚der Demokratie‘, ‚der BRD‘, der ‚aktuellen Politik‘, ‚den Gutmenschen‘ und/oder ‚den Linken‘ zugeschrieben (Abb. 2). Immer wieder taucht die Denkfigur auf, dass die Politik den ‚Volkstod‘ intendiere: „[D]er Volkstod [ist] kein Zufall, sondern das Resultat ihrer Unfähigkeit, ihrer jahrzehntelangen volks- und familienfeindlichen Politik“[20].

Abb. 2: Bild von der Facebook-Seite *Lumdatal Stimme.*

Die meisten Texte rufen zum sofortigen Handeln auf: Der ‚drohende Volkstod‘ soll nicht nur dadurch aufgehalten werden, dass ‚die Kameraden und Kameradinnen‘ „in der Heimat […] bleiben und den Verlockungen der Ferne […] widerstehen“, sondern ebenso durch das Bekenntnis „gegen diejenigen […], die unser Volk in diese Lage gebracht haben“[21]. Der Aufruf zum Handeln wird so inszeniert, dass der Eindruck entsteht, es stünde eine unmittelbare Bedrohung bevor. Die Aktiven im ‚Kampf gegen den Volkstod‘ werden positiv als die ‚Nicht-Verblendeten‘ und die ‚KritikerInnen im Sinne einer gerechte Sache‘ dargestellt, die sich trotz drohender Repression nicht von ihrem Weg abhalten ließen: „Wacht endlich auf, seht, dass die Zustände von vor 1989 erneut vorzuherrschen drohen, und unser Kampf heute schon nicht mehr um die Freiheit, sondern um die nackte Existenz unseres Volkes geht. Deshalb werden wir, trotz all der Verfolgung, trotz all dem [sic!] Opfer, trotz all der Entbehrungen, trotz Gefängnis dafür kämpfen, dass unser Volk nicht sterben wird.“[22]

Umgang mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen

Die in der extremen Rechten typische Selbstdarstellung als ‚verfolgte Unschuld‘ bzw. als Opfer von „linke[r] Hetze und staatliche[r] Repression“[23] findet sich auch in den Texten des *Infoportals Lumdatal*. Die BloggerInnen beschweren sich bspw. darüber, dass sie „in die Naziecke gedrückt und mit Repressalien überzogen“[24] würden, zitieren jedoch nur vier Zeilen weiter aus dem Song *Unser Wort* von der Neonazi-Band *Division*

[19] Vgl. „Von wegen Volksnah [sic!] – Volksfeindlichkeit der Linken!“ vom 01.03.2013; siehe: http://lumdatal. nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[20] Vgl. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ vom 25.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[21] Vgl. „Gezwungen zu gehen…“ vom 04.05.2013. siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013). Der Text wurde bereits zuvor auf der NPD-nahen Homepage ‚Nachrichten für Mecklenburg und Pommern‘ veröffentlicht; siehe http://www.mupinfo.de/?p=12464.
[22] Vgl. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ vom 25.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[23] Vgl. „Am 25.5. gegen Hetze und Repression auf die Straße!“ vom 20.05.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[24] Vgl. „Nichts bricht die Gemeinschaft“ vom 18.04.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).

Germania: „Wir sind auf dem richtigen Wege mein Kind. Sie zeigen uns täglich, wie wichtig wir sind. Sie werden uns nicht los, wir bleiben unbequem. Ja, wir sind der Stachel im Fleisch vom System!“[25]

Die eigene nationalistische Ideologie wird von den BloggerInnen als ‚kritische Meinung‘ dargestellt, die kriminalisiert werde: „Nationalismus ist kein Verbrechen“[26]. Dem Nationalismus soll mit Zuschreibungen, die eher mit linken und emanzipatorischen Bewegungen assoziiert sind – wie „systemkritisch“[27], „Widerstand“[28], „politische[r] Befreiungskampf“[29] – ein gesellschaftskritischer Anstrich verpasst werden. Die Darstellung der eigenen Aktivität als „politisch-kritische Arbeit“ im Kampf gegen „antideutsche und volksfeindliche Zustände“[30] soll dieser Legitimität und Sympathie verschaffen.

Der zivilgesellschaftlichen, politischen und medialen Kritik wird nicht mit Argumenten begegnet, sondern mit Diffamierungen: „sensationsgeile Redakteure“ schrieben „Schmierartikel“[31]. Auf das Eingreifen der Strafverfolgungsbehörden im Lumdatal reagieren die BloggerInnen mit der Darstellung des demokratischen Staates als autoritäres System. Dieser würde „missliebige politische Bewegungen“ verbieten bzw. in „Stasimanier versuch[en], jegliche politisch-kritische Arbeit unmöglich zu machen“.[32] Zivilgesellschaftliche Kritik und Protest gegen die extrem rechten Agitationen werden als Belege für die vermeintlich „abgeschaltete Meinungsfreiheit“[33] interpretiert. Das ansonsten kaum respektierte Grundgesetz wird hier herangezogen, um die eigene Haltung als ‚Meinung‘ zu deklarieren und für diese Toleranz einzufordern.[34] Gleichzeitig wird die angeblich nicht erfahrene Meinungsfreiheit als Bestätigung dafür gesehen, dass das „Konstrukt ‚BRD-System‘“[35] ein repressiver und zu bekämpfender Staat sei. Daraus wird wiederum geschlussfolgert, „dass wir auf dem richtigen Weg sind!“[36] Auch die Gleichsetzung der BRD mit Staaten wie Russland und der Ukraine soll dem eigenen Kampf gegen den Staat mehr Legitimität verschaffen.[37]

Typisch für extrem rechte Argumentationen sind auch die bereits angeklungenen Deutungsumkehrungen: Kritische Umgangsformen mit den völkisch Denkenden werden als „faschistische Methoden“ dargestellt. Das *Netzwerk für Demokratie und Toleranz*, das im April 2013 in Staufenberg gegründet wurde, wird auf *Twitter* als „linksfaschistisch“[38] bezeichnet. Gewalttätige Formen des Rechtsextremismus, wie Rechtsterrorismus, werden aus ‚dem Eigenen‘ ausgeklammert und dem politischen Gegner zugeschrieben: „[H]inter dem angeblichen ‚braunen Terror‘ [steht] in Wahrheit ein Linker, der die politische Opposition in Verruf bringen will, ein sensationsgeiler Journalist, ein staatlich bezahlter Agent-Provokateur [sic!], oder schlichtweg ein geldgieriger Minusmensch, der mit derartigen Ereignissen sein Geld verdienen will!“[39] Taten, die in der Öffentlichkeit kritisiert werden (wie bspw. Sachbeschädigungen o.ä.) wird mit dem Argument „viele ‚Antifaschisten‘ [agieren] unter falscher Flagge […] und [begehen] derartige Straftaten[…], um nationale Aktivitäten vor Ort schlechtzumachen“[40] begegnet. Indem der politische Widersacher für solche Taten verantwortlich gemacht wird, immunisiert man sich selbst gegen jegliche Kritik.

---

[25] Vgl. ebd. (Stand 04.07.2013).
[26] Vgl. „Am 25.5. gegen Hetze und Repression auf die Straße!“ vom 20.05.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[27] Vgl. „Widerstand lässt sich nicht verbieten“; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[28] Vgl. ebd.
[29] Vgl. ebd.
[30] Vgl. “Am 25.5. gegen Hetze und Repression auf die Straße! [Aktualisiert]“ vom 20.05.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[31] Vgl. ebd. (Stand 04.07.2013).
[32] Vgl. ebd. (Stand 04.07.2013).
[33] Vgl. „Meinungsfreiheit abgeschaltet!“ vom 28.01.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[34] Vgl. ebd. (Stand 04.07.2013).
[35] Vgl. „Widerstand lässt sich nicht verbieten“; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[36] Vgl. „Handlungsfreiheit für Linksextremisten“ vom 26.03.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[37] Vgl. „Meinungsfreiheit abgeschaltet!“ vom 28.01.2013; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[38] Vgl. *Twitter*-Meldung vom 18.06.2013; siehe: https://twitter.com/lumdatal (Stand 10.07.2013).
[39] Vgl. „Hakenkreuzschmierereien, bedrohte Nazigegner und rechter Terror im Lumdatal“; siehe: http://lumdatal.nw.am/ (Stand 04.07.2013).
[40] Vgl. ebd.

Facebook-Seite: Lumdatal Stimme – kritisch, unabhängig, patriotisch

Die Präsenz extrem rechter Gruppen in sozialen Netzwerken wie *Facebook* hat sich zu einer zentralen Strategie des Rechtsextremismus entwickelt. In der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* wird bspw. dazu aufgerufen, insbesondere soziale Netzwerke strategisch als „unverzichtbare und (noch) grenzenlose Waffe“ für die „nationale Sache“ zu nutzen.[41] Zu dieser Strategie gehört es auch, dass sich einzelne Akteure in ihren Profilen als ‚nette Rechte von nebenan‘ präsentieren, um darüber die Ablehnung nicht-rechter DiskussionsteilnehmerInnen zu brechen. Um einen Abbau von Berührungsängsten bemüht sich auch die *Facebook*-Seite *Lumdatal Stimme* (Abb. 3). Mit den Adjektiven „kritisch – unabhängig – patriotisch“ wird suggeriert, hier meldeten sich kritisch denkende Freigeister zu Wort, mit denen es sich zu beschäftigen lohne – sollte man unzufrieden und ‚patriotisch‘ sein.

Abb. 3: Bannerbild der Facebook-Seite *Lumdatal-Stimme.*

Durch Präsenz, aktuelle Meldungen, Kommentare etc. versuchen die GestalterInnen der *Facebook*-Seite hier Einfluss auszuüben. Die Seite existiert zwar seit Februar 2012, Aktivitäten sind jedoch erst ab Oktober 2012 zu verzeichnen. Die Anzahl der Personen, die die Seite gelikt haben, ist vom Februar 2013 von rund 30 Personen auf derzeit über 250 angewachsen (Stand Mitte Juli 2013). Insbesondere vor und nach der Neonazi-Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Das Lumdatal bleibt national. Gegen linke Hetze und staatliche Repression“ in Allendorf und Grünberg Ende Mai 2013 ist die Zahl angestiegen. Auch kann an den Kommentaren, die in zeitlicher Nähe zur Kundgebung liegen, abgelesen werden, dass die Seite innerhalb der extremen Rechten überregional an Aufmerksamkeit gewonnen hat.

Inhaltlich überschneidet sich die Seite mit den Themen des *Infoportals Lumdatal*. Die *Facebook*-Seite zeichnet sich jedoch weniger durch inhaltliche Auseinandersetzungen aus als vielmehr durch Kommentare, Meldungen und Hinweise. Nicht alle haben einen extrem rechten Bezug. Bspw. werden auch Verkehrsmeldungen gepostet, unverdächtige Nachrichten (die jedoch Anknüpfungspunkte für die eigenen Argumentation bieten) verlinkt und Themen aufgegriffen, die auf Zustimmung in weiten Teilen der Gesellschaft stoßen (wie bspw. Kritik an den Plänen zur Wasserprivatisierung). Diese Meldungen sollen möglichst niedrigschwellig das Interesse an der Seite wecken und insbesondere über das Aufgreifen bestimmter Nachrichten den Zugang zur rechten Ideologie öffnen. Auch die positive Bezugnahme auf große Denker wie Aristoteles, Nietzsche oder Tucholsky (und die Entkontextualisierung und Umdeutung von Zitaten) zielt darauf ab, der eigenen Perspektive Legitimität zu verschaffen.

[41] *Deutsche Stimme*, zitiert nach: Lang, Juliane/Müller, Yves (2010): Neonazis im Web 2.0: Was sie machen und woran man sie erkennt, in: Amadeu Antonio Stiftung: Neonazis im Web 2.0. Erscheinungsformen und Gegenstrategien, 9.

Neben diesen weniger verdächtigen Beiträgen werden klassische extrem rechte Inhalte reproduziert (das Thema ‚Volkstod' und alles, was mit dem Erhalt der ‚deutschen Nation'/‚deutschen Kultur' im Zusammenhang steht) sowie auf Aktivitäten und Blogs der rechtsextremen Szene hingewiesen - so bspw. auf eine Gedenkveranstaltung in Dresden (im Februar 2013), auf die JN-Demonstration „Massenmord ist keine Befreiung" in Torgau (im April 2013) oder auf das islamfeindliche Blog *Politically Incorrect.*

Die Analyse des Internetauftritts der Personengruppe aus dem Lumdatal zeigt, dass es sich hierbei um eine Gruppierung handelt, die einerseits reaktionäre, extrem rechte Denkfiguren reproduziert, diese jedoch – einem allgemeinen Trend in der extremen Rechten entsprechend – in ein modernes, zeitgemäßes Auftreten verpackt, das auf den ersten Blick unverdächtig erscheint. Von manch anderen extrem rechten Homepages aus Hessen, wie bspw. die Seite des *Freien Netzes Hessen* oder die Homepage der *Nationalen Sozialisten Rhein-Main*, hebt sich der Internetauftritt hinsichtlich Aktualität und inhaltlicher Statements ab. Auch die Kombination von Blog, *Facebook*-Seite und *Twitter* verdeutlicht ein Maß an Professionalität, mit dem kaum eine andere hessische extrem rechte Homepage mithalten kann. Insbesondere der *Facebook*-Auftritt dient der Rekrutierung neuer MitstreiterInnen. Durch das Nebeneinander von unpolitischen lokalen Nachrichten, wie Blitzer- oder Diebstahlmeldungen, und politischen Statements können wenig politisierte Menschen an extrem rechte Denkweisen herangeführt werden. Wird das Interesse geweckt, so kann man sich auf dem Blog[42] vertiefend mit Themen beschäftigen, die auf der *Facebook*-Seite meist nur angerissen werden. Der *Twitter* ist dann für diejenigen von Bedeutung, die sich vernetzen und über aktuelle Geschehnisse (bspw. bei Gegenveranstaltungen) informiert werden wollen (Abb. 4). Die inhaltliche Ausrichtung ist anschlussfähig für unterschiedliche Strömungen der extremen Rechten. Mit der Hinwendung zu den *Jungen Nationaldemokraten* haben sich die BetreiberInnen jüngst für den parteipolitischen Weg entschieden.

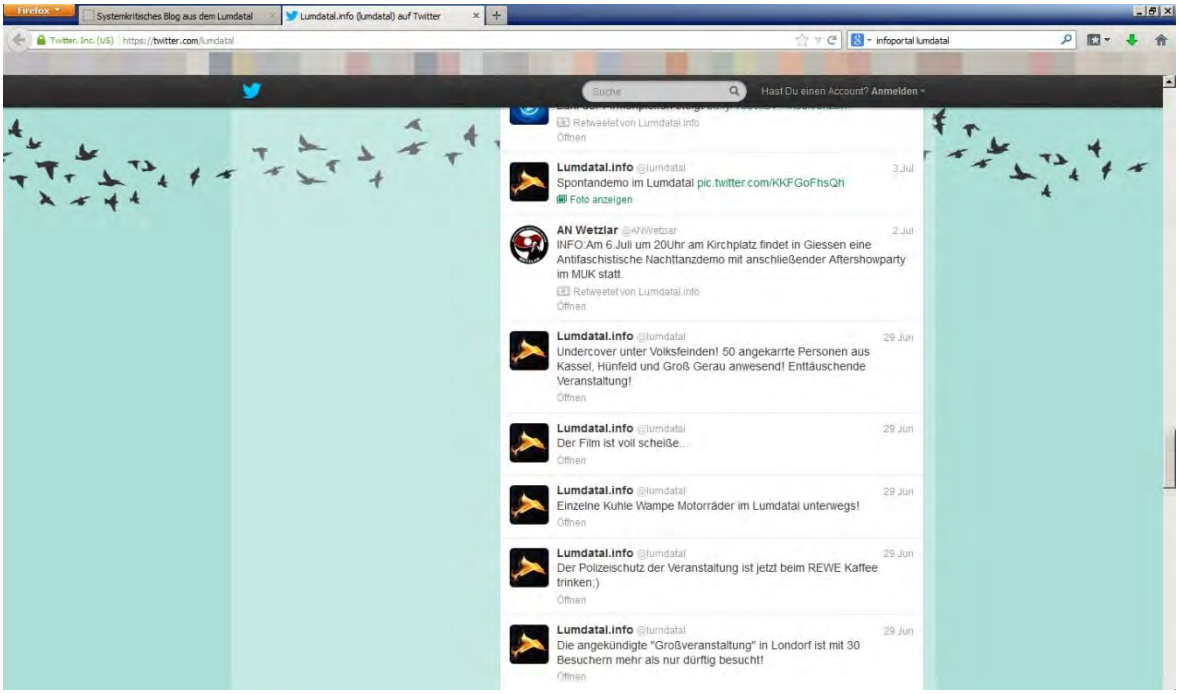


Abb. 4: Screenshot der Twitter-Seite *Lumdatal.info.*

[42] Das Blog *Infoportal Lumdatal* wird zwar nicht mehr aktualisiert, ist aber weiterhin erreichbar.

2. Gruppen der Identitären Bewegung

Ende Oktober 2012 traten zeitgleich drei Gruppierungen der *Identitären Bewegung* in der Stadt und im Landkreis Gießen via *Facebook* in Erscheinung: *Identitäre Bewegung Gießen*, *Identitäre Bewegung Lumdatal/Kreis Gießen* sowie die Gruppe *Identitäre Bewegung Gießen/Vogelsberg*.

Was ist die Identitäre Bewegung?

Die Gründung der *Identitären Bewegung Deutschlands* (IBD) wird auf Oktober 2012 datiert. Bereits im Dezember hatte die *Facebook*-Seite der IBD über 4.000 ‚Likes' (Stand 16.12.2012)[43]. Die IBD, die in erster Linie als Internetphänomen in Erscheinung tritt, versteht sich als Ableger der *Génération Identitaire*, der Jugendsektion des seit 2004 in Frankreich existierenden *Bloc Identitaire*. Mit der Gründung der IBD tauchte auf *YouTube* das französische Propagandavideo der *Génération Identitaire* mit deutschem Untertitel auf. Bekannt wurde das Video in Deutschland unter dem Titel „Identitäre Kriegserklärung ‚an Multi-Kulti'"[44]. Bundesweit gründeten sich daraufhin zahlreiche *book*-Gruppen.

Die IB versteht sich als europäische Bewegung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den europäischen Kontinent vor angeblicher „Überfremdung", „Massenzuwanderung" und „Islamisierung" zu schützen. Mit dem Aufruf zur ‚Reconquista'[45] bezieht sich die IB positiv auf die spanische Rückeroberung der Iberischen Halbinsel durch christliche Nachkommen der Bevölkerung des Westgotenreichs. „Europa! Jugend! Reconquista! gend kommt zu uns!!!" heißt es auf der *Facebook*-Seite der *IB Lumdatal/Kreis Gießen*[46].

Die IB fordert eine geistig-kulturelle Revolution der Jugend. Diese wird aufgefordert eine ‚europäische Identität' gegen „Multikulti-Wahn" und „Islamisierung" zu verteidigen. Ideologisch bezieht sie sich auf den so genannten ‚Ethnopluralismus', der mit Slogans wie „Für die Vielfalt der Kulturen" (Abb. 5) auf den ersten Blick harmlos erscheint. Der Nachsatz „Gegen Imperialismus und Multikulti" oder die Forderung „Für ein Europa der Vaterländer"[47] verdeutlicht jedoch, dass die Aussage „Vielfalt der Kulturen" nicht für eine

Das Symbol der IB:
Das Lambda

λ

Mit dem Lambda-Zeichen bezieht sich die Identitäre Bewegung (IB) symbolisch auf eine Überlieferung Herodots über den Kampf von angeblich rund 300 Soldaten aus Sparta gegen eine Übermacht von Persern in der griechischen Region Thermopylen um 480 v.Chr. Laut Überlieferung hielten diese 300 Kämpfer zwei Tage lang die Stellung. Das Lambda soll sich auf den Schilden der Spartaner befunden haben. Populär wurde diese Geschichte jüngst durch die Verfilmung eines Comics von Frank Miller mit dem Titel „300". Der Bezug der IB auf diese Schlacht verdeutlicht die Message: Das christliche Abendland werde durch die Invasion aus dem Orient bedroht; selbst wenn der Kampf aussichtslos sei, sei es immer noch besser, den Kampf zu führen und als Held zu sterben, als ‚geknechtet' zu leben und zuzuschauen, wie das Abendland untergehe.

---

[43] Vgl. Sieber, Roland (2012): Kampf um die „Identität" – Nazis wollen „Identitäre Bewegung", siehe: http://www.publikative.org/2012/12/16/kampf-um-die-identitat-nazis-wollen-identitare-bewegung/ (Stand: 12.07.2013).

[44] Siehe: http://www.youtube.com/watch?v=GuWvn2zcViY (Stand 12.07.2013).

[45] Zwischen 711 und 719 zerstörten aus Nordafrika kommende muslimische Eroberer das Westgotenreich und nahmen fast die gesamte Iberische Halbinsel ein. Eine christliche Rebellion gegen die muslimische Herrschaft in Asturien, die 718 begann, wurde zum Ausgangspunkt der so genannten Reconquista, der christlichen Rückeroberung der Iberischen Halbinsel. Die Reconquista endete 1492 mit der vollständigen Beseitigung des letzten muslimischen Herrschaftsbereichs und der Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus Spanien.

[46] Siehe: https://www.facebook.com/pages/Identit%C3%A4re-Bewegung-Lumdatal-Kreis-Gießen/277458455708994?fref=ts; Eintrag vom 30.10.2013 (Stand 12.07.2013).

[47] Siehe https://www.facebook.com/IdentitareBewegungGiessen?fref=ts; Eintrag vom 31.10.2012 (Stand 13.07.2013).

tikulturelle Gesellschaft steht, sondern für die Forderung ‚Franzosen in Frankreich', ‚Deutsche in Deutschland', ‚Türken in der Türkei' etc. „Identitär" bedeutet für die IB das Bekenntnis zur nationalen und/oder regionalen Herkunft und die Verteidigung einer daraus abgeleiteten Identität gegen eine angebliche „Überfremdung".

Abb. 5: Motiv der *Identitären Bewegung*.

Die Inanspruchnahme des Begriffs ‚Identität' für diese altbekannte rassistische Denkweise bietet Vorteile, da sich der Begriff unterschiedlich interpretieren lässt. So kann ‚Identität' in einem völkischen Sinne, als angeborene und unveränderliche ‚Eigenschaft', als auch in einem moderneren Verständnis begriffen werden: als bewusste Entscheidung, als Identifikation mit bspw. ‚der deutschen Kultur'. So können gleichzeitig unterschiedliche Strömungen der (extremen) Rechten angesprochen werden. Aussagen wie „100% identitär, 0% Rassismus" (Abb. 6) und „Nicht links, nicht rechts – identitär" (Abb. 7) versuchen einer Etikettierung der IB als extrem rechte Gruppierung entgegen zu steuern. Es soll suggeriert werden, man sei – obwohl man sich „gegen Multikulti" positioniert – gegen Rassismus und – trotz nationalistischem Weltbild – nicht ‚rechts'. Die genauere Betrachtung der Ideenwelt der IB zeigt jedoch, dass sich mit der positiven Bezugnahme auf den vagen Begriff ‚Identität' und den ‚Ethnopluralismus' der ‚Neuen Rechten' ein (Kultur)Rassismus verbindet, der die europäischen Identitäten von ‚dem Islam' abheben soll.

Abb. 6: Motiv der *Identitären Bewegung*.

Abb. 7: Motiv der *Identitären Bewegung*.

Die Identitäre Bewegung in der Stadt und im Landkreis Gießen

In den ersten Wochen ihrer Existenz suggerierten alle drei *Facebook*-Gruppen durch zahlreiche Einträge und ‚Likes', sie seien hoch aktiv. Bereits wenige Wochen später ebbte die Aktivität auf der Seite *Identitäre Bewegung Gießen* ab. Während auf dieser Seite seit Anfang Dezember 2012 nichts mehr passiert, sind auf den anderen beiden *Facebook*-Seiten der IBD, die sich dem Landkreis Gießen zuordnen lassen, Aktivitäten bis heute (Mitte Juli 2013) festzustellen.

Identitäre Bewegung Lumdatal/Kreis Gießen

Von allen drei Gruppen lässt sich auf der Seite der Identitären Bewegung Lumdatal/Kreis Gießen die größte Aktivität feststellen. Mit 214 „Gefällt mir"-Klicks (Stand 14.08.2013) hat die Gruppe, die als erste einen Facebook-Auftritt hatte (sie gründete sich am 25. Oktober 2012), auch die meisten ‚Likes' gesammelt. Sie wird regelmäßig gepflegt und ist aktuell. Inwieweit sich hinter der Facebook-Seite ein eigenständiger Personenkreis verbirgt, kann nicht gesagt werden. Es scheint, als ob die Gruppe eng mit den MacherInnen des Infoportals Lumdatal bzw. der Facebook-Gruppe ‚Lumdatal Stimme' zusammenarbeitet oder es personelle Überschneidungen gibt. Nicht nur in Bezug auf Themen und Verweise gibt es zahlreiche Parallelen (zentrales Thema: ‚Bedrohung' Deutschlands bzw. Europas durch ‚Überfremdung', insbesondere durch ‚den Islam', bei gleichzeitigem Geburtenrückgang der ‚Alteingesessenen'), sondern es finden sich auch Hinweise zu gemeinsamen Aktionen (wie bspw. eine Kriegsdenkmäler-Aktion im November 2012, das Verteilen eines gemeinsamen Flugblattes „Vergesst niemals Dresden" im Februar 2013 oder die im Mai veranstaltete Kundgebung in Allendorf unter dem Motto „Das Lumdatal bleibt national"). In einem Posting vom November heißt es, die Gruppe habe „mit neu kennengelernten Patrioten aus dem Lumdatal 11 Kriegsdenkmäler mit Plakaten, Rosen & Kerzen bestückt"[48]. Ob hier tatsächlich neue Bekanntschaften entstanden sind oder vielmehr suggeriert werden soll, es existiere eine personenstarke ‚nationale Bewegung' im Lumdatal, kann nicht gesagt werden.

Die für die IB typischen antimuslimischen Äußerungen sind auch auf der Seite der Gruppe aus dem Lumdatal zentral. Regelmäßig wird auf Artikel des größten deutschsprachigen antimuslimischen Blogs *Politically Incorrect* verwiesen. Die meisten Postings (v.a. verlinkte Artikel und Videos) stehen in engem Zusammenhang mit dem Thema ‚Identitätsverteidigung'. Gemäß der in diesem Kontext propagierten Ideologie werde ‚die Identität' v.a. durch ‚den Islam', ‚linke Propaganda' oder durch den „Zeitgeist"[49] bedroht. Die ‚Identität' werde jedoch nicht nur hinsichtlich einer kulturellen Identifikation bedroht, sondern auch in Bezug auf die Geschlechtsidentität. Der Kampf Schwuler, Lesben und Transgendermenschen für die Anerkennung ihrer individuellen Identität jenseits von Heteronormativität[50] wird als Bedrohung für die eigene Geschlechtsidentität empfunden und abgewehrt.[51]

Eine weitere Parallele zum *Infoportal Lumdatal* bzw. der *Lumdatal Stimme* findet sich in der Strategie, Begriffe inhaltlich umzudeuten: In dem verlinkten *YouTube*-Video „This is Europa – We are Europe" [sic!] wird propagiert, hinter dem Etikett „anti-racist" verstecke sich eigentlich eine „anti-white"-Haltung[52]. Es wird hier versucht, Antirassismus in sein Gegenteil, nämlich Rassismus, umzuinterpretieren: ein angeblicher

---

[48] Siehe: https://www.facebook.com/pages/Identitäre-Bewegung-Lumdatal-Kreis-Gießen/; Eintrag vom 18.11.2012 (Stand: 12.07.2013).

[49] Siehe https://www.facebook.com/pages/Identit%C3%A4re-Bewegung-Lumdatal-Kreis-Gießen/277458455708994?fref=ts; Eintrag vom 25.02.2013 (Stand 12.07.2013).

[50] Heteronormativität beschreibt eine Weltsicht, die Heterosexualität als soziale Norm postuliert und Geschlechtsidentität mit dem biologischen Geschlecht gleichsetzt. Alternative Formen sexueller Orientierung und die Entkoppelung von biologischem Geschlecht und Geschlechtsidentität werden als ‚unnatürlich' abgelehnt.

[51] Siehe im verlinkten Video: http://www.youtube.com/watch?v=nYs4Tiwfib0 (Stand 12.07.2013).

[52] Vgl. *YouTube*-Video „This is Europa – We are Europe" [sic!]; siehe: https://www.facebook.com/pages/Identit%C3%A4re-Bewegung-Lumdatal-Kreis-Gießen/; Eintrag vom 22.06.2013 (Stand: 12.07.2013).

Rassismus gegenüber ‚den Weißen'. Auch der Faschismusbegriff wird umgedeutet: Antifaschistische Forderungen wie „Kein Fußbreit dem Faschismus" werden übernommen und gegen antifaschistisches Engagement gerichtet. So heißt es auf der Seite: „Kein Fussbreit [sic!] den Faschisten, alle Patrioten im Lumdatal stehen Seite an Seite gegen die roten Faschisten". Der Faschismusbegriff wird so völlig sinnentleert und nur aufgrund seines bewertenden Gehalts (der Positionierung gegen Faschismus) genutzt. Diese Versuche der Begriffsumdeutung zielen auf die Diskreditierung von Antirassismus ab und darauf, Menschen für die eigene Perspektive zu gewinnen.

Identitäre Bewegung Gießen/Vogelsberg

Auch die *Facebook*-Seite der *Identitären Bewegung Gießen/Vogelsberg*, die am 28. Oktober 2012 gegründet wurde, ist bis heute aktiv. Mit 105 ‚Likes' fällt sie deutlich hinter die Gruppe aus dem Lumdatal zurück. Auffällig ist bei dieser Seite, dass kaum Texte, dafür aber umso mehr Bilder und Videos gepostet werden.

Inhaltlich wird die für die IB typische gegen ‚den Islam' gerichtete ‚ethnozentrische' Perspektive geäußert: „Wir kämpfen für den ethno-kulturellen Erhalt unseres Volkes und unseres Vaterlandes und gegen ein Multikulti-Utopia. Wir richten uns gegen die Islamisierung Europas, kämpfen aber nicht den globalen Kampf der Kulturen. Der Islam hat seinen eigenen Kulturraum und dort soll er auch bleiben."[53]

Im Vergleich zu den anderen Gruppen gibt es auf der Seite Hinweise auf mehrere reale Gruppentreffen. Ebenso wird berichtet, dass Aktionen wie das Verteilen von Flugblättern und das Kleben von Stickern stattgefunden hätten. Dies soll verdeutlichen, dass die Gruppe nicht nur im Internet existiert, sondern „[v]on der Idee [zur] Tat"[54] (Abb. 8) geschritten sei. Die Kurzberichte sind gekoppelt mit der Aufforderung „Seid dabei!" oder „Errichtet Identitäre Zellen!"[55] Der Aufruf zur Tat scheint dieser Gruppe besonders wichtig zu sein, sprechen doch viele gepostete Bildmotive eine solche Sprache. Die Gruppe rief zudem zur Beteiligung an der Kundgebung in Allendorf im Mai 2013 auf.[56] Berührungsängste hinsichtlich radikalerer rechter Strömungen scheint sie nicht zu haben. Zumindest kann das Statement „0% Distanzierung, 100% Identität!"[57] (das einer Abwandlung der gängigen IB-Parole „0% Rassismus, 100% tät" entspricht) als eine solche Solidaritätserklärung gelesen werden.

Abb. 8: Motiv der *Identitären Bewegung*.

[53] Siehe: https://www.facebook.com/IdentitareBewegungGiessen?fref=ts; Eintrag vom 28.10.2012 (Stand: 13.07.2013).
[54] Siehe: ebd.; Bildmotiv vom 12.10.2012 (Stand 13.07.2013).
[55] Siehe: ebd.; Eintrag vom 29.10.2012 (Stand: 13.07.2013).
[56] Siehe: ebd.; Eintrag vom 21.05.2013 (Stand: 13.07.2013).
[57] Siehe: ebd., Eintrag vom 08.02.2013 (Stand: 13.07.2013).

Identitäre Bewegung Gießen

Die *Facebook*-Gruppe *Identitäre Bewegung Gießen*, die sich ebenso am 28. Oktober 2012 gegründet hat, existiert zwar noch, faktisch wurde jedoch von den BetreiberInnen seit dem 06. Dezember 2012 nichts mehr gepostet. Lediglich zwei User haben auch in 2013 Beiträge gepostet (das letzte Mal im Juni 2013)[58]. Insgesamt hat die Seite 65 ‚Likes'. Inhaltlich positioniert sie sich in typischer Weise gegen „Multikulti-Wahn[…]"[59]

Dass im Landkreis Gießen gleich drei Gruppen der IB existieren, ergibt sich daraus, dass die IB in erster Linie ein Internetphänomen ist. Eine *Facebook*-Seite lässt sich ohne großen Aufwand einrichten. Auch ist die Gründung einer real existierenden lokalen Gruppe nicht notwendig. Für die Erstellung und Pflege eines solchen *Facebook*-Profils reicht die Aktivität einer einzigen Person. Der Vergleich der drei Gruppen lässt jedoch die Vermutung zu, dass ein solches *Facebook*-Profil v.a. dann Bestand hat, wenn es Anschluss an einen realen lokalen Personenkreis oder ähnlich ausgerichtete Strukturen hat. Wahrscheinlich ist dieser Faktor auch bedeutsam für die Frage nach der (zukünftigen) Relevanz der IB in der Bundesrepublik. Auch wenn aus den Gruppen der IBD keine relevante politische Praxis hervorgehen sollte, so sollte das Phänomen nicht ignoriert werden. Durch das Aufgreifen von in der Gesellschaft weit verbreiteten ressentimentbeladenen Denkweisen und Stimmungen, welche die IB, nicht ganz ungeschickt, in moderate und modernisierte Ausdrucksformen packt, stellt die IB auch als Internetphänomen eine Gefährdung demokratischer Grundwerte dar.

3. Black-Metal-Label und Online-Shop Supremacy through Intolerance

Mit dem Online-Shop *Supremacy through Intolerance* (STI) existiert im Landkreis Gießen ein Musikproduzent und Versandhändler, der Anhänger des Musik-Genres Black Metal (BM) bedient. Die Produktionen und das Verkaufsangebot zeigen, dass es sich um einen BM-Shop handelt, der neonazistischen Bands ein Forum bietet und für die Verbreitung von extrem menschenverachtenden Gedankenwelten Mitverantwortung trägt. Die schwerpunktmäßige Ausrichtung auf extrem rechten BM brachte STI einen Eintrag im hessischen Verfassungsschutzbericht von 2010 ein.[60] Warum der Versandhandel im Folgejahr nicht mehr erwähnt wird, ist angesichts der Ergebnisse der hier vorgelegten Analyse unverständlich. Kurz vor Redaktionsschluss fanden Hausdurchsuchungen bei STI sowie einigen seiner KundInnen statt, bei denen mehr als 2.000 Tonträger beschlagnahmt wurden. Die Ermittlungen wegen illegaler Verbreitung von volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Tonträgern wurden aufgenommen.[61]

Was ist Black Metal?

Um die Entstehung des extrem rechten Flügels im BM verstehen und einordnen zu können, wird hier zunächst die Geschichte des Musik-Stils knapp skizziert. Black Metal (BM) ist eine Musikrichtung, die in den 1980er Jahren als „eine der extremsten Spielarten des Heavy Metal"[62] entstand. Schnelle Gitarrenriffs, treibende Schlagzeugrhythmen und kreischender Gesang charakterisieren die Musik. Daneben zeichnet sich der

---

[58] Siehe: https://www.facebook.com/pages/Identit%C3%A4re-Bewegung-Gießen/398199383581672? fref=ts (Stand 13.07.2013).
[59] Siehe: ebd.; Eintrag vom 09.11.2012 (Stand 13.07.2013).
[60] Vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2011): Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2010, 106.
[61] Vgl. „Schlag gegen Handel von Nazi-Musik", in: Gießener Allgemeine vom 22.08.2013; siehe auch: http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Stadt/Uebersicht/Artikel,-Schlag-gegen-Handel-mit-Nazi-Musik-_arid,441067_regid,1_puid,1_pageid,113.html (Stand: 24.08.2013).
[62] Lohmann, Johannes/Wanders, Hans (2002): Evolas Jünger und Odins Krieger. Extrem rechte Ideologien in der Dark-Wave- und Black-Metal-Szene, in: Christian Dornbusch/Jan Raabe: Rechtsrock, Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster, 269.

BM durch eine bestimmte inhaltliche Ausrichtung und eine martialische Ästhetik (insbesondere durch ‚war paint' – Kriegsbemalung und/oder ‚corpse paint' – Leichenbemalung sowie Attribute wie schwarze Kleidung, Patronengurt, Nieten und historische Waffen) aus. Der extrem rechte US-amerikanische Dark-Wave-Musiker Michael Moynihan beschreibt BM folgendermaßen: „Black Metal bedient sich des extremen Heavy Metal und zerreißt ihn zu giftigen, scharfkantigen Splittern hörbaren Hasses"[63]. Thematisch unterscheidet sich der BM von anderen Heavy Metal-Richtungen durch satanistische, okkultistische und antichristliche Inhalte. Während dieses Image von Bands der ersten Generation (bspw. die Namensgeber des BM *Venom* sowie *Slayer* oder *Possessed*) auch immer wieder ironisch gebrochen wurde, so fehlte diese Selbstironie den sich radikalisierenden Nachfolgern.

Den Ausgangspunkt dieser sich Anfang der 1990er Jahre etablierenden zweiten Generation bildeten die norwegischen Bands *Mayhem*, *Burzum*, *Emperor* und *Immortal*: „Sie versuchten zu leben, wovon sie sangen. Sie wollten das absolut ‚Böse' verkörpern. ‚Böse' bedeutete nicht nur die Verehrung der Negation des ‚christlich Guten' – des Satans – sondern allgemein der positive Bezug auf Hass, Gewalt, Krieg und Tod."[64] Menschenverachtung und Geringschätzung des Lebens sind seitdem zentrale Merkmale des BM. Dass es sich hierbei nicht immer nur um ‚Kunst' handelt, sondern daraus durchaus blutige Realität werden kann, haben Kristian (Varg) Vikernes (*Burzum*) aus Norwegen sowie die Band *Absurd* um Hendrik Möbus aus Deutschland 1993 gezeigt: Vikernes tötete mit über 20 Messerstichen seinen ehemaligen Weggefährten Øystein (Euronymous) Aarseth (Sänger der Band *Mayhem*)[65]; Möbus ermordete gemeinsam mit seinen Bandkollegen Sebastian Schauseil und Andreas Kirchner den 15-jährigen Schüler Sandro Beyer. Durch diese Taten erhielten beide Bands Kultstatus in weiten Teilen der BM-Szene. Die BM-Fans dieser zweiten Generation hielten den Tätern zugute, „nicht nur über Satanismus, Hass und Mord zu singen, sondern den Worten auch Taten folgen zu lassen."[66]

Beide Beispiele zeigen, dass die den BM charakterisierenden Inhalte aufgrund ihrer menschenverachtenden, ‚das Böse' und den Tod verherrlichenden Grundhaltung kompatibel mit extrem rechtem Gedankengut sind. Menschenverachtung, das offene Bekenntnis zu Intoleranz, die strikte Ablehnung demokratischer Werte und der positive Bezug zum Elitarismus sind in dieser Szene weit verbreitet. Zur nochmaligen Veranschaulichung ein Zitat von Varg Vikernes: „Menschliche Wesen sind wertlos und dumm. Sie sollten nicht denken. Sie sollten einem Gott oder Führer folgen. Ich unterstütze alle Diktaturen, Hitler, Stalin, Ceaucescu … und ich will selbst Diktator von Skandinavien werden. Ich bin ein Wikinger; man erwartet von uns, dass wir kämpfen. Make war, not love"[67]. So verwundert es kaum, dass Vikernes nach seiner Verhaftung die extrem rechte völkisch-heidnische Organisation *Allgermanische Heidnische Front* (AHF) gründete. Bei dem 1998 gegründeten deutschen Ableger der AHF, der *Deutschen Heidnischen Front* (DHF)[68], die offen den Nationalsozialismus glorifizierte, war Hendrik Möbus ‚Reichsführer'.[69] Das Beispiel AHF/DHF zeigt die Kompatibilität der den BM begründenden antichristlichen Grundhaltung mit heidnischen Mythen und völkischen Vorstellungen vom ‚Germanischen' bzw. einer ‚arischen Rasse'. Ebenso verbreitet ist die Kombination des Antichristlichen mit Antijudaismus. Antisemitische Inhalte sind im BM vermutlich auch aus diesem Grund weit verbreitet.

---

[63] Michael Moynihan, zitiert nach: Fromm, Rainer (2003): Genese der Black Metal-Subkultur und des Neosatanismus in der Rockmusik, in BPjM-Aktuell, H. 4, 7. Siehe: http://www.bundespruefstelle.de/ bpjm/redaktion/PDF-Anlagen/bpjm-aktuell-genese-der-black-metal-subkultur-und-neosatanismus-in-der-rockmusik-aus-04-03,property=pdf,bereich=bpjm,sprache=de,rwb=true.pdf (Stand: 15.07.2013).

[64] Lohmann/Wanders a.a.O., 298.

[65] Zudem beteiligte sich Vikernes bei einigen der über 30 Kirchenbrände in Norwegen Anfang der 1990er Jahre sowie an Grabschändungen.

[66] Dornbusch, Christian/Killguss, Hans-Peter (2005): Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazis, Münster, 148.

[67] Varg Vikernes, zitiert nach: Lohmann/Wanders a.a.O., 298.

[68] Laut Wikipedia-Eintrag sei die Organisation nach Eigenangaben seit 2005 nicht mehr aktiv (vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Heidnische_Front, Stand: 15.07.2013).

[69] Vgl. Dornbusch/Killgus a.a.O., 158.

Was ist NSBM?

NS-Black-Metal (NSBM) ist zum einen eine Selbstbezeichnung extrem rechter, den Nationalsozialismus (NS) und/oder die Shoa verherrlichender BM-Bands. Zum anderen kennzeichnen jedoch auch KritikerInnen bzw. AntifaschistInnen – unabhängig von der Eigenbezeichnung – BM-Bands mit extrem rechten Bezügen und Inhalten als NSBM. NSBM-Bands stellen die BM-typische Terminologie von Zerstörung, Krieg, Hass, Apokalypse und dem Antichristlichen in einen pro-nazistischen Kontext. Die Grenzen zwischen ‚unpolitischen' BM- und NSBM-Bands sind fließend. Das Internetportal *Netz-gegen-Nazis.de* charakterisiert NSBM folgendermaßen: "Die NS-Zeit wird okkult-esoterisch verklärt. Nordische Mythologie und Blut-und-Boden-Ideologie spielen eine wichtige Rolle und werden zu einem Konstrukt der ‚arischen Vorherrschaft' zusammengefügt. Die Attribute dieser Philosophie sind Stärke und Härte, der oder das Schwache gilt als minderwertig. Aber auch allgemeine Misanthropie ist ein wichtiges Merkmal. Die anti-kirchliche, anti-christliche Haltung bestimmter Metal-Subkulturen wird übernommen. Gleichzeitig werden Elemente aus dem Germanischen Neuheidentum (Asatru) entlehnt und zu einer rechtsextremen Ideologie der starken Germanen bzw. Arier, denen die Herrschaft über die Christen und alle anderen Menschen zusteht, vermengt."

Schwarze Sonne

Sinnbildlich für das Bekenntnis zum NS steht die Verwendung der Schwarzen Sonne. Das Symbol, das als zwölfarmiges Hakenkreuz oder als Rad aus zwölf Sig-Runen[70] gedeutet werden kann, taucht im BM immer wieder auf. Der SS diente die Schwarze Sonne als „Sinnbild einer nordisch-heidnischen Religion und eines vorgeblich uralten geheimen Wissens"[71]. Das Symbol ist kein historisches, germanisches Symbol, wie gerne von rechten Kreisen behauptet wird, sondern ein von der SS geschaffenes Kunstsymbol. In der SS-Kultstätte Wewelsburg ist das Symbol als Mosaik im Boden des ‚Obergruppenführersaals' eingelassen. Erst nach 1945 wurde es als Schwarze Sonne bezeichnet. Das Symbol ist nicht verboten und wird daher in der Neonaziszene gerne als Ersatz für das verbotene Hakenkreuz verwendet.

Charakterisierung von Supremacy through Intolerance

Abb. 9: Logo des Internet-Shops *Supremacy through Intolerance.*

Der Plattenproduzent und Vertrieb STI tritt mit einer eigenen Homepage und einer *Facebook*-Seite als Internet-Shop auf. Bereits der Name (dt.: Vorherrschaft durch Intoleranz) zeigt die für den BM typische menschenverachtende, demokratiefeindliche Haltung an. STI steht jedoch nicht nur für diese den BM kennzeichnende Grundhaltung. Durch die Verwendung der *Schwarzen Sonne* (siehe Kasten) im Logo des Shops wird der Bezug zum NS hergestellt (Abb. 9). Damit wird bereits deutlich, dass es sich hier nicht um einen unpolitischen BM-Versand handelt. Die eingehende Betrachtung der Veröffentlichungen und des Verkaufsangebots bestätigt, dass es sich bei STI um ein Label und einen Online-Shop handelt, dem deutliche Bezüge zum NSBM nachgewiesen werden können.

[70] Die Sig-Rune (ᛋ) geht zurück auf das von dem völkischen Autor Guido von List erfundene Runenalphabet (das er „Armanenfuthark" nannte). Zum Bedeutungsgehalt der Sig-Rune erklärte von List in seinem Buch *Das Geheimnis der Runen* von 1907: „sal und sig (Heil und Sieg)! Dieser vieltausendjährige urarische Gruß- und Kampfruf... ist in der ‚Sig-Rune' (Siegrune), dem elften Zeichen des Futharks zum Symbol geworden: Der Schöpfergeist muss siegen!" Im Nationalsozialismus wurde die Sig-Rune zum politischen Symbol: Neben dem Deutschen Jungvolk verwendete die SS die Sig-Rune. In der Bundesrepublik ist die Verwendung des Symbols strafbar.

[71] Kulick/Staud 2009: 277.

Supremacy through Intolerance als Musikproduzent

Im Folgenden werden beispielhaft drei Bands vorgestellt, deren Tonträger STI veröffentlicht. Weitere Beispiele finden sich in einer ausführlicheren Dokumentation im Anhang an diesen Aufsatz (S. 88-90).

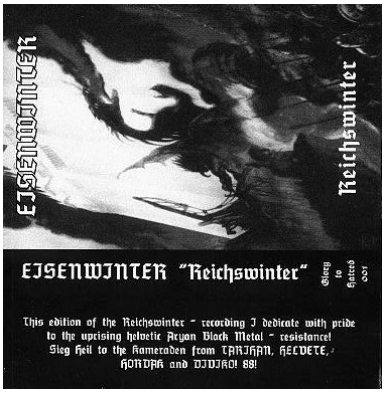


Abb. 10: Inlet der MC *Eisenwinter*: Reichswinter

Hinsichtlich der Produktionen des Labels sticht insbesondere die NSBM-Band *Eisenwinter* aus der Schweiz hervor. STI veröffentlicht seit 2007 Tonträger der Band, der positive Bezüge zum NS nachgewiesen werden können. So widmet *Eisenwinter* bspw. das Demotape *Reichswinter* von 1999 „with pride to the uprising helvetic Aryan Black Metal – resistance! Sieg Heil to the Kameraden from Tarihan, Helvete, Hordak, Diviko [?[72]]! 88[73]!“ (Abb. 10). Auch eine Split-Veröffentlichung von 2001[74] mit der hessischen NSBM-Band *Aryan Blood* verdeutlicht den positiven NS-Bezug von *Eisenwinter* (Abb. 11).

Abb. 11: Cover der Split-Platte *Aryan Blood/Eisenwinter*.

Aryan Blood sind auf dieser Split-Platte mit einer Rock-Version des HJ-Liedes *Unsere Fahne flattert uns voran* vertreten. Dazu passend enthält das Begleitheft ein Zitat des verurteilten Rechtsterroristen Manfred Roeder. Hakenkreuzverwendungen und Plattentitel wie *Verkommen, entartet und verreckt* (2007) oder *Armee der arischen Untoten* (2012) sowie Songtitel wie *Auschwitzer Grimmigkeit* legen nahe, dass *Eisenwinter* von der nationalsozialistischen Ideologie und Vernichtung fasziniert ist. Zwischen *Eisenwinter* und STI scheint eine enge Freundschaft zu bestehen. Über den STI-Betreiber sagt die Band, dass dieser „schon fast zu EW [Eisenwinter, Anm. d. Verf.]“[75] gehöre.

Abb. 12: Cover *Adoria*: Germaniens Stimme

Adoria aus Österreich können ebenso dem NSBM zugerechnet werden. Im Bandlogo findet sich eine *Schwarze Sonne*. STI veröffentlichte die MC[76] *Für Was Wir Stehen…*, die u.a. das Demo *Germaniens Stimme* von 2011 beinhaltet (Abb. 12). Auf diesem befindet sich, neben dem Coversong *Für Germanien* von *Absurd*, auch eine Cover-Version des Titels *Lenker der Schlacht* der als kriminelle Vereinigung verbotenen Neonaziband *Landser*, deren Mitglieder sich selbst als „Terroristen mit E-Gitarre“ bezeichnen. Daneben befinden sich Songs wie *Germaniens Werwölfe* oder *Heil dir, mein Vaterland*. In letztgenanntem Song besingen die Österreicher ihren Stolz, deutsch [!] zu sein. Neben Bands aus dem angrenzenden Ausland produziert STI auch Tonträger von Bands aus anderen Kontinenten (insbesondere aus Australien, den USA und Kanada).

[72] Der Bandname ist aufgrund des verwendeten Schrifttyps schwer zu entziffern. Die Band könnte auch Viviko, Didiko o.ä. heißen.
[73] Die Zahl ‚88‘ ist ein gängiger Zahlencode in der Neonaziszene. Die Zahl 8 steht für den 8. Buchstaben im Alphabet, das H. Der Code steht für HH, ‚Heil Hitler‘.
[74] Die Split-Veröffentlichung *Aryan Blood/Eisenwinter* ist nicht bei STI erschienen.
[75] Siehe *Eisenwinter*-Interview: http://sturmglanz.de/bands146.php (Stand 07.08.2013).
[76] MC steht für *Music Cassette*.

STI unterstützt jedoch auch regionale Gruppen. So kündigt STI derzeit an, das Demo der hessischen Band *Grabschänder* (aus Weimar/Lahn) mit dem Titel *Masturbation Of The Undead* als Vinylplatte zu veröffentlichen[77]. Die Band verherrlicht mit ihren Alben (bspw. *Leichenduft* oder *Verfaultes Fleisch*), Songtiteln und Platten-Covers Tod, Leichen und Verwesung. Auf dem Album *Masturbation Of The Undead* befindet sich jedoch auch ein Lied, das den Titel *Leichenzug der Totenkopfdivision* trägt. Damit bezieht sich die Band positiv auf die SS. So verwundert es auch nicht, dass *Grabschänder* eine Split-Platte unter dem Titel *Vereint im Glauben, vereint im Kampfe* mit den hessischen Bands *Hati* und *Katharkh* veröffentlicht hat (Abb. 13). *Hati* führt ein *Keltenkreuz*[78] im Schriftzug und muss als extrem rechte Band eingestuft werden. Auf die Frage, was *Grabschänder*-Bandmitglied Seigor (der zugleich auch Mitglied bei *Hati* ist) vom NSBM hält, antwortet dieser in einem Interview: „Dass der NS Black Metal so nieder gemacht wird, ist einzig und allein auf die Vergangenheit von Deutschland zurückzuführen. In keinem anderen Land der EU ist das so extrem. Mehr will ich dazu auch nicht sagen, da dieses Thema mir zum Hals raus hängt.“[79]

Abb. 13: Cover der Split-Platte *Hati/Katharkh/Grabschänder*.

Supremacy through Intolerance als Vertrieb[80]

Neben den eigenen Produktionen verkauft STI zahlreiche Veröffentlichungen anderer BM-Bands. Eine eingehende Betrachtung des Verkaufsangebots verdeutlicht, dass STI mehrere dutzend Bands aus dem In- und Ausland vertreibt, die dem NSBM zuzuordnen sind oder zumindest extrem rechte Denkmuster vertreten. Texte, Layout sowie Lied- und Albentitel von Bands wie bspw. *Totenburg* (Gera), *Der Stürmer* (Athen) (Abb. 14/15), *Holocaust Storm* (Krakau), *Wolfnacht* (Korfu) (Abb. 16/17), *Aryan Blood* (Hessen), *Eugenik* (Thüringen), *Sunwheel* (Warschau) (Abb. 18) sind geprägt durch NS- und Holocaust-Verherrlichung, Rassismus und eliminatorischen Antisemitismus. Zahlreiche weitere Bands aus dem Verkaufsangebot von STI sowie ausführlichere Beschreibungen befinden sich im Anhang an diesen Aufsatz (S. 88-90).

Abb. 14: Inlet der MC *Der Stürmer*: Europa erwache.

Abb. 15: Cover der Platte *Der Stürmer*: Transcedental Racial Idealism.

[77] Siehe: http://shop.supremacy-through-intolerance.org/ (unter Label-News, Stand 07.08.2013).
[78] Das *Keltenkreuz* steht in der extremen Rechten weltweit für die ‚Vormachtstellung der weißen Rasse‘. Die öffentliche Verwendung des ‚White-Power-Symbols‘ ist seit 2008 strafbar.
[79] Siehe: http://www.oocities.org/de/damned_child_666/Interviews/grabschaender.htm (Stand 07.08.2013).
[80] Nach der Hausdurchsuchung bei STI (20.08.2013) hat der Vertrieb zahlreiche der hier genannten Produkte aus dem Verkaufsangebot genommen.

Abb. 16: *Wolfnacht.*

Abbildung 17: Cover der MC *Wolfnacht*: Blut und Ehre.

Abb. 18: Logo von *Sunwheel.*

Dass sich im Black Metal so viele Bands mit extrem rechter Ausrichtung finden lassen, wird an einer Aussage von ‚Skatval' von *Nordreich* deutlich: „Für mich bedeutet Black Metal Krieg gegen alles Fremdartige, Kranke, Schwache und Falsche, welches versucht mein Volk, mein Land und meine Kultur zu blenden und zu vergiften"[81]. Die NSBM-Band *Wehrhammer* aus Oberhausen äußert sich in ähnlicher Weise: „Wehrhammer ist Black Metal, eine alles hassende Form der Kriegsmusik. […] Wehrhammer ist wahr und wird niemals ein Trend sein, denn Hass ist rein und nur den erlesenen Kriegern gewidmet, die für die Zerstörung leben. Heil Black Metal!"[82] Dass dieser Hass nicht willkürlich ist, sondern sich in völkischer Weise artikuliert, wird im Nachsatz deutlich: „ich denke, dass wir Deutschen die eigentliche ‚Herrenrasse' sind. Wir sind ein starkes Volk mit starken Kriegern und klugen Köpfen"[83].

Dass der Vertrieb STI sehr genau weiß, was er verkauft, wird daran deutlich, dass einige Bands unmissverständlich als NSBM bezeichnet werden. Jedoch nicht alle Bands mit eindeutigem NS-Bezug oder antisemitischen, rassistischen Einstellungen werden als solche gekennzeichnet. Während bspw. die griechische NSBM-Band *Der Stürmer* nur als „Elite Black Metal" oder *Wolfnacht* schlicht als „Pure Black Metal" angepriesen werden, werden ebenso eindeutige Bands wie *Galgenberg* (Polen), *Blutrache* (Sachsen-Anhalt)[84] oder *Flammentod* (Hessen) als das beschrieben, was sie sind: NSBM. Explizit wird die Zustimmung von STI zu extrem rechten Denkweisen auch in der Beschreibung des NSBM-Fanzines *Der Blutadler.* Auf seiner *Facebook*-Seite wirbt STI: „Deutsches Black Metal Heft für Freunde der politisch inkorrekten Unterhaltung! Zwiegespräche mit Eisenwinter, Totenburg, Vogelsang, Paganblut und Feuernacht auf 42 DinA4-Seiten. Limited auf 88[85] handnummerierte Exemplare!"[86] An der Art und Weise, wie STI Aufnäher der Band *Ampütator* bewirbt, wird darüber hinaus deutlich, dass auch im BM rechtsextreme und neonazistische Einstellungen mit antifeministischen Denkweisen einhergehen. Auf dem *Facebook*-Profil von STI heißt es: „support the war against feminism, buy ampütator patches"[87].

Auch wenn die SzeneanhängerInnen selten politisch aktiv werden oder ihrem Gedankengut Taten folgen lassen, so sollte die Wirkung der Texte und Musik auf ihre Fans nicht unterschätzt werden. Die Friedhofs-

[81] Skatval, zitiert nach: Dornbusch/Killguss 2005: 184.
[82] Thorsten Kunz, zitiert nach: Dornbusch/Killguss 2005: 190.
[83] Ebd.
[84] Die Band gründete Absurd-Mitglied Sebastian Schauseil 2004 nach seiner Haftentlassung.
[85] Die Limitierung auf 88 Exemplare ist kein Zufall, steht die 88 in Neonazikreisen für HH (Heil Hitler); siehe auch Fußnote 73.
[86] Siehe: https://www.facebook.com/pages/Supremacy-Through-Intolerance/166608836748972?fref =ts; Eintrag vom 14.03.2012 (Stand 07.08.2013).
[87] Siehe https://www.facebook.com/pages/Supremacy-Through-Intolerance/166608836748972?fref=ts Eintrag vom 24.02.2012 (Stand 07.08.2013).

schändungen um die Jahreswende 2011/12 im Landkreis Gießen, bei der umgedrehte Kreuze und Hakenkreuze auf Grabsteine gesprüht würden, könnten von Anhängern der BM-Szene stammen; die szenetypische Kombination von Antichristlichem mit der Verherrlichung des NS finden sich in dieser Deutlichkeit in kaum einem anderen rechtsextremen Spektrum. Die Gefahr, dass die teilweise extrem menschenverachtenden Texte Einstellungen verfestigen und daraus schwerwiegendere Taten folgen können, besteht selbstverständlich.

4. Burschenschaft Dresdensia Rugia zu Gießen

Mit der Homepage und *Facebook*-Seite der *Dresdensia-Rugia zu Gießen* (DR) ist zudem auch eine extrem rechte Burschenschaft in der virtuellen Welt Gießens vertreten. Die 1951 wiedergegründete Burschenschaft ist eine so genannte pflichtschlagende Studentenverbindung[88], die in der extrem rechten Dachorganisation *Deutsche Burschenschaft* (DB) organisiert ist. Mit dieser teilt sie die Losung „Ehre, Freiheit, Vaterland". Klickt man auf die Homepage der DR wird man mit eben diesen Worten begrüßt, die, so heißt es weiter auf der Startseite, „[f]ür uns keine Phrase, sondern täglicher Auftrag – heute mehr denn je!"[89] darstellen.

Überregional bekannt wurde die DR 2004, als die NPD mit zwölf Abgeordneten in den sächsischen Landtag einzog: Einer von ihnen war Jürgen W. Gansel, ‚Alter Herr' der DR. Gansel, der in Gießen und Marburg studierte, radikalisierte sich während seiner Zeit als aktiver Bursche in der DR und trat in die NPD ein. Er bekleidete zahlreiche Spitzenpositionen auf Landes- und Bundesebene der NPD, gilt als Chefideologe der Partei und wird vom hessischen Landesamt für Verfassungsschutz als Neonazi eingestuft.[92] Gansel ist nicht der einzige Burschenschafter der DR, der NPD-Mitglied ist (oder war): Auch der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer und der ehemalige Bundesvorsitzende der *Jungen Nationaldemokraten* (JN), Stefan Rochow[93], durchliefen die verschiedenen Stadien burschenschaftlicher Sozialisation in der DR. Mit Michael Hahn befindet sich auch ein Vorstandsmitglied des Landesverbandes der NPD

Was ist die Deutsche Burschenschaft (DB)?

Die Deutsche Burschenschaft (DB) ist ein Dachverband von Studentenverbindungen am rechten Rand des Korporationswesens. Derzeit gehören der 1881[90] gegründeten DB siebzig Burschenschaften aus Deutschland und Österreich an. Bereits ab 1920 beteiligte sich die DB an der völkischen Bewegung. Im gleichen Jahr beschloss sie, keine Juden aufzunehmen. Die Machtübergabe an die Nazis wurde von der Führung der DB begrüßt, weswegen sie nach 1945 von den Alliierten verboten wurde. 1950 wurde dieses Verbot aufgehoben, sodass sich die DB wiedergründen konnte.
Sie vertritt bis heute völkisch-nationalistische, gebietsrevanchistische, geschichtsrevisionistische sowie sexistische Positionen. Nach dem Austritt von zahlreichen Burschenschaften seit 2008 können mindestens zwei Drittel der DB-Verbindungen (aufgrund ihrer Kontakte, Aktivitäten und Einstellungen) als extrem rechts bezeichnet werden. Der Versuch, einen „Arierparagraphen" (der vorsieht, dass nur so genannte ‚Volksdeutsche' Mitglied in einer DB-Verbindung werden dürfen) einzuführen, scheiterte nur knapp.[91]

[88] Eine ‚schlagende' Studentenverbindung führt Mensuren (streng reglementierte Fechtkämpfe) durch, in dem sich zwei Duellanten messen. Es geht allerdings weniger um das Gewinnen, als vielmehr „darum, dass die Schlagenden […] Schmerz und Angst aushalten lernen und symbolisch ‚stehen bleiben'" (Schuld, Karsten [2010]: Burschenschaften – Bildungseinrichtungen einer heteronormativen, soldatischen Quasi-Elite, in: Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller [Hrsg.]: „Was ein rechter Mann ist…". Männlichkeiten im Rechtsextremismus, 192). Über die Mensur soll der einzelne Bursche stärker an die Gemeinschaft, den Lebensbund, gebunden werden. Geprüft werden soll dabei, ob der Einzelne – unter Inkaufnahme von Narben – dazu bereit ist, für die Gemeinschaft einzustehen. Wer ‚Manns genug ist' diese Prüfung zu bestehen, wird in den elitären Kreis aufgenommen. „[A]uf dem Mensurboden, im Angesichte des Gegenpaukanten trennt sich schlussendlich die Spreu vom Weizen" (http://b-dresdensia-rugia.de/pages/dresdensia-rugia/mensur.php, Stand: 16.08.2013).
[89] Siehe: http://www.dresdensia-rugia.de/ (Stand: 15.08.2013).
[90] Erst seit 1902 trägt sie ihren heutigen Namen.
[91] Siehe: http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/rechtsruck-im-dachverband-burschenschafter-hetzen-gegen-nicht-arier-a-781273.html (Stand: 16.08.2013).

Niedersachsen auf der Liste der ‚Alten Herren'. Darüber hinaus bietet die DR nicht nur NPD-Mitgliedern, sondern auch Personen aus anderen Teilen der extremen Rechten ein Zuhause. So ist bspw. auch ein Mitglied der Lumdataler Neonazi-Szene aktives Mitglied der DR.

DR-Mitglied Gansel sorgte im Januar 2005 für bundesweites Aufsehen: Nachdem die gesamte NPD-Fraktion den sächsischen Plenar-Saal verlassen hatte, um nicht an einer Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus teilzunehmen, bezeichnete Gansel die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 als „Bomben-Holocaust". Zudem negierte er einen Zusammenhang zwischen der Bombardierung der Alliierten und der Machtübernahme der Nationalsozialisten bzw. dem Angriffskrieg der Deutschen.[94] Der Aufruf zum Gedenken „der Opfer des Dresdenerbombenterrors [sic!]" auf der Facebook-Seite der DR legt nahe, dass Gansels Perspektive auch 2013 in der DR konsensfähig zu sein scheint.[95]

Dass die DR zahlreiche NPD-Mitglieder hervorgebracht hat und sich in ihren Reihen weitere Personen aus der extremen Rechten finden, ist kein Zufall. Ein Blick auf die Geschichte sowie die Analyse der Internetpräsenz der DR zeigen, dass die Studentenverbindung zum extrem rechten Rand des Verbindungswesens gehört.[96] Das Selbstverständnis auf der Homepage der DR verdeutlicht die reaktionäre, antidemokratische und völkisch-nationalistische Ausrichtung der Burschenschaft.[97] Dies wird bspw. in der einseitigen und diffamierenden Darstellung der Französischen Revolution als „blutige Revolution"[98] deutlich. Es wird ein direkter Zusammenhang hergestellt zwischen der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" und der Phase des *Grande Terreur*.[99] Hieran wird deutlich, welche Skepsis, respektive Ablehnung, die DR Demokratie und Menschenrechten entgegenbringt. Dieser Ablehnung stellt sie die „Sehnsucht nach einem Leben im Einklang mit der Schöpfung, nach Rechtssicherheit und Geborgenheit in der alten Reichseinheit"[100] als positives Ideal, das sich im Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland" ausdrücke, gegenüber.

Die völkisch-nationalistische Geisteshaltung der DR wird auch in Äußerungen zum kritischen Umgang mit dem Nationalsozialismus deutlich. Obwohl die DR formuliert, dass sie sich „zu allen Facetten unserer Geschichte" bekenne, heißt es weiter: „Eine einseitige Geschichtsbetrachtung, wie sie sich beispielsweise im Terminus von der ‚Befreiung' niederschlägt, und den daraus resultierenden Schuldkult lehnen wir jedoch ab, da er zu nationalem Selbsthaß [sic!] führt und unsere Jugend ihrer Zukunft beraubt." Das heißt im Klartext: Auf eine kritische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und die sich daraus ergebende Beurteilung soll zugunsten eines positiven Nationalgefühls verzichtet werden. Die Bewertung des 08. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus wird ebenso abgelehnt.[101] Nicht nur diese Infragestellung, sondern auch die hier benutzte Terminologie („Schuldkult" oder „nationaler Selbsthaß [sic!]") und inhaltliche Argumentation sind typisch für die extreme Rechte. Auf der Homepage der NPD heißt es in ganz ähnlicher, jedoch zugespitzter Weise: „Wir Nationaldemokraten erteilen dem staatlich verordneten Schuldkult, der […] deutschen Selbsthaß [sic!], vor allem bei der Jugend, fördert, eine Absage. […] Zum Schutz der Ehre des deutschen Volkes sind das Ende der einseitigen Vergangenheitsbewältigung und die Freiheit von Forschung

---

[92] Vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport (2005): Verfassungsschutzbericht in Hessen. Bericht 2004: 81.

[93] Rochow, der zudem im Bundesvorstand der NPD war, distanziert sich mittlerweile vom Rechtsextremismus. Von der DR wurde er bereits 2005 aufgrund interner Streitigkeiten (nicht aufgrund seiner politischen Ausrichtung!) ausgeschlossen.

[94] Siehe: http://www.zeit.de/2005/04/npdsachsen (Stand: 15.08.2013).

[95] Vgl. Eintrag vom 13.02.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).

[96] Eine ausführliche Darstellung der DR findet sich in: AStA der JLU Gießen (Hrsg.) (2013): Verbindungen kappen! Studentische Verbindungen in Gießen zwischen Konservatismus und der extremen Rechten. Ein Buch über die Deutsche Burschenschaft und ihren Mitgliedsbund Dresdensia-Rugia, Gießen.

[97] Siehe: http://b-dresdensia-rugia.de/pages/dresdensia-rugia/selbstverstaendnis.php (Stand: 15.08.2013).

[98] Ebd. (Stand 15.08.2013)

[99] *Grande Terreur* wird die Phase der Französischen Revolution im Juni/Juli 1794 bezeichnet. Sie stellt den Höhepunkt der seit Juni 1793 andauernden so genannten Schreckensherrschaft (anfangs angeführt von Georges Danton, später von Maximilien de Robespierre) dar. Mehrere tausend Personen, die im Verdacht standen, mit der Revolution nicht einverstanden zu sein, wurden durch die Guillotine umgebracht.

[100] Siehe: http://b-dresdensia-rugia.de/pages/dresdensia-rugia/selbstverstaendnis.php (Stand: 15.08.2013).

[101] Dies wird auch in einem *Facebook*-Eintrag vom 07.05.2013 deutlich; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 22.06.2013; der Eintrag ist mittlerweile gelöscht).

und Lehre notwendig […]. Der 8. Mai 1945 war kein Tag der Befreiung, sondern der Niederlage und Besetzung unseres Landes.“[102] Auch wenn die DR dieser ausbuchstabierten Perspektive nicht in Gänze zustimmen sollte, so ist die hier zitierte Passage aus dem Selbstverständnis zumindest kompatibel mit den Aussagen der NPD. Angesichts dessen, dass aus der DR gleich mehrere NPD-Mitglieder hervorgegangen sind, ist diese inhaltliche Nähe keine Überraschung.

Der unkritische Umgang mit dem Nationalsozialismus zeigt sich auch an anderer Stelle im Selbstverständnis. Voller Stolz berichtet die DR darüber, dass „zahlreiche Burschenschafter auch im Zweiten Weltkrieg ihren Mut [bewiesen hätten] und […] dafür mit höchsten Ehren ausgezeichnet“[103] wurden. Als Beispiel wird Ehrenfried Boege, ‚Bundesbruder‘ aus der Greifswalder Burschenschaft *Rugia*, angeführt. Boege war Oberbefehlshaber der 18. Armee der Wehrmacht und Träger des *Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub* – eine Auszeichnung, die im Nationalsozialismus ein großes Ausmaß an Ansehen mit sich brachte und den Träger zum Helden stilisierte. Folgerichtig kommentiert die DR anerkennend die Aktion *Deserteure sind keine Helden* der Hamburger *Burschenschaft Germania* von Anfang Mai 2013, die sich gegen die Errichtung eines Denkmals für Wehrmachtsdeserteure richtete.[104]

In der Rubrik ‚Burschenschaft‘ auf der Homepage der DR wird darüber hinaus unter ‚Erbe und Auftrag‘ verdeutlicht, in welcher Tradition die DR sich verortet. Nach dem Ersten Weltkrieg – in den „sämtliche wehrfähige Burschenschafter begeistert zogen“ – engagierten sich zahlreiche Burschenschafter während der Weimarer Zeit für den „Schutz des Deutschtums in den bedrohten Grenzlanden“ der „fortan oberste Priorität“ hatte. Hochmütig wird berichtet, dass viele Burschenschafter „im Landesinneren auf Freikorpsseite gegen den kommunistischen Feind“ kämpften.[105] Unerwähnt bleibt, dass Freikorps darauf abzielten, die Weimarer Republik mit Waffengewalt abzuschaffen und Vertreter der Arbeiterbewegung sowie jüdische Politiker ermordeten. Dass sich die DR explizit in die Tradition der Freikorps stellt, wird auch an einem der ersten Postings auf ihrer *Facebook*-Seite, die seit Oktober 2012 existiert, deutlich. Gezeigt wird eine historische Abbildung, die Burschenschafter dazu auffordert, sich als studentische Freikorps zu betätigen (Abb. 19).[106]

Abb. 19: Aufruf zur Beteiligung von Burschen in Freikorps von der Facebook-Seite der *Dresdensia Rugia*.

Die *Facebook*-Seite veranschaulicht zudem, dass die DR dem politischen Feind nach wie vor mit Hetze und Kampfansagen begegnet. Ein am 10.08.2013 geteilter Link führt zur Homepage *Links-Enttarnt*, die von Hans-Helmuth Knütter, einem Denker und Akteur der so genannten ‚Neuen Rechten‘, betrieben wird. Knütter, für den sich „Linksextremisten“ u.a. in Gewerkschaften und der evangelischen Kirche tummeln[107], wird seit Jahren nicht müde zu behaupten, dass „die wirkliche Gefahr für die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland von der politischen Linken“[108] ausgehe. An anderer Stelle wird der Satz von Fußballprofi Mehmet Scholl „Hängt die Grünen, solange es noch Bäume gibt“ zitiert.[109] Während Scholl sich von seinem Ausspruch kritisch distanzierte, kann die Verwendung des Zitats durch die DR vor dem Hintergrund der Aggressivität dem politischen Opponenten gegenüber als Aufforderung zum Mord verstanden werden.

102 Siehe: http://www.npd.de/html/1939/artikel/detail/1698/ (Stand: 15.08.2013).
103 Siehe: http://b-dresdensia-rugia.de/pages/dresdensia-rugia/selbstverstaendnis.php (Stand: 15.08.2013).
104 Vgl. Eintrag vom 04. und 06.05.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).
105 Alle Zitate siehe: http://b-dresdensia-rugia.de/pages/dresdensia-rugia/selbstverstaendnis.php (Stand: 15.08.2013).
106 Vgl. Eintrag vom 30.10.2012; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).
107 Vgl. Speit, Andreas (2002): Ideologischer Brandstifter; siehe: http://www.taz.de/1/archiv/archiv-start/?dig=2002/10/22/a0256.
108 Siehe: http://www.links-enttarnt.net/?link=startseite (Stand: 15.08.2013).
109 Vgl. Eintrag vom 20.01.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).

An der *Facebook*-Seite lässt sich rekonstruieren, in welchen aktuellen Diskursen sich die DR bewegt und welche Sichtweisen sie teilt. Die von 611 Personen gelikte Seite (Stand 17.08.2013) weist zahlreiche Bezüge ins rechtsextreme Lager auf. Fast täglich werden neue Einträge und Verlinkungen gepostet. Diese führen vorrangig zu Zeitungen und Internetportalen der ‚Neuen Rechten': die *Junge Freiheit*, *Blaue Narzisse*, *Zuerst!*, die vom *Institut für Staatspolitik*[110] herausgegebene *Sezession* etc. Auf der Homepage der DR sind zudem die extrem rechte *Burschenschaftliche Gemeinschaft* (BG) und das verschwörungstheoretische Internet-Nachrichtenportal *Kopp-online* (des Kopp-Verlags) verlinkt.

Neben der oben beschriebenen Diffamierung und Hetze den politischen Widersachern gegenüber finden sich weitere typische Themen der extremen Rechten im *Facebook*-Auftritt der DR. So wird bspw. rechtsextreme Gewalt, wie sie der NSU ausübte, als „vermeintliche Gefahr", die staatlich inszeniert sei, beschrieben.[111] Angesichts der eigenen rechtsextremen Einstellung verwundert dies kaum. Diese wird u.a. durch (antimuslimischen) Rassismus bspw. in Form von Positionierungen gegen Moscheebauten[112] und ‚Multikultur'[113], gebietsrevisionistischen Forderungen[114] und sexistischen/antifeministischen Aussagen deutlich. Die Geisteshaltung der DR zeigt sich auch in einer mittlerweile gelöschten Selbstcharakterisierung, in der die Mitglieder sich als ‚konservative Rebellen' inszenieren: „Im Großen Steinweg[115] darfst Du rauchen, trinken, Fleisch in rauen Mengen verzehren, ‚Neger' sagen, trinken und als Kuss sogar essen! Nur eins ist verboten: Gendern!!!"[116].

Bewusst spricht sich die DR hier gegen eine vermeintliche *Political Correctness* (PC) aus, die in der Bundesrepublik vorherrsche. In diffamierender Absicht werden in rechten Kreisen mit ‚PC' gesellschaftliche Diskussionen und (begriffliche) Errungenschaften bezeichnet, die unterschiedliche Diskriminierungsformen berücksichtigen bzw. für diese sensibilisieren wollen. Anknüpfend an die Anti-PC-Kampagnen der DB und der *Jungen Freiheit* zielt auch die DR darauf ab, Rassismus, Sexismus etc. als ‚Hirngespinste' abzutun und gesellschaftliche Ungleichheiten aufrechtzuerhalten. Deutlich wird diese Haltung auch in folgender Aussage vom 13.08.2013: „Die Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen distanziert sich nachdrücklich von jedweder Form der Diskriminierung. Um solch gefährlichen Entwicklungen in unserer, anscheinend nach wie vor unbelehrbaren Gesellschaft entschlossen entgegen zu treten, setzen wir uns weiterhin vehement dafür ein, dass auch in Zukunft nur deutsche, männliche Stundenten [sic!] Zugang zu unserem Lebensbund haben und somit Mobbing und Hass in unseren Reihen keine Grundlage geboten wird!! Wir werden es nicht zulassen, dass Frauen, Kerle in Frauenkleidern, Zugereiste und Andersbegabte Diskriminierung und heterogene Zwietracht säen!"[117] Damit wird behauptet, dass sich gesellschaftliche Probleme aus jenen Entwicklungen ergäben, die tradierte Strukturen im Sinne von Emanzipation, individueller Freiheit, Gerechtigkeit und Partizipation aufbrechen (möchten). Resümierend lässt sich anhand des Internetauftritts der DR festhalten: Die DR steht auch aktuell für reaktionäre, völkisch-nationalistische, elitäre, sexistische und damit auch antidemokratische Positionen.

---

[110] Das *Institut für Staatspolitik* ist eine private Einrichtung, die 2000 von Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann (beide sind prominente Vertreter der ‚Neuen Rechten') gegründet wurde.
[111] Vgl. Eintrag vom 24.02.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).
[112] Vgl. Eintrag vom 02.03.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).
[113] Vgl. Eintrag vom 05.02.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 22.06.2013; der Eintrag ist mittlerweile gelöscht).
[114] So fordert die DR: „Das ganze Deutschland soll es sein!" Mit dem „ganzen Deutschland" meint die DR das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871. Vgl. Eintrag vom 18.01.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 16.08.2013).
[115] Das Haus der DR befindet sich in dieser Straße.
[116] Siehe Eintrag vom 15.05.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 22.06.2013; der Eintrag ist mittlerweile gelöscht).
[117] Siehe Eintrag vom 13.08.2013; siehe: https://www.facebook.com/dresdensia.rugia?fref=ts (Stand: 17.08.2013)

Supremacy through Intolerance als Musikproduzent

STI veröffentlicht nicht nur Tonträger von Bands aus Deutschland und dem nahen Ausland, sondern auch aus Übersee. Gute Kontakte scheint das Label zur BM-Szene in Australien zu haben: So veröffentlicht STI z.B. 2012 ein Album der australischen Band *Lustration*. Auch wenn Songtitel kaum Hinweise auf extrem rechte Inhalten liefern, so muss der Band zumindest eine Nähe zum Rechtsextremismus bescheinigt werden: Das Layout der Demo-Veröffentlichung von 2009 enthält zwei *Wolfsangeln* (Abb. 20). Die *Wolfsangel* wurde im NS als Symbol für ‚Wehrhaftigkeit' von Teilen der *Hitlerjugend* und der SA verwendet.[118] Der Schlagzeuger von *Lustration* trommelt zudem bei der extrem rechten australischen Band *Spear of Longinus*. Ebenso aus Australien stammt *Sanguinary Misanthropia* (Abb. 21). Die Band, deren Logo eine *Schwarze Sonne* enthält, wird seit 2012 von STI unterstützt. Bislang hat STI das Debut-Album *Loathe Over Will* produziert.

Abb. 20: Rückseite eines Plattencovers von *Lustration* mit Wolfsangeln.

Im selben Jahr erschien bei STI auch die Release-CD *Gas Chamber Music* der niederländischen Band *Bhaobhan Sidhe* (Abb. 22). In Liedern wie *Shower Power*, *The Oven* und *Zug des Todes* drückt die Band ihre Faszination für die Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nazis aus. STI steigert diese menschenverachtende Pietätslosigkeit und Holocaustverherrlichung, indem das Label dieser Veröffentlichung die interne Nummer „STI-CD-6.000.000" zuordnet.[119]

Abb. 21: Logo von *Sanguinary Misanthropia* mit Schwarzer Sonne.

Der Bandleader von *Bhaobhan Sidhe*, der 2008 Selbstmord beging, war zudem Mitglied von *Bestial Summoning*, deren Album *The Dark War Has Begun* STI als CD (2011) und LP (2012) veröffentlichte. Von der kanadischen Band *Ouroboros*, die auf der *Facebook*-Seite von STI als „Canadian Holocaustik Black Metal" angepriesen wird, produzierte STI ein Album unter dem Titel *Invoking the past.* Die Band ist bereits durch den älteren Song *Vomiting Gaschamber Perversions* auffällig geworden in dem ebenso die industrielle Massenvernichtung verherrlicht wird. Darüber hinaus produziert STI Tonträger von zahlreichen weiteren Bands aus dem In- und Ausland, von denen jedoch nicht alle extrem rechte Inhalte reproduzieren.

Abb. 22: Cover der Platte *Bhaobhan Sidhe*: Gas Chamber Music (mit einem Bild vom Vernichtungslager Auschwitz).

[118] Die *Wolfsangel* wurde zudem von der rechtsextremen *Jungen Front* verwendet. Mit dem Verbot der *Jungen Front* 1982 landete die *Wolfsangel* auf der Liste verbotener Zeichen und darf nach §86a StGB in der BRD nicht mehr als Kennzeichen dieser Organisation oder in einer damit zu verwechselnden Form öffentlich gezeigt werden.

[119] Siehe: http://www.discogs.com/Bhaobhan-Sidhe-Gas-Chamber-Music/release/4485002 (Stand: 17.08.2013).

Das Verkaufsangebot von Supremacy through Intolerance

Im Rahmen dieser Veröffentlichung können exemplarisch nur einige Beispiele angeführt werden. Im Vertrieb von STI befinden sich bspw. die Thüringer Band *Totenburg* und die griechische Band *Der Stürmer*. Beide gehören zu den bekanntesten Vertretern des NSBM. Die 1998 gegründete Band *Totenburg*[120] aus Gera, die ihre Musik selbst als „Thuringian Aryan Black Metal" beschreibt, hat Alben mit Titeln wie *Weltmacht oder Niedergang* (1999), *Pestpogrom*[121] (2004) oder *Art und Kampf* (2005) veröffentlicht. Songtitel wie *Reinheit des Blutes, Befreiung Germaniens, Wer siegen will muss kämpfen, Krieg und totale Vernichtung* oder *Weiss und rein* sprechen eine eindeutige Sprache. Das bei STI erhältliche Album *Winterschlacht* (2002) enthält den Song *Free Grishnackh*[122], der die Freiheit des Mörders und Brandstifters Varg Vikernes (*Burzum*) fordert. Auf ihrem Album *Pestpogrom* covert die Band als Hidden Track[123] ein Lied von der verbotenen Neonazi-Band *Landser*.

Darüber hinaus existiert ein Split-Album mit der griechischen NSBM-Band *Der Stürmer*. Der Bandname bezieht sich auf die 1923 von Julius Streicher gegründete gleichnamige NS-Propagandazeitung[124], deren Fraktur-Schriftzug die Band ebenso übernommen hat. *Der Stürmer* hebt sich von vielen anderen NSBM-Bands ab, da ihre Mitglieder neben dem Bandprojekt politisch aktiv sind: Die ganze Band sei, so Bandmitglied ‚Jarl von Hagall', in der extrem rechten griechischen Partei *Chrysi Avgi* (dt. *Goldene Morgenröte*) aktiv.[125] Zudem ist die Band Mitglied der NSBM-Vereinigung *Pagan Front* (siehe unten). STI verkauft von *Der Stürmer* die CD *Transcendental Racial Idealism.* In dem sich darauf befindenden Song *Jus sanguinis* wird das ‚Recht des Blutes' besungen, das Staatsbürgerschaft an die ‚Blutsverwandtschaft' knüpft, und dazu aufgerufen, das ‚Blut rein zu halten'. Einen noch offensiveren NS-Bezug stellt die Band in dem Song *H.H.*[126] (auf einer Split-Veröffentlichung mit dem polnischen NSBM-Projekt *Capricornus*) her. Darin heißt es: „Deutschland erwache aus deinem bösen Traum. Gib fremden Juden in deinem Reich nicht Raum. Wir wollen kämpfen für dein Auferstehn! Arisches Blut soll nicht untergehn. […] Wir sind die Kämpfer der N.S.D.A.P. Treudeutsch im Herzen, im Kampfe fest und zäh. Dem Hakenkreuze ergeben sind wir. Heil unserm Führer, Heil Hitler dir."[127]

NS-Verherrlichung und Antisemitismus sowie die Glorifizierung der Shoa finden sich auch bei zahlreichen anderen BM-Bands, die von STI vertrieben werden. Bandnamen wie *Necroholocaust* (Canada), *Bestial Holocaust* (Bolivien), *Holocaust Storm* (Polen) oder *Holocaust* (Thüringen) verdeutlichen, dass die Faszination an der Judenvernichtung – die häufig mit einem positiven Bezug auf die Shoa einhergehen – im BM bzw. NSBM offen zur Schau gestellt wird. Offensiv mit der eigenen antisemitischen Ausrichtung geht auch die polnische Band *Antisemitex*[128]um. Durch die positive Aneignung des Antisemitismusbegriffs bringt die Band ihren eliminatorischen Antisemitismus, der durch die Veröffentlichungen vollkommen bestätigt wird, zum Ausdruck. Darüber hinaus verkauft STI Produkte von zahlreichen Bands, die sich in Song- oder Albentitel,

---

[120] Der Name *Totenburg* bezieht sich auf einen bestimmten Typ von Kriegerehrendenkmälern, die insbesondere von den Nationalsozialisten geplant wurden: Nach dem ‚Endsieg' sollten zur Erinnerung und Ehrung der deutschen Wehrmachtsoldaten so genannte Totenburgen errichtet werden.

[121] ‚Pestpogrom' ist eine Bezeichnung für die Judenverfolgungen der Jahre 1348 bis 1351, die in vielen mitteleuropäischen Städten stattgefunden haben und in deren Zusammenhang viele Jüdinnen und Juden zu Tode kamen. Sie wurden beschuldigt, für das Aufkommen der Pestepidemie verantwortlich zu sein.

[122] Varg Vikernes nannte sich zeitweilig auch ‚Count Grishnack'.

[123] Ein so genannter Hidden Track erscheint nicht auf dem Cover des Albums und ist auf dem Tonträger so platziert, dass er nicht sofort entdeckt wird.

[124] Siehe: http://www.thepaganfront.com/dersturmer/interviews/BLACK%20TERROR.html (Stand 12.08.2013).

[125] Siehe http://www.thepaganfront.com/dersturmer/interviews/BLOOD%20&%20HONOUR.html (Stand 12.08.2013).

[126] Die Abkürzung H.H., die in der Neonazi-Szene auch häufig als Zahlencode 88 Verwendung findet (die 8 ersetzt hier den 8. Buchstaben im Alphabet, das H), steht für „Heil Hitler".

[127] Siehe: http://www.metal-archives.com/albums/Der_St%C3%BCrmer/Polish-Hellenic_Alliance_Against_Z.O.G.!/20667 (Stand 13.08.2013).

[128] STI verkaufte von *Antisemitex* ein Split-Album mit der Band *Agressiva 88.* Siehe https://www.facebook.com/pages/Supremacy-Through-Intolerance/166608836748972?fref=ts; Eintrag vom 02.und 05.10.2011 (Stand 07.08.2013).

Texten und Statements den Holocaust verherrlichend und antisemitisch äußern. Bspw. verkauft STI das 2009 erschienene Album *Dictator – A Monument Of Glory* der französischen NSBM-Band *Ad Hominem*. 2002 erschien mit *Planet ZOG – The end* eine offen antisemitische Platte der Band.[129] Auf dem Album befindet sich der Song *Auschwitz rules*, in dem es heißt: „Crowded like animals. You‘re the waste of existence. […] The spectre of Auschwitz is hauting your minds. It didn‘t forgot you were born to suffer. […] Auschwitz rules over the torah“.[130] Antisemitisch und NS-verherrlichend tritt auch die griechische NSBM-Band *Wolfnacht* auf. Die Demo-Veröffentlichung von 2000 mit dem Titel *Blut und Ehre* (inklusive Hakenkreuzabbildung) enthält Songs wie *Geheime Staatspolizei*, *Kristallnacht*, *Werwolfschanze* etc. STI verkauft das Album *Dawn of Heathens*, das u.a. den antisemitischen Song *Black Bubonic Plague* enthält. In ihm wird Jüdinnen und Juden der Tod durch die Beulenpest gewünscht.[131]

Neben *Wolfnacht* hat STI weitere NSBM-Bands im Angebot, die sich durch die Verwendung des Hakenkreuzes oder ihre Bandnamen offensiv auf den Nationalsozialismus beziehen. Die beiden polnischen NSBM-Bands *Sunwheel* und *Selbstmord* sowie *Nezhegol* aus Russland tragen Hakenkreuze im Band-Schriftzug. Andere Bands verwenden Hakenkreuze im Artwork der Veröffentlichungen, wie bspw. *Satanic Warmaster* aus Finnland oder *Spear of Longinus* aus Australien. Einen deutlichen Bezug zur NS-Ideologie stellt auch die bereits oben erwähnte hessische Band *Aryan Blood* allein durch die Wahl ihres Bandnamens her. Das bei STI erhältliche Album *Through Struggle To Victory* mit NS-verherrlichenden Songs wie *Massenvernichtung*, *Arisches Blut*, *Aryan Supremacy*, *Swastika* etc. bestätigt, was der Name vorgibt. Auch *Eugenik* aus Gera verweist qua Bandname auf die Befürwortung der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Dieser Zusammenhang wird bei einem genaueren Blick auf die Thüringer Band bestätigt: Bandleader ist der Geraer Neonazi Jens Fröhlich[132], der bei *White Youth*, der deutschen Jugendorganisation von *Blood and Honour*, aktiv war.[133]

Extrem rechte Denkweisen können auch der polnischen Band *Graveland* nachgewiesen werden, von der STI zahlreiche Tonträger verkauft. Die Platten selbst scheinen auf den ersten Blick weitgehend unproblematisch zu sein. Rob Darken, dessen Soloprojekt *Graveland* ist, äußerte sich in Interviews jedoch wiederholt eindeutig: „Wir unterstützen alle Terroraktivitäten gegen das Christentum und die Demokratie! […] Lass die Judenverschwörung uns nicht zerstören! […] Der deutsche Kriegsgeist muss erwachen! Das arische Europa wird sterben, wenn wir nicht erwachen!“[134] *Graveland* ist zudem Mitglied in der internationalen Organisation *Pagan Front*, die NSBM-Bands, Labels und Fanzines versammelt. Von den in der *Pagan Front* vereinigten Bands finden sich im Verkaufsangebot von STI zahlreiche Tonträger: Neben den bereits genannten *Graveland* und *Der Stürmer* verkauft STI Produktionen von *Pantheon*, *Wotanorden* und *Heathen Hammer* (alle USA) sowie *Disiplin* (Norwegen), *Feuernacht* (Österreich) und *Darkthule* (Griechenland). Auch die bei STI angebotenen Tonträger der polnischen NSBM-Bands *Temnozor* und *Dark Fury* sowie die bereits genannten *Sunwheel* gehören zur *Pagan Front*.

---

[129] Das Album wurde 2003 im angrenzenden Lahn-Dill-Kreis vom Label *Undercover Records* aus Leun auf Vinyl gepresst.

130 Siehe: http://www.metal-archives.com/albums/Ad_Hominem/Planet_ZOG_-_The_End/25099 (Stand 12.08.2013).

131 Siehe: http://www.metal-archives.com/bands/Wolfnacht/7540 (Stand 19.07.2013).

132 Fröhlich gehört auch zu Totenburg und spielte bei Live-Auftritten von Absurd mit.

[133] *White Youth* wurde als *Blood and Honour*-Jugendorganisation 1997 in Thüringen gegründet. *Blood and Honour* ist ein internationales Netzwerk für neonazistische Musikgruppen. In der BRD ist *Blood and Honour*, inklusive *White Youth*, seit 2000 verboten.

[134] Rob Darken, zitiert nach: Dornbusch/Killguss 2005: 240.

Strategien und Handlungsempfehlungen für den Landkreis Gießen

Wiebke Dierkes/ Yvonne Weyrauch

Reflektion des Verständnisses von „Rechtsextremismus“

Grundsätzlich möchten wir anregen, die Verwendung des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ in der politischen Bildungsarbeit zu diskutieren und ihn in der Konsequenz (möglicherweise) zu verwerfen. Als ersten Schritt schlagen wir eine Differenzierung in seine ideologischen Bestandteile, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Obdachlosenfeindlichkeit u.a. vor. Diese erfordern nämlich je unterschiedliche Gegenmaßnahmen und Strategien. Der sicherheitsbehördliche Begriff von ‚Rechtsextremismus‘, der diesen erst dann problematisiert, wenn strafrechtlich relevante Vorgänge festzustellen sind, erweist sich für die pädagogische und präventiv angelegte Praxis in zivilgesellschaftlichen Initiativen als unzureichend. Aus präventiv-pädagogisch gedachter Perspektive heraus liegt das Problem extrem rechten Denkens und Handelns eben nicht in erster Linie im Verstoß gegen Gesetze, sondern in den menschenfeindlichen Einstellungen, in denen die Gewaltförmigkeit der Tat bereits angelegt ist. ‚Rechtsextremismus‘ ist als ‚rechter Extremismus‘ nicht einfach deswegen eine Gefahr für die Demokratie, weil er das politische System der Bundesrepublik nicht anerkennt bzw. bekämpft, sondern weil er die grundlegenden Werte einer demokratischen Gesellschaft ablehnt: Seine Ideologie der Ungleichheit negiert den Universalismus und die Unteilbarkeit der Menschenrechte für alle Menschen. Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen wird entlang rassistischer, antisemitischer etc. Weltanschauungen propagiert.

Reflektion der politischen Kultur in den Kommunen

Die vorgelegten Ergebnisse der Erhebung rechter Vorkommnisse verdeutlichen, dass Schwerpunktregionen des aktivistisch orientierten Rechtsextremismus zum Zeitpunkt unserer Recherche oftmals nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit dem Phänomen konfrontiert waren. Wie insbesondere die Rückgriffe auf die wissenschaftliche Studie von Hafeneger und Niebling zu „Rechten Jugendcliquen im Landkreis Gießen“ aus dem Jahr 2002[1] zeigen, gab es bereits in den frühen 2000er Jahren frappierend ähnlich ausgerichtete Gruppierungen in der Region. Dass diese in manchen Kommunen – so zeigt es die Studie von 2002 – relativ ungestört agieren konnten, legt die Vermutung nahe, dass sich z.B. extrem rechte, rassistische, fremdenfeindliche und sexistische Haltungen ebenso wie eine Kultur der Hinnahme und der Akzeptanz dieser Haltungen im öffentlichen sowie privaten Raum, in die politische Kultur der jeweiligen Kommune eingeschrieben haben. Insofern möchten wir anregen, die jeweils eigene (Orts-) Geschichte zu rekonstruieren und zu prüfen, wie es um die politische Kultur vor Ort bestellt ist. Gibt es unter Umständen vor Ort Traditionen und Bräuche, die eine Kultur der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gar flankieren und reproduzieren? Und wenn ja: Werden diese kritisch reflektiert?

Revision der Adressierung von „Projekten gegen rechts“

Wir schlagen vor, die Adressierung von Programmen und Projekten gegen Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu prüfen und gegebenenfalls zu erweitern. Wie u.a. die Ergebnisse der Erhebung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gie-

[1] Vgl. Hafeneger/ Niebling (2002): Rechte Jugendcliquen im Landkreis Gießen. Eigendruck des Landkreis Gießen

ßen“ in diesem Band, zeigen, handelt es sich entgegen vielfach verbreiteter Auffassungen bei ‚Rechtsextremismus‘ keineswegs ausschließlich um ein ‚Jugendproblem‘. Auch wenn es häufig Jugendliche sind, die als extrem rechte Gewalt- und/ oder StraftäterInnen in Erscheinung treten, steigen die Zustimmungswerte z.B. zu rassistischen, fremdenfeindlichen oder obdachlosenfeindlichen Aussagen mit zunehmendem Alter.[2]

Insofern halten wir es für unabdingbar, die erwachsene Bevölkerung mit in den Blick zu nehmen. Das bedeutet für die Konzeption von Projekten bspw. an Schulen, fortan die Arbeit nicht länger auf die Jugendlichen zu begrenzen, sondern die Beteiligung aller am System Schule beteiligten (Status-) Gruppen einzufordern. Dazu gehören neben den SchülerInnen selbstverständlich die LehrerInnen inklusive der Schulleitungen sowie – soweit vorhanden – die SozialarbeiterInnen an Schulen. Idealerweise sollten auch die Eltern in die Auseinandersetzung eingebunden werden.

Damit verknüpft ist die Annahme, dass eine für (strukturelle) Diskriminierungsgeschehen sensibilisierte Gruppe von Erwachsenen frühzeitiger und selbstbewusster in der Lage ist, im konkreten (Schul-) Alltag zu intervenieren, Diskriminierungen zurückzuweisen und jene Jugendlichen zu unterstützen, die sich ihrerseits kritisch gegen rechte Einstellungen und Handlungen positionieren. Eine stetige Auseinandersetzung mit den jeweils eigenen Ressentiments und Vorurteilen bleibt dabei eine Daueraufgabe und fortwährende Herausforderung für alle Beteiligten.

Darüber hinaus sollte die Zielgruppe von ‚Projekten gegen rechts‘ auch in Hinblick auf die anzusprechenden Institutionen überprüft werden. Wie unsere Erhebung zeigen konnte, finden bereits an Grundschulen Auseinandersetzungen – in jenem Fall um Antiziganismus - statt, wobei Grundschulen, wie i.d.R. auch Gymnasien aus der Riege der angesprochenen Einrichtungen herausfallen und bei der Konzeption von Projekten nicht mitgedacht werden. Gleiches gilt für Einrichtungen der Elementarpädagogik.

Ebenfalls unterstützt werden müssen dringend die Schülervertretungen im Landkreis, die von extrem rechten Aktivisten aus der Region mit Propagandamaterial versorgt werden. Sie darin zu bestärken, sich zu positionieren und auch eine Reaktion der anderen Statusgruppen an den Schulen einzufordern, erscheint uns als wichtiger Teilaspekt bei der zukünftigen Planung von Angeboten im Bereich der Bildungsarbeit.

Revision der Inhalte einer präventiv-pädagogischen Praxis

Wir raten weiterhin dazu, sich von einer rein oberflächlichen, an Symbolen orientierten Ebene der Auseinandersetzung mit ‚Rechtsextremismus‘ zu verabschieden. Das Erkennen-Können extrem rechter Codes und Symboliken hat zwar seine Berechtigung in der aufklärerischen Bildungsarbeit. Eine zu starke Konzentration auf solcherlei Sensibilisierung, birgt jedoch angesichts zeitlicher und monetärer Begrenzungen von Bildungsangeboten die Gefahr, nicht zu den eigentlich problematischen Positionen extrem rechter Ideologie vorzudringen. Nur auf diese Weise aber kann die jeweils angesprochene Zielgruppe diese erkennen und lernen, sie argumentativ zu entkräften. Eine Bildungsarbeit, die sich im Auswendiglernen von Codes und Symbolen erschöpft, ist darauf verwiesen, den symbolischen Setzungen der extremen Rechten hinterher zu recherchieren und - bisweilen bis hin zu Fragen der Kleidung und des Style - den ‚Trend‘ der Szene nachzuverfolgen. Solche Konzeptionen bergen die Gefahr einer ‚Entlastungsfunktion‘ für die AdressatInnen, da sie eine Steilvorlage dafür bieten, sich einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit selbstreflexiven Anteilen zu entziehen. Durch die Reduktion des Phänomens auf äußerlich erkennbare, extrem rechte Personen, bleiben stets ‚die Anderen‘ das Problem. Fragen, die sich damit auseinandersetzen, ob bzw. was man selbst mit ‚Rechtsextremismus‘ zu tun hat, bleiben ausgespart. Die Auseinandersetzung mit Inhalten und die Reflektion eigener Ressentiments und Denkmuster sind jedoch ein wichtiger Bestandteil präventiver Bildungsarbeit gegen Rechts.

[2] Vgl. Wandschneider/ Krause (2013): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Regierungsbezirk Gießen“ in dieser Broschüre

Insofern empfehlen wir zugespitzt, nicht länger beim Raten und Auswendiglernen rechtsextremer Codes und Symboliken zu verweilen. Auch die Frage nach der Strafrechtlichkeit bestimmter Symboliken hilft einer präventiv ansetzenden Bildungsarbeit nur begrenzt weiter – geht es doch gerade darum, menschenfeindliche Haltungen vor dem Kippen in physische Gewalt zu kritisieren und letztere – so die Hoffnung – damit zu verhindern.

Wir empfehlen stattdessen, die lebendige Auseinandersetzung über den je individuellen, sowie den gesellschaftlichen Standpunkt der Menschen (und damit kann durchaus eine „Schulgesellschaft“ oder die „Gesellschaft in einer Kommune“ gemeint sein) zu Fragen von Demokratie und Menschenrechten in den Mittelpunkt präventiver Bildungsarbeit zu rücken.

Die öffentliche Diskussion in Verbindung mit tatsächlichen Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungsfindungen um Fragen wie „Wie wollen wir eigentlich in dieser Kommune/ Schule zusammenleben? Wie positionieren wir uns zu den Menschenrechten? Welche Zukunftsvisionen entwickeln wir für unser Umfeld?“, können die politische Kultur im Sinne einer lebendigen Demokratie fördern. Hierzu braucht es auf Kontinuität angelegte (Denk-) Räume in Form von bspw. Diskussionsforen oder Erzählcafés, in denen ein solcher Austausch gelingen kann.

Eine Leerstelle im Angebotsspektrum: Beratungsstelle für Opfer und Betroffene von rechter Gewalt

Die Dokumentation der Vorkommnisse mit (extrem) rechtem Hintergrund zeigt deutlich, dass im Landkreis Gießen viele Menschen Opfer von rechter Gewalt – physischer und psychischer Art – werden. Die Befragung von Einzelpersonen aus verschiedenen Kommunen – unter denen auch Betroffene waren – hat unsere Vermutung bestätigt, dass die Menschen in dieser Situation oft nicht wissen, an wen sie sich wenden können. Für jene Menschen reichen die präventiv angelegten Angebote zum Thema nicht aus. Denn, zugespitzt formuliert: Jemandem, der Nacht für Nacht am Telefon bedroht wird, der im eigenen Nahraum angegriffen wird, der in der Schule beleidigt wird, hilft ein präventives Workshopangebot nicht weiter.

Hier lässt sich für den Landkreis Gießen, aber auch hessenweit, eine deutliche Leerstelle im Angebotsspektrum feststellen. Es fehlt schlicht an einer Oper- und Betroffenenberatungsstelle, die juristische und psychologische Unterstützung leisten kann und über dafür notwendiges spezialisiertes Beratungswissen verfügt. Das Einrichten einer solchen Stelle im Landkreis oder im Verbund mit anderen Akteuren auf der Ebene des Landes Hessen halten wir für unbedingt notwendig. Möglicherweise können bereits vorhandene fachliche Ressourcen in etablierten Beratungsstellen der Region als Grundlage und Ausgangspunkt für den Aufbau eines solchen Beratungsangebotes genutzt werden. Wir empfehlen zu prüfen, im Rahmen welcher Institution eine solche Opferberatungsstelle sinnvoll aufgebaut werden kann.

Kontinuität und Struktur: Präventions- und Interventionsarbeit als pädagogische Beziehungsarbeit

Rechte Einstellungen und Handlungen werden nicht in absehbarer Zukunft verschwunden sein. Es ist realistischerweise davon auszugehen, dass die präventive und intervenierende Arbeit in diesem Bereich eine Daueraufgabe der öffentlichen Hand bleiben wird.

Menschen, die diese Arbeit machen, kommen oftmals als FachexpertInnen von ‚außen‘ in mehr oder weniger geschlossene Systeme, wie Schulen oder Kommunen, von denen sie zwar gerufen werden, die aber dennoch den Blick und die Arbeit von AkteurInnen, die außerhalb stehen, fürchten. Es lässt sich hier ein Widerspruch

und eine Ambivalenz in der Arbeit konstatieren, die zwar abgeschwächt, jedoch wohl nie ganz überwunden werden kann: Zwar wird eine ‚Hilfe' von außen angefordert, diese wird jedoch nicht selten gleichermaßen als Bedrohung des Status Quo und damit als Angriff auf die eigene Lebensrealität, den eigenen Alltag betrachtet.

Dieses Phänomen gilt für den ländlichen Raum des Landkreises mit seinen gefestigten und gewachsenen Strukturen in den Dörfern und Kommunen umso mehr. Insofern ist eine präventive Arbeit in diesem Bereich zugleich auch pädagogische Beziehungsarbeit, die gerade zu Beginn einer gemeinsamen Arbeit geleistet werden muss, um Vertrauen zwischen den AkteurInnen entstehen zu lassen. Erst hierdurch wird es Menschen überhaupt möglich, lange Unhinterfragtes in Frage zu stellen und den eigenen Alltag, die eigenen Beziehungen, die eigenen Traditionen sowie die eigenen Haltungen und Handlungen selbstkritisch zu beleuchten.

Ein solches Vertrauen kann dadurch entwickelt und verstärkt werden, dass es zuverlässige regional verankerte, fachlich versierte AnsprechpartnerInnen auf gesicherten und gut ausgestatteten Stellen gibt, die die Kontinuität der Arbeit auch mit ihrer Person sicherstellen können. Solche Fachkräfte sind optimalerweise über den Rahmen einer einzelnen Veranstaltung, eines Vortrags, eines Workshops hinaus, für die Menschen vor Ort präsent, partizipieren an Netzwerken, sind in lokalen Bündnissen verankert und bleiben als Fachleute und UnterstützerInnen ansprechbar.

Verstetigung der Dokumentation, Kontextualisierung und Kritik der rechten Strukturen und Einstellungen im Landkreis Gießen

Am 30. April 2012 hat der Kreisausschuss des Landkreises Gießen die Durchführung einer „Erhebung zu rechten Strukturen und Einstellungen im Landkreis Gießen" beschlossen, die nun mit dieser Broschüre vorgelegt wurde. Darüber hinaus beschloss der Kreisausschuss deren „regelmäßige Fortschreibung in Form eines Monitorings". Mit dem Monitoring soll eine kontinuierliche Dokumentation und Kritik rechter Aktivitäten sowie deren Kontextualisierung vor dem Hintergrund bundesweiter Entwicklungen gewährleistet werden. Es sollte ebenso einen zentralen Fokus auf die Situation derer legen, die unter den Bedrohungen und Angriffen der (extrem) rechten AktivistInnen zu leiden haben. Es ist ein wichtiger Auftrag an das zukünftige Monitoring, zu prüfen, inwieweit sich die Situation von Opfern und Betroffenen rechter Gewalt im Landkreis verbessert hat und es bspw. zur Einrichtung einer Beratungsstelle gekommen ist oder dies zumindest weiterverfolgt wird.

Um das Monitoring möglichst umfassend und vollständig zu erarbeiten, sollte es von einer fachlich versierten Person erstellt werden, die lokal verankert ist und die Aufgabe über einen mittel- oder längerfristigen Zeitraum ausfüllen kann. Neben einer regelmäßigen, ausführlichen Recherche in den Tageszeitungen, einschlägigen Internetportalen sowie dem Polizeibericht, ist es für ein solches Monitoring unabdingbar, sogenannte „graue Quellen" einbeziehen zu können. Das bedeutet, der oder die VerfasserIn ist auf Informationen von aufmerksamen Menschen aus den Kommunen oder Schulen angewiesen, die ihr Erfahrungswissen in eine solche Dokumentation einfließen lassen. Selbstverständlich ist hierbei der Quellenschutz zu gewährleisten. Erst ein solch breites Spektrum an Quellen, sowohl aus dem sicherheitsbehördlichen als auch aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, lässt ein annähernd realistisches Bild der Situation im Landkreis entstehen. Die für das Monitoring verantwortlich zeichnende Person sollte außerdem die Möglichkeit und Ressourcen haben, sich mit lokalen AkteurInnen zu vernetzen, selber „im Feld" zu sein, sowie sich fachlich und inhaltlich fortwährend weiter zu qualifizieren.

Sollten diese Voraussetzungen gewährleistet werden, ist das Monitoring für den Landkreis eine erhebliche qualitative Steigerung der Arbeit im Bereich der Prävention von Rechtsextremismus und sicher vorbildhaft für andere Kommunen und Landkreise.

Literaturtipps

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und die „Mitte der Gesellschaft"

Adorno, Theodor W. (1995): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar u.a. (Hg.) (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002-2008. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: Dietz Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2011): Deutsche Zustände. Folge 1-10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Robertson- von Trotha, Caroline Y. / Fritz, Claudia (Hg.) (2011): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – rechts „Mitte"? Baden-Baden: Nomos.

Die rechte Szene – (Sub) -Kulturen, Organisierung, Strategien und Erscheinungsformen

Archiv der Jugendkulturen (Hg.) (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Berlin.

Braun, Stephan/ Geißler, Alexander/ Gerster, Martin (Hg.) (2009): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe-Analysen-Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Butterwegge, Christoph (2012): Rechtsextremismus im Zeitalter der Globalisierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.) (2007): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Heller, Friedrich Paul/Maegerle, Anton (2001): Die Sprache des Hasses: Rechtsextremismus und völkische Esoterik. Stuttgart: Schmetterling-Verlag.

Kuban, Thomas (2012): Blut muss fliessen: Undercover unter Nazis. Frankfurt am Main: Campus.

Kurth, Alexandra (Hg.) (2011): Die NPD. Fakten – Hintergründe – Kritik. Gießen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation.

Peters, Jürgen (Hg.) (2009): „Autonome Nationalisten": die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur. Münster: Unrast Verlag.

Schedler, Jan/ Häusler, Alexander (Hg.) (2011): Autonome Nationalisten: Neonazis in Bewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Speit, Andreas (Hg.) (2010): Ohne Juda, ohne Rom. Esoterik und Heidentum im subkulturellen Rechtsextremismus. Braunschweig: Bildungsvereinigung Arbeit und Leben.

Weber, Thomas/ Wiegel, Gerd (2012): Völkischer Antikapitalismus: Kapitalismuskritik der extremen Rechten. Münster: Unrast Verlag.

Rechtsextremismus und Geschlecht

Birsl, Ursula (Hg.) (2011): Rechtsextremismus und Gender. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Claus, Robert (Hg.) (2010): „Was ein rechter Mann ist…". Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Dietz Verlag.

Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Interventionen

Dierbach, Stefan (2010): Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen Diskurs über Rechte Gewalt. Bielefeld: transcript- Verlag

Davolio Eser, Miryam/Drilling, Matthias (2008): Gemeinde antworten auf Rechtsextremismus. Perspektiven für eine Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.

Hempel, Claudia (2008): Wenn Kinder rechtsextrem werden. Mütter erzählen. Zu Klampen-Verlag: Springe.

Liebscher, Doris/ Schmidt, Christian (2007): Grenzen lokaler Demokratie – Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum.

Kulick, Holger/ Staud, Toralf (2009): Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus - Was man wissen muss, und wie man sich wehren kann. Köln: Verlag Kiepenheuer&Witsch GmbH.

Molthagen, Diethmar/ Korgel, Lorenz (Hg.) (2009): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009.

Rassismus

Gänger, Sven (2007): Schule und Ethnozentrismus. Die subjektive Wahrnehmung von Sozialisationsinstanzen und ihre Bedeutung für die Entstehung politischer Orientierungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Mecheril, Paul/ Broder, Anne (2010): Rassismus bildet. Transkript Verlag.

Antisemitismus

Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Hamburg.

Fechler, Bernd/ Kößler, Gottfried/ Messerschmidt, Astrid/ Schäuble, Barbara (2006): Neue Judenfeinschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus. Fankfurt.

Scherr, Albert/Schäuble, Barbara (2007): "Ich habe nichts gegen Juden, aber...". Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus.

Antiziganismus

Engbring-Romang, Udo: Antiziganismus. Begriff, Idee, Funktion und Umsetzung. http://lernarchiv.bildung.hessen.de/reposit2/12746/2006_Engbring_Antizganismus_Verfolgung.pdf

Engbring-Romang, Udo: Die Verfolgung der Sinti und Roma in Hessen zwischen 1870 und 1950. Hrsg. von Adam Strauß, Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen. Frankfurt: Brandes & Apsel, 2001

Winckel, Änneke: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti. Münster 2002

Materialen für die Bildungsarbeit

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. (2008): Bausteine zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit. Erfurt.

Hessischer Jugendring (2009): JuLeiCa-Baustein Rechtsextremismus. Für Demokratie, Vielfalt und Zivilcourage. Wiesbaden.

Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (2003): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Frankfurt.

Kaletsch, Christa (2007): Handbuch- Demokratietraining in der Einwanderungsgesellschaft. Wochenschau-Verlag.

Opferperspektive e.V. (o.J.): Opfer rechter Gewalt seit 1990. Wanderausstellung. www.opfer-rechter-gewalt.de

Burschenschaften

Asta der JLU (2012): Verbindungen kappen. Studentische Verbindungen in Gießen zwischen Konservatismus und der extremen Rechten.